

Antwort

der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Frau Fuchs (Köln), Frau Steinhauer, Peter (Kassel), Lutz, Buschfort, Dreßler, Egert, Glombig, Heyenn, Kirschner, Reimann, Schreiner, Urbaniak, Weinhofer, von der Wiesche, Bachmaier, Dr. Emmerlich, Fischer (Osthofen), Klein (Dieburg), Dr. Kübler, Lambinus, Schmidt (München), Schröder (Hannover), Dr. Schwenk (Stade), Stiegler, Dr. de With und der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/2067 —

Geschäftsbelastung der Arbeitsgerichtsbarkeit

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung — III a 5 — 42/30 — hat mit Schreiben vom 18. Dezember 1985 die Große Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Der Antwort liegt das rechtstatsächliche Material zugrunde, das der Bundesregierung aufgrund von vorhandenen Statistiken, zusätzlicher von den zuständigen Obersten Landesbehörden erbetener Angaben sowie von Einzeluntersuchungen zur Verfügung steht.

Aus den vorhandenen Statistiken können die gestellten Fragen nur zum überwiegenden Teil beantwortet werden. Auch das von den Ländern übermittelte weitere statistische Material läßt eine erschöpfende Beantwortung der Fragen nicht zu. Deshalb ist zu einzelnen Fragen auf zwei Untersuchungen zurückgegriffen worden, denen allerdings kein repräsentativer Charakter zukommt: Einmal eine rechtssoziologische Untersuchung zur Arbeitsgerichtsbarkeit unter Leitung von Professor Rottleuthner, die auf zwei 1979 und 1980 durchgeführten Erhebungen an zwei Arbeitsgerichten in Berlin und Hessen beruht (Rechtssoziologische Studien zur Arbeitsgerichtsbarkeit, Hubert Rottleuthner, Hrsg., Baden-Baden, Nomos-Verlagsgesellschaft, 1984); zum anderen die im Auftrag des

Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung durch das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht durchgeführte empirische Untersuchung zur Kündigungspraxis und zum Kündigungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland (Falke/Höland/Rhode/Zimmermann, Kündigungspraxis und Kündigungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Forschungsbericht des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Band 47, 1981).

Eine vollständige Beantwortung aller gestellten Fragen hätte umfangreiche Aktenuntersuchungen erfordert. Solche besonderen Aktenuntersuchungen waren schon im Interesse einer Beantwortung binnen angemessener Zeit, aber auch, um die ohnehin stark belasteten Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit nicht zum Nachteil der rechtsuchenden Bürger noch weiter zu belasten, nicht möglich. Das vorliegende Datenmaterial reicht zudem aus, um die Geschäftsbelastung der Arbeitsgerichtsbarkeit zu überblicken.

Die Bundesregierung wird in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur Geschäftsbelastung der ordentlichen Gerichte (Drucksache 10/1739) die Frage aufwerfen, ob durch eine umfassende Strukturanalyse der Justiz weitere Ausgangs- und Anknüpfungspunkte gewonnen werden können, mit deren Hilfe die Arbeit der Justizeinrichtungen wirkungsvoller gestaltet werden kann. Wenn diese Frage bejaht werden sollte, wird zu prüfen sein, ob es zweckmäßig ist, auch die Arbeitsgerichtsbarkeit in eine solche Analyse einzu beziehen.

A. Geschäftsanfall bei den Arbeitsgerichten, Landesarbeitsgerichten und dem Bundesarbeitsgericht

- I. Wie viele Verfahren waren jeweils in den Jahren seit 1965 bei den genannten Gerichten anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neueingänge hatten die Gerichte jeweils in diesen Jahren, aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer?

Die erbetenen Zahlen ergeben sich aus den Tabellen 1 bis 7. Sie zeigen, daß sich die Zahl der anhängigen Verfahren im Bundesgebiet, von einigen Schwankungen, insbesondere in den Jahren 1968, 1969 und 1976 abgesehen, stetig erhöht hat. Seit 1983/1984, beim Bundesarbeitsgericht seit 1981, war erstmalig ein leichter Rückgang bei den anhängigen Verfahren zu verzeichnen. Nach den Mitteilungen der Länder ist 1985 voraussichtlich wieder mit einem leichten Anstieg der Verfahren zu rechnen.

- II. 1. Wie viele Verfahren haben die genannten Gerichte in den Jahren seit 1976 jeweils insgesamt erledigt, aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer?

Die erbetenen Angaben ergeben sich aus den Tabellen 8 bis 11. Aus Vereinheitlichungsgründen sind auch die — nicht er-

fragten — Berichtsjahre 1965 bis 1975 erfaßt worden. Die Tabellen zeigen, daß die Zahl der erledigten Verfahren, von einigen Schwankungen abgesehen, kontinuierlich angestiegen ist.

2. Wieviel Prozent der in den Jahren seit 1965 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig, aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer?

Die erbetenen Angaben über die Dauer der Verfahren ergeben sich, soweit sie der Bundesregierung bekannt sind, aus den Tabellen 12 bis 18.

Hinsichtlich der Arbeitsgerichte und der Landesarbeitsgerichte können für die Jahre 1965 bis 1970 keine Angaben gemacht werden, da für diesen Zeitraum noch keine Berichtspflicht bestand. Bei den über zwölf Monate anhängigen Verfahren, die, wie die Tabellen zeigen, bei Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten nur eine geringe Zahl ausmachen, kann eine weitere zeitliche Differenzierung nicht erfolgen, da entsprechendes Zahlenmaterial nicht vorliegt. Lediglich beim Bundesarbeitsgericht wird seit 1982 auch die Verfahrensdauer bis zu zwei Jahren, bis zu drei Jahren und über drei Jahre erfaßt. Ab demselben Jahr erfolgt jedoch keine Differenzierung bei einer Verfahrensdauer von weniger als zwölf Monaten mehr.

Die Zahlen zeigen, daß bei den Arbeitsgerichten und den Landesarbeitsgerichten die weitaus überwiegende Zahl der Verfahren jeweils binnen sechs Monaten erledigt werden.

3. Wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung auf?

Die erbetenen Zahlen sind in den Tabellen 19 bis 26 zusammengefaßt.

Zu den durch Vergleich, Erledigungserklärung oder auf andere Weise erledigten Beschlußverfahren der Arbeitsgerichte ist darauf hinzuweisen, daß diese Erledigungsarten erst durch die Arbeitsgerichtsnovelle 1979 zugelassen wurden.

- III. Wie gliedern sich die seit 1965 anhängigen und wie die seit 1965 erledigten Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens auf, aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer?

Die erbetenen Zahlen ergeben sich, soweit sie der Bundesregierung vorliegen, aus den Tabellen 27 und 28. Bezüglich der Art der Streitgegenstände werden statistische Erhebungen nur bei den erstinstanzlichen Urteilsverfahren durchgeführt,

und dort nur bei den erledigten Verfahren, nicht bei den anhängigen.

- IV. Bei wie vielen der seit 1965 anhängigen und wie vielen der erledigten Streitigkeiten handelte es sich um Verfahren, bei denen
- der Kläger oder
 - der Beklagte
- eine Person des öffentlichen Rechts war, aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und für die einzelnen Bundesländer?

Eine vollständige Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung nicht möglich. Die Zahl der Verfahren, bei denen der Kläger oder der Beklagte eine Person des öffentlichen Rechts war, werden weder in den meisten Bundesländern noch beim Bundesarbeitsgericht statistisch erfaßt.

Lediglich aus Schleswig-Holstein liegen Zahlen für die seit 1965 anhängig gewesenen Verfahren vor, bei denen eine Person des öffentlichen Rechts Kläger bzw. Beklagter/Berufskläger bzw. Berufungsbeklagter war. Die Zahlen ergeben sich aus der Tabelle 29.

Aus den Ländern Bremen und Hamburg liegen nur Gesamtzahlen für den Zeitraum von 1965 bis 31. Dezember 1984 vor. Danach waren in der 1. Instanz in Bremen in 5,63 % und in Hamburg in 4,0 % aller anhängigen Verfahren eine Person des öffentlichen Rechts beteiligt. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß Nordrhein-Westfalen — beschränkt auf den Bezirk des Landesarbeitsgerichts Hamm — in einer Sondererhebung festgestellt hat, daß 1984

- bei den Verfahren vor den Arbeitsgerichten 0,96 % der Kläger und 3,65 % der Beklagten und
- bei den Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht Hamm 0,4 % der Kläger und 13,8 % der Beklagten

eine Person des öffentlichen Rechts war.

- V.1. Gegen wieviel Prozent der seit 1965 getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte wurden jeweils Rechtsmittel eingelegt, aufgegliedert nach Berufung, Revision und Nichtzulassungsbeschwerden?

Eine Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung nicht möglich, da bei den Gerichten für Arbeitssachen weder die Zahl der rechtsmittelfähigen Entscheidungen noch der Zeitpunkt der Rechtsmitteleinlegung statistisch erfaßt werden. Ein mittelbarer Hinweis ergibt sich aus den Tabellen über die insgesamt eingelegten Rechtsmittel (vgl. Tabellen 4 bis 7). Dies vorausgeschickt kann gesagt werden, daß die Rechtsmittelquote bei den Urteilen der Arbeitsgerichte im Bundesgebiet von 1965 bis 1984 nicht unerheblich angestiegen ist. Bei 16 423 streitigen Urteilen (die nicht rechtsmittelfähigen eingeschlossen) wurden im Jahre 1965 6 270 Berufungen eingelegt (38,16 %). 1984 waren es bei 36 315 streitigen Urteilen

der Arbeitsgerichte 17 483 Berufungen (48,14 %). Während 1965 bei 2 807 streitigen Verfahren der Landesarbeitsgerichte (die nicht rechtsmittelfähigen eingeschlossen) 542 Revisionen eingelegt wurden (19,31 %), waren es 1984 bei 6 684 streitigen Urteilen der Landesarbeitsgerichte 674 Revisionen (10,08 %). Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß 1984 zugleich 770 Nichtzulassungsbeschwerden eingelegt wurden.

Darüber hinaus hat Berlin mitgeteilt, daß gegen

- 57,7 % der seit 1965 bis 1984 getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen des Arbeitsgerichts Berlin Berufungen,
- 13,3 % der seit 1965 getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts Berlin Revisionen und
- 9,3 % der seit 1979 getroffenen Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts Berlin die Nichtzulassungsbeschwerde

ingelegt wurden.

2. a) Liegen der Bundesregierung Zahlen (z. B. repräsentative Stichproben) darüber vor, in wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren der Schwerpunkt des Streites überwiegend im tatsächlichen und in wieviel Prozent im rechtlichen Bereich lag?

Der Bundesregierung liegen weder Zahlen noch repräsentative Stichproben darüber vor, in wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren der Schwerpunkt des Streites überwiegend im tatsächlichen und wieviel Prozent im rechtlichen Bereich lag. Lediglich das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg, hat in seiner in der Vorbemerkung erwähnten Untersuchung bei 202 Berufungen in Kündigungssachen die tragenden Gründe der eingelegten Berufungen erfaßt. Die Zahlen ergeben sich aus der Tabelle 30.

- b) In wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren hat die zweite Instanz
- die von der ersten Instanz ermittelten Tatsachen ohne neue Beweiserhebung anders gewürdigt,
 - neue Beweise erhoben,
 - eine andere rechtliche Auffassung als die erste Instanz vertreten,
- aufgegliedert nach erfolgreichen und erfolglosen Rechtsmitteln?

Eine Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung nicht möglich, da die Berufungsgerichte entsprechende Erhebungen nicht durchführen.

3. In wieviel Prozent der Fälle hatten die in Frage 1 erwähnten Rechtsmittel Erfolg, jeweils aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer?

Eine Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung nicht möglich, da bei den Rechtsmittelgerichten eine statistische Erhebung über die Anzahl der Entscheidungen, mit denen Rechtsmitteln stattgegeben bzw. nicht stattgegeben wurden, nicht durchgeführt wird.

4. Gegen wie viele arbeitsgerichtliche Entscheidungen wurden in den Jahren seit 1965 Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht eingelegt? Wie gliedern sich die angegriffenen Entscheidungen nach dem Gegenstand des Verfahrens auf, und in wieviel Prozent der Fälle hatten die Verfassungsbeschwerden Erfolg?

Die erbetenen Angaben ergeben sich — soweit vorhanden — aus der Tabelle 31. Die Beantwortung der Fragen, wie sich die angegriffenen Entscheidungen nach dem Gegenstand des Verfahrens aufgliedern und in wieviel Prozent der Fälle Verfassungsbeschwerden und Gerichtsvorlagen Erfolg hatten, ist dagegen nicht möglich. Dies hätte eine Einzeldurchsicht der Verfahrensakten und somit einen Aufwand erfordert, der nach Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts mit Rücksicht auf den Personalbestand in den Geschäftsstellen zu einer erheblichen Beeinträchtigung der laufenden Dienstgeschäfte geführt hätte.

5. Gegen wie viele arbeitsgerichtliche Entscheidungen wurde seit 1965 der Europäische Gerichtshof eingeschaltet? Wie gliedern sich die angegriffenen Entscheidungen nach dem Gegenstand des Verfahrens auf?

Die Auslegung des Rechts der Europäischen Gemeinschaft war seit 1970 Gegenstand von 5 Verfahren, die deutsche Arbeitsgerichte dem Europäischen Gerichtshof im Wege des Vorabentscheidungsersuchens vorgelegt haben.

Die Angaben beruhen auf Auskünften aus der juristischen Datenbank der Europäischen Gemeinschaften (Celex), in der erst seit 1970 diese Verfahren gespeichert werden. Weitere Statistiken, die Aufschluß über frühere Vorlageverfahren innerhalb der Arbeitsgerichtsbarkeit geben können, werden nicht geführt, so daß lediglich eine weitere Entscheidung aus dem Jahre 1969 angegeben werden kann. Die Verfahren betrafen

die Gleichbehandlung von Männern und Frauen

- Zugang zur Beschäftigung in 2 Fällen,
- Gleiches Entgelt für Männer und Frauen in 1 Fall

die Freizügigkeit von Arbeitnehmern

— Begriff des Arbeitnehmers in 1 Fall

— Anwendung des Arbeitsplatzschutzgesetzes in 2 Fällen.

VI. In wieviel Prozent der seit 1965 von den genannten Gerichten erledigten Verfahren war jeweils für

a) keine,

b) eine,

c) beide

der beteiligten Parteien ein Anwalt vor Gericht tätig?

Inwieweit hat die Beteiligung von Anwälten nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Einfluß auf die Dauer der gerichtlichen Verfahren gehabt?

Eine sichere Beantwortung der Frage, in wieviel Prozent der von den Gerichten für Arbeitssachen erledigten Verfahren für die beteiligten Parteien ein Anwalt tätig war, ist der Bundesregierung nicht möglich. Statistische Erhebungen hierüber werden von den Gerichten für Arbeitssachen nicht durchgeführt. Zu diesem Thema liegen der Bundesregierung lediglich zwei Untersuchungen vor, nämlich die Untersuchung des Max-Planck-Instituts sowie die Rechtssoziologischen Studien zur Arbeitsgerichtsbarkeit von Hubert Rottleuthner. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ergibt sich aus den Tabellen 32 und 33.

Beide Untersuchungen haben keinen repräsentativen Charakter, da sich die Untersuchung des Max-Planck-Instituts lediglich auf die anwaltliche Vertretung in Kündigungsverfahren bezieht, während der Rottleuthner-Untersuchung nur Zahlenmaterial des Arbeitsgerichts Berlin zugrunde liegt.

Zusätzlich liegen aus Nordrhein-Westfalen auf Grund einer im Bezirk des Landesarbeitsgerichts Hamm durchgeführten Untersuchung die sich aus der Tabelle 34 ersichtlichen Zahlen vor.

Insgesamt kann nach den Beobachtungen der Länder, auch aus der Entwicklung der Inanspruchnahme der Prozeßkostenhilfe, geschlossen werden, daß die Beteiligung der Rechtsanwälte steigt.

Zu der Frage, inwieweit die Beteiligung von Anwälten Einfluß auf die Dauer der gerichtlichen Verfahren gehabt hat, liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

*B. Erfahrungen mit der Novellierung des Arbeitsgerichtsgesetzes***Vorbemerkung**

Die Bundesregierung bewertet die Auswirkungen des am 1. Juli 1979 in Kraft getretenen Gesetzes zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens (BGBl. I S. 545) im wesentlichen positiv. Allerdings ist zu berücksichti-

gen, daß allein von 1979 bis 1982 die Klagen von rund 274 000 auf rund 387 000 zugenommen haben. Andererseits haben die Länder und der Bund der Zunahme der Verfahren durch zusätzliches richterliches und nichtrichterliches Personal Rechnung getragen. Weil die Zunahme der Verfahren und die personellen Maßnahmen gleichfalls Einfluß auf die Verfahrensdauer haben, lassen die vorliegenden Zahlen nur beschränkt Rückschlüsse darauf zu, in welchem konkreten Ausmaß die Arbeitsgerichtsnovelle Auswirkungen für die Dauer der Verfahren gehabt hat. Die Bundesregierung geht davon aus, daß es ohne die Beschleunigungs- und Entlastungsmaßnahmen der Arbeitsgerichtsnovelle zu einer weiteren Verlängerung der Verfahrensdauer, insbesondere bei den Landesarbeitsgerichten und beim Bundesarbeitsgericht, gekommen wäre.

- I. 1. Inwieweit hat die Beschleunigungsnovelle von 1979 nach der Beurteilung der Bundesregierung zu einer Beschleunigung der arbeitsgerichtlichen Verfahren in den einzelnen Instanzen geführt?

Zur Dauer der Verfahren vor und nach Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle wird auf die Tabellen 12 bis 14 verwiesen. Hieraus ergibt sich, daß bei den Arbeitsgerichten 1978 als dem letzten Jahr vor Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle 86,27% der Verfahren innerhalb eines halben Jahres erledigt wurden; 1980 waren es dagegen 87,95%.

Ergänzend noch der Hinweis, daß im ersten Halbjahr 1979 (die Arbeitsgerichtsnovelle trat am 1. Juli 1979 in Kraft) innerhalb von sechs Monaten 83,8% der Verfahren erledigt wurden, während diese Zahl sich im ersten Halbjahr 1980 auf 86,1% erhöhte. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Zahl der eingereichten Klagen in diesem Zeitraum um 5,8% anstieg.

Zur Dauer der Verfahren bei den Landesarbeitsgerichten wird auf die Tabellen 15 bis 17 verwiesen. Während 1978 vor Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle 70,90% der Verfahren innerhalb von sechs Monaten erledigt wurden, waren es 1980 74,41%.

Ergänzend auch hier der Hinweis, daß der Prozentsatz der Berufungen, die innerhalb von sechs Monaten erledigt wurden, von 72,2% im ersten Halbjahr 1979 auf 75,9% im ersten Halbjahr 1980 angestiegen ist.

Zur Dauer der Verfahren beim Bundesarbeitsgericht wird auf Tabelle 18 verwiesen. Der Beschleunigungseffekt beim Bundesarbeitsgericht läßt sich statistisch im Jahre 1980 noch nicht nachweisen. Dies liegt trotz der Entlastung des Bundesarbeitsgerichts durch die Arbeitsgerichtsnovelle einmal an den erheblichen Rückständen, die zunächst abzubauen waren. Darüberhinaus ist die bis 1981 gebräuchliche Statistik unvollkommen, weil sie die länger als 12 Monate dauernden Verfahren, die weitaus die Mehrzahl der Verfahren ausmachen, nicht mehr nach der Dauer der Verfahren aufteilt (vgl. im einzelnen die Antwort zu VII 1).

2. Soweit unterschiedliche Beschleunigungseffekte in den einzelnen Instanzen festzustellen sind, wie erklärt sich die Bundesregierung diese Unterschiede?

Bestehende unterschiedliche Beschleunigungseffekte in den einzelnen Instanzen erklären sich aus den sehr differenzierten Entlastungsmaßnahmen, die der Gesetzgeber für die einzelnen Instanzen vorgesehen hat. Einschneidende Änderungen betrafen im wesentlichen das Revisionsverfahren (vgl. die Antwort zu VII 1). Bei der zweiten und insbesondere bei der ersten Instanz sind im Interesse des Rechtsschutzes der Bürger nur sehr vorsichtige Beschleunigungs- und Entlastungsmaßnahmen vorgenommen worden. Zumal zur ersten Instanz war der Gesetzgeber der Auffassung, daß die dortigen Verfahren besonders gründlich durchzuführen sind, damit unnötige Rechtsmittel von vornherein vermieden werden.

3. Welchen Einfluß mißt die Bundesregierung dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit seit Inkrafttreten der Beschleunigungsnovelle auf die Geschäftsbelastung der Arbeitsgerichte bei? Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu einem Anstieg der streitigen Verfahren und zu einem Rückgang der Vergleiche geführt hat?

Während noch 1978 und 1979 ein leichter Rückgang bei den erledigten Kündigungsverfahren festzustellen ist, stiegen in den Jahren 1980 bis 1982 die erledigten Kündigungsverfahren um rund 80 000 an (vgl. im einzelnen die Tabelle 27). 1983 und 1984 gingen die erledigten Kündigungsverfahren dagegen erneut leicht zurück. Der starke Anstieg der erledigten Kündigungsverfahren in den Jahren 1980 bis 1982 ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß einerseits mehr Kündigungen ausgesprochen wurden und andererseits gegen Kündigungen häufiger als in früheren Jahren, in denen es relativ leicht war, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, gerichtlich vorgegangen worden ist. Die hohe Arbeitslosigkeit ist deshalb einer der Faktoren, die die Geschäftsbelastung der Gerichte für Arbeits-sachen beeinflußt haben.

Die vorhandenen Statistiken zur Erledigung arbeitsgerichtlicher Verfahren (vgl. Tabelle 19) geben keinen Anhalt dafür her, daß die Vergleichsbereitschaft im arbeitsgerichtlichen Verfahren in nennenswerter Weise abgenommen hat. Inwieweit es speziell in Kündigungsschutzverfahren zu einer Abnahme der Vergleiche und zur Zunahme der nach streitiger Verhandlung erlassenen Urteile gekommen ist, ist statistisch nicht erfaßt. Allerdings berichten Richter aus der Praxis, daß es zunehmend schwerer und langwieriger wird, die Parteien zu einer vergleichweisen Erledigung der Verfahren zu veranlassen.

- II. 1. Inwieweit hat die Pflicht zur besonderen Prozeßförderung in Kündigungsverfahren zu einer Beschleunigung dieser Verfahren beigetragen?

Da Kündigungsschutzklagen vor Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle nicht erfaßt worden sind, ist hier ein Vergleich zu vorhergehenden Jahren nicht möglich. Festzustellen ist allerdings, daß die Erledigungsdauer von Kündigungsschutzverfahren trotz der hier im allgemeinen erforderlichen Beweisaufnahmen kürzer ist als die normale Verfahrensdauer. Während im ersten Halbjahr nach Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle bei den Arbeitsgerichten innerhalb von sechs Monaten 86,1% der Klagen erledigt wurden, waren es 91,3% der Kündigungsschutzklagen. Bei den Landesarbeitsgerichten betrug das Verhältnis 75,9% zu 88,7% bei den Kündigungsschutzverfahren.

Über die Dauer der Kündigungsschutzverfahren im Verhältnis zu den übrigen Urteilsverfahren in den Jahren 1980 bis 1984 geben die Tabellen 35 und 36 Auskunft.

2. Wie hat sich die besondere Prozeßförderung in Kündigungsverfahren nach den Erkenntnissen der Bundesregierung auf die gerichtliche Behandlung anderer Verfahren ausgewirkt? Liegen der Bundesregierung Anhaltspunkte darüber vor, daß dadurch eine Verzögerung anderer Klagen eingetreten ist?

Die Bevorzugung bestimmter Verfahren muß zu Lasten der anderen Verfahren gehen. Die Unterschiede in der Verfahrensdauer erscheinen aber nicht so stark, daß sich hieraus rechtsstaatliche Bedenken ergeben können. Im übrigen ist die unterschiedliche Verfahrensdauer bewußt in Kauf genommen worden. Die Dauer von Kündigungsschutzverfahren berührt die wirtschaftliche Existenz des Arbeitnehmers in so starkem Maße, daß es dem Gesetzgeber notwendig erschien, für diese Verfahren eine besondere Prozeßförderungspflicht durch das Gericht und durch die Parteien vorzusehen.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Regelungen über die Erwiderungsfrist nach erfolgloser Güteverhandlung (§ 61 a Abs. 3 und 4 Arbeitsgerichtsgesetz)? Teilt die Bundesregierung die Kritik an dieser Regelung, wonach eine kurzfristig mögliche Terminierung in vielen Fällen daran scheitert?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß bei der Beratung der Arbeitsgerichtsnovelle vereinzelt Kritik an Regelungen des § 61 a des Arbeitsgerichtsgesetzes geäußert worden ist. Sie hält diese Kritik für nicht gerechtfertigt. Die Erfahrungen mit den neuen Regelungen geben hierzu auch keinen Anlaß. Die Kündigungsschutzverfahren werden, wie zu II. 1. ausgeführt, im Durchschnitt schneller erledigt als die übrigen Verfahren, in denen die Regelungen über die Erwiderungsfrist nach erfolgloser Güteverhandlung nicht bestehen. Im übrigen hält die Bundesregierung auch aus Gründen des Rechtsschutzes

für den einzelnen, insbesondere den Arbeitnehmer, die vorgesehenen Fristen für angemessen.

- III. 1. Inwieweit wird nach den Erkenntnissen der Bundesregierung in der arbeitsgerichtlichen Praxis von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, verspätet vorgebrachte Angriffs- und Verteidigungsmittel zurückzuweisen?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, in welchem Umfang in der arbeitsgerichtlichen Praxis von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, verspätet vorgebrachte Angriffs- und Verteidigungsmittel zurückzuweisen. Hierzu hätte es besonderer Aktenuntersuchungen bedurft, auf die auch nach Auffassung der Bundesländer wegen der ohnehin starken Belastung der Gerichte für Arbeitssachen verzichtet werden mußte. Allerdings wird aus der Praxis berichtet, daß die Regelung angenommen und begrüßt wird.

2. Liegen der Bundesregierung Anhaltspunkte dafür vor, daß wegen der Verletzung der Pflicht, über die Folgen der Versäumung der gesetzten Frist zu belehren, die Tatsachenfeststellung sich im Falle der Berufung vielfach von der 1. in die 2. Instanz verlagert?

Die Bundesregierung hat keine Anhaltspunkte dafür, daß wegen der Verletzung der Belehrungspflicht die Tatsachenfeststellung sich in nennenswertem Umfang von der ersten in die zweite Instanz verlagert. Eine konkrete Antwort hätte auch hier eine umfangreiche Aktenuntersuchung erfordert.

- IV. 1. Inwieweit wird nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Frist zur Abfassung des Urteils in der arbeitsgerichtlichen Praxis eingehalten?

Die Bundesregierung hat keine Anhaltspunkte, daß in der arbeitsgerichtlichen Praxis die Regelungen der §§ 60 und 69 Abs. 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes im allgemeinen nicht eingehalten werden.

2. Gibt es unterschiedliche Erfahrungen mit dieser Frist in 1. und 2. Instanz? Soweit dies der Fall ist, worauf führt die Bundesregierung diese Unterschiede zurück?

Der Bundesregierung sind keine unterschiedlichen Erfahrungen mit der Einhaltung der Fristen bei der Abfassung des Urteils in der ersten und zweiten Instanz bekannt.

3. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß diese Fristenregelung in der Praxis vielfach dazu geführt hat, daß der Verkündungstermin weiter als sonst notwendig hinausgeschoben wurde?

Die Fristenregelungen bei der Abfassung der Urteile sind in Anpassung an die Regelungen der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch die Arbeitsgerichtsnovelle eingeführt worden. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Arbeitsgerichtsnovelle ist vereinzelt auf die Gefahr hingewiesen worden, daß die neuen Regelungen dazu führen können, den Verkündungstermin weiter als sonst notwendig hinauszuschieben. Diese Befürchtungen sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung durch die arbeitsgerichtliche Praxis zumindest nicht in nennenswertem Umfang bestätigt worden.

- V. 1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfahrungen mit den erfolgten Änderungen im Beschlußverfahren?

Das Beschlußverfahren ist durch die Arbeitsgerichtsnovelle insgesamt effektiver gestaltet worden, insbesondere dadurch, daß den Beteiligten eine größere Verfügungsmöglichkeit über das Verfahren eingeräumt worden ist. Die Änderungen sind durch die Praxis einhellig begrüßt worden. Die Bundesregierung beurteilt die Erfahrungen mit den folgenden Änderungen positiv.

2. Wie hat sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Verpflichtung der Beteiligten, an der Aufklärung des Sachverhalts mitzuwirken, auf die Durchführung des Beschlußverfahrens ausgewirkt?

Vgl. die Antwort zu V. 1.

- VI. 1. Wie hat sich die Umstellung vom Streitwert auf den Beschwerdewert auf die Zahl der eingelegten Berufungen ausgewirkt?

Die Umstellung vom Streitwert auf den Beschwerdewert verbunden mit der Anhebung des Beschwerdewertes auf 800 DM hat zu einem Rückgang der Berufungen geführt (1978: 6 836 Berufungen; 1980: 5 876 Berufungen; 1981: 5 720 Berufungen). Vor Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle reichte ein Streitwert von 300 DM aus. Immerhin machten nach einer vom 1. Dezember 1975 bis zum 28. Februar 1976 durchgeführten Sondererhebung die Streitwerte von 300 bis 800 DM mehr als 10 % der Berufsverfahren aus.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß wegen der wirtschaftlichen Entwicklung der Entlastungseffekt im Laufe der Jahre immer geringer wird.

2. Welche Rolle spielt nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Zulassungsberufung in der arbeitsgerichtlichen Praxis?

Zahlenmäßig spielt die Zulassungsberufung in der arbeitsgerichtlichen Praxis eine verhältnismäßig geringe Rolle. So wurde 1983 nur in 511 Fällen und 1984 in 316 Fällen die Berufung zugelassen. Andererseits trägt die Zulassungsberufung den Besonderheiten des arbeitsgerichtlichen Verfahrens (vielfach grundsätzliche Bedeutung auch bei geringen Streitwerten, z. B. im Lohnfortzahlungsrecht) Rechnung. Sie sollte daher beibehalten werden.

3. Wie hat sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Festsetzung der Berufungs- und Berufungsbegründungsfrist auf je einen Monat auf den Ablauf der Berufungsverhandlung ausgewirkt? Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik, daß durch diese Regelung kurzfristige Terminierungen unmöglich gemacht werden? Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sinnvoller wäre, die Pflicht zur Berufungsbeantwortung von einer entsprechenden richterlichen Auflage abhängig zu machen und dabei auch die Festsetzung der Frist dem Gericht zu überlassen?

Die Arbeitsgerichtsnovelle hat 1979 in Anpassung an die ordentliche Gerichtsbarkeit die Fristen für die Einlegung der Berufung und Begründung von je zwei Wochen auf je einen Monat verlängert. Diese Fristen sind erst im Vermittlungsverfahren eingeführt worden, nachdem der Bundestag zunächst die zweiwöchigen Fristen für ausreichend gehalten hatte. Die Bundesregierung ist nicht der Auffassung, daß nach sechs Jahren diese Regelung erneut wieder geändert werden sollte. Die neuen Fristen haben, wie die Statistiken ausweisen, zu keiner Verfahrensverlängerung geführt; sie haben vielmehr den Parteien und ihren Vertretern die Gelegenheit gegeben, die Frage der Einlegung der Berufung sorgfältig zu prüfen und die mündliche Verhandlung durch ihre Schriftsätze besser vorzubereiten und damit dazu beizutragen, daß die Verfahren möglichst in einem Termin abgeschlossen werden. Die neuen Fristen tragen also der Rechtsvereinheitlichung im Verhältnis zur Zivilprozeßordnung, darüber hinaus aber auch insbesondere den Belangen der Rechtsanwälte und Verbandsvertreter Rechnung, denen angemessene Vorbereitungszeiten eingeräumt werden.

Es erscheint weder zweckmäßig noch ausgewogen, den Parteien und ihren Vertretern für die Einlegung der Berufung und Begründung überaus kurze Fristen einzuräumen, die Gerichte aber bei der Durchführung des Verfahrens nicht an Fristen zu binden.

Die zuvor gemachten Ausführungen gelten zum Teil auch für die Berufungsbeantwortungsfrist. Sie ist eingeführt worden, weil in der Vergangenheit vielfach die Vertagung der ersten mündlichen Verhandlung notwendig wurde, wenn der Beklagte von seinem Recht Gebrauch machte, erst in diesem Termin abschließend auf die Berufungsklage zu erwidern (vgl. § 67

Abs. 1 Satz 1 alter Fassung). Eine feste Berufungsbeantwortungsfrist, die nicht erst vom Gericht im Einzelfall festgelegt werden muß, ist praxisgerecht. Beide Parteien können sich auf sie einstellen. Die einmonatige Berufungsbeantwortungsfrist ist in ihrer Dauer auch angemessen. Die entspricht der Frist, mit der der Berufungskläger seine Berufung begründen muß. Die Bundesregierung ist bereit, wenn es ohnehin zu einer Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes kommen sollte, die Einführung einer vom Gericht im Einzelfall festzusetzenden Frist für die Beantwortung der Berufung erneut zu prüfen.

VII.1. Inwieweit hat nach Einschätzung der Bundesregierung der Übergang von der Streitwertrevision zur Zulassungsrevision zu einer Verfahrensbeschleunigung geführt?

Der Übergang von der Streitwertrevision zur Zulassungsrevision hat sich nach Auffassung der Bundesregierung bewährt. Es ist eine entscheidende Entlastung des Bundesarbeitsgerichts eingetreten. So wurden 1978, im Jahr vor Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle, 1 195 Revisionen eingelegt; 1980 waren es dann 635, 1981 waren es 576, 1982 waren es 636, 1983 waren es 617 und 1984 waren es 674. Auch bei den Rechtsbeschwerden ist ein entscheidender Rückgang eingetreten. Während 1978 noch 109 Rechtsbeschwerden eingelegt wurden, waren es 1980, im ersten Jahre nach Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle, 65, 1981 waren es 77, 1982 waren es 76, 1983 waren es 86 und 1984 waren es 74. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Entlastung durch den Rückgang der Revisionen und Rechtsbeschwerden durch die neu eingeführten Nichtzulassungsbeschwerden zum Teil wieder zahlenmäßig ausgeglichen wird. Jedoch ist einmal der Arbeitsaufwand bei der Entscheidung über eine Nichtzulassungsbeschwerde im Regelfall geringer als bei Revisionen und Rechtsbeschwerden, zum anderen hat sich das Verfahren bei der Behandlung der Nichtzulassungsbeschwerden, die nur zu einem sehr geringen Teil Erfolg haben, eingespielt.

Eine Verfahrensbeschleunigung läßt sich 1980 statistisch nicht nachweisen. Dies liegt zunächst daran, daß nicht festgestellt werden kann, zu welcher Verfahrensdauer es angesichts der starken Zunahme der Streitwertrevisionen in den vorhergehenden Jahren ohne die Entlastung des Bundesarbeitsgerichts gekommen wäre. Sodann waren die erheblichen Rückstände abzubauen. Schließlich war bis 1981 die statistische Erfassung der Verfahrensdauer beim Bundesarbeitsgericht unzureichend. Die Verfahrensdauer war nämlich aufgeteilt in Verfahren bis zu drei Monaten, bis zu sechs Monaten, bis zu zwölf Monaten und über zwölf Monate hinaus. Da 1978 rd. 86 % der Verfahren aber über ein Jahr dauerte, kann bei der überwiegenden Mehrzahl der Verfahren statistisch eine Beschleunigung nicht nachgewiesen werden. Erst seit 1982 wird die Dauer der Revisionsverfahren in realistischen Zeitabschnitten bis zu einem Jahr, bis zu zwei Jahren, bis zu drei Jahren und über drei Jahre hinaus erfaßt. Wenn man hier das

Jahr 1978 als letztes Jahr vor Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle ins Verhältnis zu 1984 setzt, so wurden 1978 13,6 % der Revisionsverfahren innerhalb eines Jahres und 86,4 % in einem längeren Zeitraum erledigt. 1984 waren es 19,1 %, die innerhalb eines Jahres erledigt wurden, 72,7 % innerhalb von zwei Jahren und 97,7 % innerhalb von drei Jahren.

2. Wie erklärt sich die Bundesregierung das erneute Ansteigen der Eingänge bei den Revisionen und bei den Nichtzulassungsbeschwerden in den Jahren 1982 und 1983? Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen diesem Anstieg und der Zunahme der Massenarbeitslosigkeit?

Lediglich bei den Nichtzulassungsbeschwerden ist seit Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen. Dies dürfte vor allem seine Ursache in dem starken Anstieg der Klagen in den Jahren 1980 bis 1982 haben, der sich erst verspätet beim Bundesarbeitsgericht auswirkt. Dabei spielt sicherlich auch der starke Anstieg der Kündigungsschutzklagen in den Jahren 1980 bis 1982 eine Rolle.

3. Wie hoch ist die Erfolgsquote der Nichtzulassungsbeschwerden?

Die Erfolgsquote der Nichtzulassungsbeschwerden ist sehr gering. Sie betrug seit Inkrafttreten der Arbeitsgerichtsnovelle in den Jahren 1979 0,0 %, 1980 4,1 %, 1981 4,8 %, 1982 6,2 %, 1983 3,9 % und 1984 6,7 %.

4. Inwieweit wird von den gesetzlichen Verfahrenserleichterungen des § 72a Arbeitsgerichtsgesetz (Möglichkeit zur Entscheidung ohne mündliche Verhandlung und Möglichkeit, von einer Begründung des Beschlusses abzusehen) nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Gebrauch gemacht?

Bei den gesetzlichen Verfahrenserleichterungen des § 72a Arbeitsgerichtsgesetz ist nach Mitteilung des Bundesarbeitsgerichts zu unterscheiden: Von der Möglichkeit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung wird immer Gebrauch gemacht, von der Möglichkeit, von einer Begründung des Beschlusses abzusehen, hingegen zur Zeit fast ausnahmslos nicht.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfahrungen mit der Beschränkung der Überprüfung auf bestimmte Zulassungsgründe (§ 72a Abs. 1 Arbeitsgerichtsgesetz)?

Die Bundesregierung beurteilt die Erfahrungen mit der Beschränkung der Überprüfung auf bestimmte Zulassungsgründe positiv. Diese Zulassungsgründe entsprechen der Bedeutung, die kollektiv-rechtliche Streitigkeiten für das Arbeitsleben haben.

*C. Möglichkeiten der Beschleunigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens***Vorbemerkung**

Das arbeitsgerichtliche Verfahren war in seinen tragenden Regelungen seit Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes mehr als 25 Jahre unverändert geblieben. Zu einschneidenden Änderungen des Verfahrens, insbesondere des Revisionsverfahrens, ist es erst durch das am 1. Juli 1979 in Kraft getretene Gesetz zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens (BGBl. 1979 I S. 545) gekommen. Vorbereitung und Verabschiedung der Arbeitsgerichtsnovelle hatten einen Zeitraum von mehr als drei Jahren in Anspruch genommen. Der sechsjährige Zeitraum seit Inkrafttreten der Neuregelungen erscheint demgegenüber zu kurz, erneut verfahrensrechtliche Änderungen vorzuschlagen. Dies liegt auch nicht im Interesse der Betroffenen, insbesondere der Richter, Rechtsanwälte und Verbandsvertreter, die sich gerade auf das neue Verfahrensrecht eingestellt haben.

Die Möglichkeiten zur Prozeßbeschleunigung durch Änderung des Verfahrensrechts sind zudem begrenzt:

Die Bundesregierung ist zwar der Auffassung, daß gerade der arbeitsgerichtliche Prozeß nur dann seine Aufgabe erfüllen kann, wenn die rechtsuchenden Parteien in angemessener Zeit zu einer Verwirklichung ihres Rechts gelangen und der Rechtsfriede wiederhergestellt wird. Dies zeigt sich am deutlichsten bei den Kündigungsschutzverfahren, bei denen die u. U. mehrjährige Unsicherheit über das Bestehen oder Nichtbestehen des Arbeitsverhältnisses sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber unzumutbar ist. Verfahrensrechtliche Änderungen mit dem Ziel einer Beschleunigung des Verfahrens finden ihre Grenze aber dort, wo der notwendige Rechtsschutz des einzelnen beeinträchtigt wird. Dies gilt wiederum gerade für das arbeitsgerichtliche Verfahren, weil hier vielfach Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch künftig im Rahmen des Arbeitsverhältnisses miteinander auskommen müssen. Der Verfahrensablauf und die abschließende gerichtliche Entscheidung müssen daher bei aller erforderliche Beschleunigung eine gründliche Arbeit des Gerichts zulassen.

Eine weitere Grenze der Prozeßbeschleunigung ergibt sich für das arbeitsgerichtliche Verfahren aus der besonderen Bedeutung der ehrenamtlichen Richter aus Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die gleichberechtigte Mitwirkung der ehrenamtlichen Richter in allen drei Instanzen hat entscheidenden Anteil an dem Ansehen und dem Vertrauen der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung. Dementsprechend ist grundsätzlich auf Beschleunigungsmöglichkeiten zu verzichten, die zu einer zu starken Einschränkung der Stellung der ehrenamtlichen Richter führen.

Die genannten Überlegungen haben den Gesetzgeber 1979 bei der einstimmigen Verabschiedung der Arbeitsgerichtsnovelle

veranlaßt, verfahrensrechtliche Änderungen nur sehr vorsichtig vorzunehmen. Lediglich im Revisionsverfahren enthielt das Gesetz mit der Einführung der reinen Zulassungsrevision eine völlige Umstellung des bisherigen Verfahrens.

Die damaligen Überlegungen zur verfahrensrechtlichen Beschleunigung sind auch heute zutreffend.

- I. 1. Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, neue gesetzgeberische Maßnahmen zur Beschleunigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens zu ergreifen? Wenn ja, welche Maßnahmen kommen nach Auffassung der Bundesregierung in Betracht?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß auch weiterhin eine Verkürzung der arbeitsgerichtlichen Verfahren angestrebt werden sollte (zur Dauer der arbeitsgerichtlichen Verfahren vgl. Tabellen 12 bis 18 und 35). Wenn man von den verfahrensrechtlichen Beschleunigungsmöglichkeiten absieht, die sich aus der mittelbaren Anwendung des zur Zeit im Bundestag beratenen Gesetzes zur Änderung der Zivilprozeßordnung und anderer Gesetze (Drucksache 10/3054) auch im arbeitsgerichtlichen Verfahren ergeben, sieht die Bundesregierung zur Zeit keinen Anlaß, gesetzliche Maßnahmen zur Beschleunigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens vorzuschlagen. Wie bereits in der Vorbemerkung ausgeführt, steht dem insbesondere der notwendige Rechtsschutz des einzelnen entgegen. Es wird sich lediglich in absehbarer Zeit die Frage stellen, ob eine Entlastung der Berufungsinstanz durch Anhebung der Berufungsgrenze (zur Zeit muß der Wert des Beschwerdegegenstandes 800 DM übersteigen) anzustreben ist (vgl. auch die Antwort zu B. VI. 1.).

2. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei jeder Änderung von Prozeßordnungen deren Notwendigkeit durch empirisches Tatsachenmaterial über die Auswirkungen dieser Änderung belegt sein sollte? Inwieweit kann die Bundesregierung einen solchen Beleg für die von ihr geplanten Änderungen vorlegen?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß wichtige Änderungen von Prozeßordnungen, soweit wie möglich, durch empirisches Tatsachenmaterial über Prozeßwirklichkeit und über die Auswirkungen der geplanten Änderungen belegt sein sollten (vgl. auch die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur Geschäftsbelastung der ordentlichen Gerichte, Drucksache 10/1739, zu Abschnitt H I. 2). Zur Zeit plant die Bundesregierung, wie zu I. 1 ausgeführt, keine solche Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes.

3. Welche sonstigen Möglichkeiten neben möglichen gesetzgeberischen Initiativen sieht die Bundesregierung, um das arbeitsgerichtliche Verfahren weiter zu beschleunigen?

Der Deutsche Bundestag hat bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsge-

richtlichen Verfahrens am 10. Mai 1979 an die zuständigen Stellen appelliert, auch über eine personelle Verstärkung der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte zu einer angemessenen Verfahrensdauer zu kommen. Ebenso wie der Bundestag sieht auch die Bundesregierung in einer angemessenen personellen Ausstattung der Gerichte die Möglichkeit, die arbeitsgerichtlichen Verfahren weiter zu beschleunigen.

Die Bundesländer haben eine Arbeitsgruppe „Personalbedarf in der Arbeitsgerichtsbarkeit“ eingesetzt, die gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Verfahrensbeschleunigung zu folgendem Ergebnis gekommen ist:

In den Länderhaushalten sollten

- bei den Arbeitsgerichten für 500 bis 550 jährliche Klage- und Beschlußverfahren jeweils eine Richterstelle (das würde bedeuten, daß auf einen nur in der Rechtsprechung tätigen Richter etwa 550 bis 600 jährliche Neuzugänge entfielen),
- bei den Landesarbeitsgerichten für 100 bis 120 jährliche Neuzugänge an Berufungsverfahren und Beschwerdeverfahren in Beschlußsachen jeweils eine Richterstelle (das würde bedeuten, daß auf einen nur in der Rechtsprechung tätigen Richter etwa 110 bis 135 jährliche Neuzugänge entfielen)

ausgebracht werden. Das Ergebnis ist den Ministern und Senatoren für Arbeit der Länder am 20. Februar 1985 zugeleitet worden. Bei einer entsprechenden personellen Ausstattung der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte kann auch nach Auffassung der Bundesregierung eine angemessene Verfahrensdauer erreicht werden.

Beim Bundesarbeitsgerichte wird die Einrichtung eines 8. Senats zur Verfahrensbeschleunigung erheblich beitragen. Die hierfür erforderlichen Richterstellen hat der Gesetzgeber im Haushalt 1986 zur Verfügung gestellt.

II. Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge

- a) zur Einführung der schriftlichen Verhandlung bei Einverständnis der Beteiligten (entsprechend § 128 ZPO),
- b) zur Einräumung einer Alleinentscheidungsbefugnis des Vorsitzenden im Güutetermin bei Bagatellfällen,
- c) zur ausschließlich oder überwiegend mündlichen Urteilsbegründung,
- d) zur Vereinfachung der Absetzung von gerichtlichen Entscheidungen,
- e) zur erweiterten Zulassung der Sprungrevision und
- f) zur Einschränkung der Nichtzulassungsbeschwerde.

Wie bereits ausgeführt, hält die Bundesregierung zur Zeit aus grundsätzlichen Erwägungen Vorschläge zur Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes nicht für erforderlich. Zu den genannten Vorschlägen ist folgendes zu bemerken:

Zu a)

Die Einführung des schriftlichen Verfahrens bei Einverständnis der Beteiligten (entsprechend § 128 ZPO) ist bei der Vorbereitung der 1979 in Kraft getretenen Arbeitsgerichtsnovelle geprüft worden. Der Vorschlag ist wegen des stark ausgeprägten Mündlichkeitsprinzips des arbeitsgerichtlichen Verfahrens nach Anhörung sämtlicher Beteiligten nicht weiter verfolgt worden. Hieran sollte im Grundsatz festgehalten werden, zumal angesichts der Besonderheiten des arbeitsgerichtlichen Verfahrens (baldige obligatorische mündliche Güteverhandlung mit daran anschließender streitiger Verhandlung) für die Normalfälle keine entscheidende Beschleunigung zu erwarten ist.

Zu b)

Die Einräumung einer Alleinentscheidungsbefugnis des Vorsitzenden bei Bagatellfällen war bei der Vorbereitung der Arbeitsgerichtsnovelle 1979 zunächst vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vorgeschlagen worden. Sie ist dann, insbesondere wegen des damaligen Widerstandes der Gewerkschaften, fallgelassen worden. Ein solcher Vorschlag sollte nach Auffassung der Bundesregierung zur Zeit auch nicht wieder aufgegriffen werden, und zwar insbesondere aus folgenden Gründen:

- Es gibt gerade im arbeitsgerichtlichen Verfahren Bereiche, bei denen ihrer Natur nach der Streitwert vielfach sehr niedrig ist, z. B. im Lohnfortzahlungsrecht, die aber dennoch grundsätzliche Bedeutung haben können und deshalb im normalen Verfahren geklärt werden sollten. Es müßten für solche Bereiche also von vornherein Ausnahmen gemacht werden.
- Ein Alleinentscheidungsrecht des Vorsitzenden Richters in bestimmten Verfahren würde die Stellung der ehrenamtlichen Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit erheblich einschränken.

Zu c)

Eine Urteilsbegründung, die überhaupt nur noch mündlich erfolgt, entspricht nicht den Interessen der Parteien. Sie sind im allgemeinen bei der Urteilsbegründung nicht anwesend. Im übrigen hat das Urteil eine Befriedigungs- und Überzeugungsfunktion: Diese würde bei einer nur mündlichen Urteilsbegründung weitgehend entfallen. Die Zuständigkeit würde sich nur auf die Rechtsanwälte und Verbandsvertreter verlagern. Diese müßten dann nämlich gegebenenfalls ihre Mandanten schriftlich unterrichten. Schließlich erschwert eine mündliche Begründung die Beurteilung der Frage, ob Rechtsmittel eingelegt werden sollen.

Was unter einer überwiegend mündlichen Urteilsbegründung zu verstehen sein soll, ist nicht ohne weiteres ersichtlich. Nach

geltendem Recht (vgl. § 60 Abs. 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes) ist bei der Verkündung des Urteils der wesentliche Teil der Entscheidungsgründe mitzuteilen. Dies gilt nicht, wenn beide Parteien abwesend sind; in diesem Fall genügt die Bezugnahme auf die unterschriebene Urteilsformel. Diese Regelung hat sich bewährt und entspricht sowohl den Interessen der Vorsitzenden Richter als auch der Parteien.

Zu d)

Zur Absetzung gerichtlicher Verfahren enthält das Arbeitsgerichtsgesetz keine eigenständige Regelung. Es gelten die §§ 310 bis 315 ZPO, die eine weitgehende Vereinfachung beim Absetzen von gerichtlichen Entscheidungen vorsehen. Noch weitergehende Vereinfachungen würden den Interessen der Parteien nicht mehr entsprechen und der Urteilsbegründung weitgehend ihren Sinn nehmen.

Zu e)

Es ist richtig, daß die durch die Arbeitsgerichtsnovelle neu gestaltete Sprungrevision (§ 76 des Arbeitsgerichtsgesetzes) bisher nur eine geringe praktische Bedeutung hat. Die Bundesregierung hält es aber für nicht ratsam, die Anforderungen zu erleichtern, weil sonst das Bundesarbeitsgericht mit einer Unzahl von unzulässigen und unbegründeten Verfahren belastet werden dürfte. Das 1979 in Kraft getretene neue Revisionsverfahren hat die Tätigkeit des Bundesarbeitsgerichts auf die eigentlichen Aufgaben eines Obersten Gerichtshofes des Bundes konzentriert, nämlich die Erhaltung der Rechtseinheit und die Rechtsfortbildung. Die Sprungrevision ist dementsprechend ebenfalls so geregelt, daß das Bundesarbeitsgericht möglichst nur mit grundsätzlichen Fragen befaßt wird. Hieran sollte durch eine Erleichterung der Voraussetzungen für die Sprungrevision nichts geändert werden.

Zu f)

Die Nichtzulassungsbeschwerde kann nur in bestimmten tarifrechtlichen Streitigkeiten bei grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache sowie im Falle der Divergenz von der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts oder eines anderen Landesarbeitsgerichts eingelegt werden. Die auf die Divergenz gestützte Nichtzulassungsbeschwerde ist im Interesse der Rechtseinheit notwendig. Die bei bestimmten kollektivrechtlichen Streitigkeiten mögliche Nichtzulassungsbeschwerde trägt der Bedeutung des kollektiven Arbeitsrechts für das Arbeitsleben Rechnung. Hierauf sollte ebenfalls nicht verzichtet werden. Im übrigen ist auch hier darauf hinzuweisen, daß ein Erfahrungszeitraum von sechs Jahren im allgemeinen nicht ausreicht, um neue verfahrensrechtliche Regelungen erneut zu ändern.

- III. 1. Welche Rationalisierungsreserven bestehen nach Auffassung der Bundesregierung im bürokratisch-technischen Bereich bei den Arbeitsgerichten, Landesarbeitsgerichten und dem Bundesarbeitsgericht?

Das Bundesarbeitsgericht ist im bürotechnischen Bereich teilweise rationalisiert (z. B. Datensammelsystem für Schreibdienst, Dokumentationsstelle und Geschäftsstelle). Der weitere Ausbau des Systems ist vorgesehen. Die Rationalisierungsreserven bei den Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten sind dagegen nach Auffassung der Länder noch nicht ausgeschöpft.

2. Welche konkreten Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um eventuelle Rationalisierungsreserven bei der Arbeitsgerichtsbarkeit ausfindig zu machen und zu nutzen, und welche Initiativen beabsichtigt sie für die Zukunft?

Weil die Justizausstattung in erster Linie Sache der Länder ist, sind die Möglichkeiten der Bundesregierung begrenzt. Der Bund hat die Länder bei dem Einsatz von Rationalisierungsmitteln ermutigt und unterstützt. Im einzelnen wird hierzu auch auf die Antwort der Bundesregierung zu der Großen Anfrage zur Geschäftsbelastung in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit (Drucksache 10/3767) verwiesen. Auf der letzten Besprechung der Arbeitsgerichtsreferenten des Bundes und der Länder am 26. und 27. September 1985 war ein Tagungsordnungspunkt die Verbesserung der Text- und Datenverarbeitung bei den Arbeitsgerichten.

Für das Bundesarbeitsgericht wird die Bundesregierung die Mittel zur weiteren Modernisierung im bürotechnischen Bereich zur Verfügung stellen.

3. Welche Forschungsvorhaben hat die Bundesregierung initiiert, um eventuelle Rationalisierungsreserven in der Arbeitsgerichtsbarkeit ausfindig zu machen, welche Ergebnisse haben diese Forschungsvorhaben gebracht, und welche konkreten Forschungsvorhaben hält die Bundesregierung in nächster Zeit in diesem Bereich für sinnvoll?

Da die Möglichkeiten zur Rationalisierung im bürotechnischen Bereich bei den Gerichten der Länder und beim Bundesarbeitsgericht im wesentlichen bekannt sind, hält die Bundesregierung weitere Forschungsvorhaben in nächster Zeit nicht für sinnvoll. Was die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte angeht, ist dies letztlich eine Sache der Länder.

4. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, inwieweit die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit mit technischen Hilfsmitteln (Diktiergeräte, Schreibautomaten etc.) genügend ausgestattet sind und inwieweit eventuelle Verzögerungen bei den genannten Gerichten auf eine mangelnde technische Ausstattung zurückzuführen sind?

Technische Hilfsmittel stehen dem Bundesarbeitsgericht in genügendem Maße zur Verfügung. Bei den Arbeitsgerichten, insbesondere im Geschäftsstellenbereich, werden vermehrt technische Hilfsmittel zur Text- und Datenverarbeitung eingesetzt oder zumindest wird deren Einsatz geplant. Die Länder weisen darauf hin, daß nach Abschluß dieser Maßnahmen die Ausstattung der Gerichte mit technischen Hilfsmitteln einen Grad erreicht haben wird, das Verfahrensverzögerungen nicht mehr auf Ausstattungsdefizite zurückgeführt werden können. Diese Feststellung gilt bereits jetzt für das Bundesarbeitsgericht.

5. Inwieweit haben die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit Zugang zu den Daten des juristischen Informationsdienstes JURIS? Beabsichtigt die Bundesregierung, die Zugriffsmöglichkeiten der Arbeitsgerichtsbarkeit auf dieses Datenmaterial zu erweitern?

Es ist Sache der Länder, inwieweit sie den Gerichten der Arbeitsgerichtsbarkeit Zugang zu den Daten des juristischen Informationsdienstes JURIS ermöglichen. Die Länder haben darauf hingewiesen, daß die im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit zunehmend dem Informationsdienst JURIS anschließen. Das Bundesarbeitsgericht war am Aufbau des JURIS-Systems beteiligt und ist zuständig für die Dokumentation der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte und der arbeitsrechtlichen Literatur.

Tabellenübersicht

Tabelle 1

Anhängige Urteilsverfahren bei den Arbeitsgerichten

Tabelle 2

Anhängige Beschlußverfahren bei den Arbeitsgerichten

Tabelle 3

Anhängige sonstige Verfahren bei den Arbeitsgerichten

Tabelle 4

Anhängige Berufungsverfahren bei den Landesarbeitsgerichten

Tabelle 5

Anhängige Beschwerdeverfahren in Beschlußsachen bei den Landesarbeitsgerichten

Tabelle 6

Anhängige Beschwerdeverfahren bei den Landesarbeitsgerichten

Tabelle 7

Anhängige Verfahren beim Bundesarbeitsgericht

Tabelle 8

Erledigte Verfahren bei den Arbeitsgerichten

Tabellen 9 und 10

Erledigte Verfahren bei den Landesarbeitsgerichten

Tabelle 11

Erledigte Verfahren beim Bundesarbeitsgericht

Tabellen 12 bis 14

Dauer der Verfahren bei den Arbeitsgerichten in Prozentanteilen

Tabellen 15 bis 17

Dauer der Verfahren bei den Landesarbeitsgerichten in Prozentanteilen

Tabelle 18

Dauer der Verfahren beim Bundesarbeitsgericht in Prozentanteilen

Tabellen 19 und 20

Erledigte Verfahren nach Art der Erledigung bei den Arbeitsgerichten

Tabellen 21 und 22

Erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung bei den Landesarbeitsgerichten

Tabelle 23

Erledigte Revisionen beim Bundesarbeitsgericht nach Art der Erledigung

Tabelle 24

Erledigte Rechtsbeschwerden beim Bundesarbeitsgericht nach Art der Erledigung

Tabelle 25

Erledigte Nichtzulassungsbeschwerden beim Bundesarbeitsgericht nach Art der Erledigung

Tabellen 26 und 27

Erledigte Revisionsbeschwerden beim Bundesarbeitsgericht nach Art der Erledigung (Verfahren gemäß § 77 ArbGG und Verfahren gemäß §§ 70, 78 Abs. 2 ArbGG)

Tabelle 27

Erledigte Urteilsverfahren der Arbeitsgerichte nach Art des Streitgegenstandes (absolute Zahlen)

Tabelle 28

Erledigte Urteilsverfahren der Arbeitsgerichte nach Art des Streitgegenstandes
(Prozentanteile)

Tabelle 29

Verfahren mit Personen des öffentlichen Rechts in Schleswig-Holstein

Tabelle 30

Tragende Berufungsgründe

Tabelle 31

Verfassungsbeschwerden und Vorlagen beim Bundesverfassungsgericht

Tabelle 32

Vertretung von Arbeitnehmern vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten

Tabelle 33

Vertretung der Arbeitnehmer vor dem Arbeitsgericht Berlin

Tabelle 34

Beteiligung von Rechtsanwälten

Tabellen 35 und 36

Dauer der Kündigungsverfahren im Verhältnis zu den übrigen Verfahren

Tabelle 1

Tätigkeit der Arbeitsgerichte (anhängige Urteilsverfahren)
 1965 bis 1984

Anhängige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Urteilsverfahren														
Unerledigte Klagen am Jahresanfang ²⁾														
1965	37 264	2 407	659	1 340	3 092	933	8 019	10 398	0	2 064	3 091	3 925	624	3 119
1966	47 999	10 735	684	1 608	3 033	796	7 975	22 206	0	1 859	2 925	3 302	785	2 826
1967	45 672	- 2 327	740	2 099	3 339	899	10 561	14 041	0	2 056	3 372	4 633	933	2 999
1968	44 663	- 1 009	829	2 024	3 595	667	9 760	13 777	0	1 892	3 009	5 320	1 160	2 630
1969	37 839	- 6 824	864	1 697	3 856	611	8 464	8 866	5 928	1 926	2 847	4 773	1 081	2 854
1970	38 524	685	846	1 745	3 564	547	9 190	8 959	6 302	1 955	2 919	4 776	1 206	2 817
1971	52 606	14 082	1 047	2 786	3 977	824	11 671	15 326	12 168	2 314	3 652	6 155	1 023	3 831
1972	59 014	6 408	1 147	3 583	4 547	1 160	14 416	12 631	8 924	2 762	4 270	7 914	1 116	5 468
1973	68 073	9 059	1 212	3 733	4 722	1 354	16 876	17 409	13 169	2 727	4 867	8 498	1 349	5 326
1974	79 024	10 951	1 480	3 918	6 614	1 492	21 149	15 819	10 022	3 590	6 942	11 258	1 783	4 979
1975	96 763	17 739	1 654	4 548	8 842	1 845	26 158	18 717	11 891	4 794	8 645	12 739	2 489	6 332
1976	94 582	- 2 181	1 923	4 277	9 544	1 553	25 116	19 026	12 826	3 974	8 756	12 325	2 322	5 766
1977	80 030	-14 552	1 470	4 432	8 443	1 700	20 793	14 683	8 948	3 369	7 262	11 273	1 540	5 065
1978	74 300	- 5 730	1 087	4 105	9 166	1 464	18 619	13 762	8 299	2 892	6 253	10 589	1 685	4 678
1979 ³⁾	105 262	30 962	1 105	4 215	8 695	1 604	21 065	14 224	6 745	2 906	35 591 ³⁾	10 017	1 461	4 379
1980	98 362	- 6 900	1 132	3 795	7 836	1 496	18 083	12 598	6 104	2 874	34 386	10 743	1 364	4 055
1981	104 138	5 776	1 277	5 109	8 396	1 533	20 550	12 890	5 495	3 222	32 722	12 355	1 452	4 632
1982	101 605	- 2 533	1 898	6 225	10 510	1 932	24 640	15 969	7 020	3 659	11 219	17 321	2 190	6 042
1983	119 399	17 794	1 966	7 537	11 455	2 145	29 239	19 345	8 490	4 542	14 998	20 135	2 204	5 833
1984	112 965	- 6 434	1 586	7 285	9 372	2 633	27 796	21 863	11 944	3 748	12 382	17 678	1 871	6 751
Eingereichte Klagen														
1965	178 287	1 096	4 670	6 302	12 259	3 406	41 704	56 030	0	7 507	16 907	15 973	2 952	10 577
1966	182 817	4 530	5 156	6 471	14 231	3 709	47 154	47 020	0	7 931	18 055	18 339	3 491	11 260
1967	205 830	23 013	6 158	7 403	15 655	4 249	52 322	54 840	0	8 204	18 981	22 687	4 240	11 091
1968	177 054	-28 776	5 743	7 128	13 730	2 905	42 846	47 319	0	7 560	16 964	18 918	3 111	10 830
1969	172 944	- 4 110	5 341	7 281	13 155	2 803	41 289	44 754	30 615	7 554	15 978	20 479	3 227	11 083
1970	201 166	28 222	6 248	8 230	13 697	3 531	48 468	55 610	38 796	8 159	18 732	21 768	3 040	13 683
1971	218 726	17 560	6 524	9 291	15 225	3 907	53 966	54 012	36 046	9 050	20 890	26 171	3 257	16 433
1972	232 980	14 254	6 911	9 847	16 112	4 031	59 134	59 665	40 919	9 609	22 059	26 454	3 519	15 639
1973	247 341	14 361	8 117	9 736	18 696	4 145	65 620	54 182	31 822	10 911	24 853	29 826	4 143	17 112
1974	297 162	49 821	8 841	10 770	21 774	4 773	79 271	65 904	38 213	13 592	32 221	36 071	4 897	19 048
1975	301 625	4 463	10 165	10 382	23 034	4 495	79 160	64 132	38 253	14 374	35 480	38 666	4 218	17 519
1976	288 388	-13 237	10 022	10 446	21 536	4 421	72 841	64 574	40 178	13 620	32 348	37 011	3 873	17 696
1977	296 376	7 988	9 899	10 476	22 963	4 476	75 634	68 659	44 884	13 299	30 967	37 768	4 467	17 768
1978 ³⁾	327 271	30 895	10 565	10 686	22 132	4 655	77 582	68 347	42 842	13 235	63 555 ³⁾	35 271	4 281	16 962
1979	273 978	-53 293	9 044	9 626	20 944	4 467	73 290	58 621	36 101	13 000	27 718	37 087	3 959	16 222
1980	302 602	28 624	9 934	11 256	24 637	4 646	79 481	62 520	37 292	14 085	32 187	42 023	3 866	17 967
1981	347 520	44 918	12 311	12 543	28 896	5 505	93 512	66 381	36 535	15 775	39 411	48 296	4 864	20 026
1982	386 789	39 269	12 782	14 602	32 047	5 774	104 198	70 598	37 134	18 219	47 160	55 662	4 766	20 981
1983	365 363	-21 426	11 030	14 131	28 249	5 550	96 431	72 782	42 964	16 224	42 331	52 462	4 061	22 112
1984	361 435	- 3 928	11 076	12 734	31 148	5 015	97 132	64 661	35 894	19 126	41 092	52 520	4 661	22 270

noch Tabelle 1

Anhängige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in												
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	
Klagen insgesamt															
1965	215 551	3 503	5 329	7 642	15 351	4 339	49 723	66 428	0	9 571	19 998	19 898	3 576	13 696	
1966	230 816	15 265	5 840	8 079	17 264	4 505	55 129	69 226	0	9 790	20 980	21 641	4 276	14 086	
1967	251 502	20 686	6 898	9 502	18 994	5 148	62 883	68 881	0	10 260	22 353	27 320	5 173	14 090	
1968	221 717	-29 785	6 572	9 152	17 325	3 572	52 606	61 096	0	9 452	19 973	24 238	4 271	13 460	
1969	210 783	-10 934	6 205	8 978	17 011	3 414	49 753	53 620	36 543	9 480	18 825	25 252	4 308	13 937	
1970	239 690	28 907	7 094	9 975	17 261	4 078	57 658	64 569	45 098	10 114	21 651	26 544	4 246	16 500	
1971	271 332	31 642	7 571	12 077	19 202	4 731	65 637	69 338	48 214	11 364	24 542	32 326	4 280	20 264	
1972	291 994	20 662	8 058	13 430	20 659	5 191	73 550	72 296	49 843	12 371	26 329	34 368	4 635	21 107	
1973	315 414	23 420	9 329	13 469	23 418	5 499	82 496	71 591	44 991	13 638	29 720	38 324	5 492	22 438	
1974	376 186	60 772	10 321	14 688	28 388	6 265	100 420	81 723	48 235	17 182	39 163	47 329	6 680	24 027	
1975	398 388	22 202	11 819	14 930	31 876	6 340	105 318	82 849	50 144	19 168	44 125	51 405	6 707	23 851	
1976	382 970	-15 418	11 945	14 723	31 080	5 974	97 957	83 600	53 004	17 594	41 104	49 336	6 195	23 462	
1977	376 406	- 6 564	11 369	14 908	31 406	6 176	96 427	83 342	53 832	16 668	38 229	49 041	6 007	22 833	
1978 ³⁾	401 571	25 165	11 652	14 791	31 298	6 119	96 201	82 109	51 141	16 127	69 808 ³⁾	45 860	5 966	21 640	
1979	379 240	-22 331	10 149	13 841	29 639	6 071	94 355	72 845	42 846	15 906	63 309	47 104	5 420	20 601	
1980	400 964	21 724	11 066	15 051	32 473	6 142	97 564	75 118	43 396	16 959	66 573	52 766	5 230	22 022	
1981	451 658	50 694	13 588	17 652	37 292	7 038	114 062	79 271	42 030	18 997	72 133	60 651	6 316	24 658	
1982	488 394	36 736	14 680	20 827	42 557	7 706	128 838	86 567	44 154	21 878	58 379	72 983	6 956	27 023	
1983	484 762	- 3 632	12 996	21 668	39 704	7 695	125 670	92 127	51 454	20 766	57 329	72 597	6 265	27 945	
1984	474 400	-10 362	12 662	20 019	40 520	7 648	124 928	86 524	47 838	22 874	53 474	70 198	6 532	29 021	

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 2

Tätigkeit der Arbeitsgerichte (anhängige Beschlußverfahren)
1965 bis 1984

Anhängige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in												
	Jahr	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Beschlußverfahren															
Unerledigte Beschlußsachen am Jahresanfang ²⁾															
1965	51	43	0	1	6	0	23	2	0	3	6	7	2	1	
1966	68	17	2	3	6	0	27	8	0	4	5	4	3	6	
1967	70	2	1	2	4	1	27	6	0	5	9	7	1	7	
1968	52	-18	0	3	5	0	25	3	0	2	1	10	2	1	
1969	369	317	1	3	1	7	332	3	0	5	6	11	0	0	
1970	74	-295	1	3	4	0	33	2	0	6	3	15	3	4	
1971	76	2	0	2	2	0	24	8	0	7	13	14	2	4	
1972	83	7	1	11	3	0	41	6	0	3	7	7	2	2	
1973	1 023	940	18	77	94	6	304	154	0	29	53	223	11	54	
1974	1 508	485	23	84	169	9	430	86	0	49	188	260	153	57	
1975	2 576	1 068	27	82	200	7	1 506	55	0	62	244	233	91	69	
1976	2 847	271	26	81	158	54	1 816	92	0	86	275	147	63	49	
1977	2 448	-399	22	74	348	71	1 202	236	0	69	232	124	17	53	
1978	2 150	-298	19	219	154	92	730	208	0	29	365	263	17	54	
1979	1 712	-438	21	166	153	124	585	106	0	31	295	166	16	49	
1980	1 036	-676	7	108	116	51	287	104	0	27	176	102	7	51	
1981	2 063	1 027	20	114	90	55	1 274	131	0	35	163	122	14	45	
1982	1 687	-376	36	194	148	80	437	335	0	43	176	163	7	68	
1983	2 031	344	26	499	128	62	417	308	0	50	233	199	20	89	
1984	1 788	-243	41	310	109	87	375	401	0	51	184	161	13	56	
Eingereichte Anträge															
1965	507	490	7	14	45	16	228	42	0	24	46	46	22	17	
1966	319	-188	9	10	27	19	104	30	0	20	38	40	8	14	
1967	295	-24	12	12	22	7	105	18	0	14	50	36	8	11	
1968	1 701	1 406	12	15	43	25	1 454	34	0	22	45	34	6	11	
1969	380	-1 321	7	16	29	13	144	36	0	21	24	65	11	14	
1970	281	-99	6	12	18	4	97	33	0	17	38	33	8	15	
1971	324	43	12	17	28	2	119	36	0	17	41	37	7	8	
1972	3 174	2 850	111	118	270	64	1 072	400	0	125	270	569	51	124	
1973	3 531	357	104	176	358	83	977	355	0	160	467	461	204	186	
1974	4 476	945	111	158	346	44	2 208	279	0	148	471	407	67	237	
1975	4 487	11	193	196	376	94	1 678	391	0	254	631	399	72	203	
1976	4 163	-324	168	193	569	123	1 306	549	0	151	536	348	28	192	
1977	4 452	289	146	363	572	161	1 151	441	0	204	653	426	48	287	
1978	4 312	-140	141	263	385	131	1 645	446	0	171	437	394	55	244	
1979	3 349	-963	108	160	341	110	1 035	416	0	191	452	272	34	230	
1980	4 711	1 362	122	195	389	133	2 210	450	0	156	440	369	37	210	
1981	5 200	489	170	353	529	152	1 497	853	0	225	629	448	50	294	
1982	5 380	180	166	662	510	227	1 434	711	0	210	563	498	49	350	
1983	5 445	65	212	323	479	202	1 661	973	0	222	619	389	28	337	
1984	6 317	872	304	363	626	170	1 884	1 000	0	246	837	431	72	384	

noch Tabelle 2

Anhängige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in											
Jahr	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Beschlußsachen insgesamt														
1965	558	533	7	15	51	16	251	44	0	27	52	53	24	18
1966	387	-171	11	13	33	19	131	38	0	24	43	44	11	20
1967	365	-22	13	14	26	8	132	24	0	19	59	43	9	18
1968	1 753	1 388	12	18	48	25	1 479	37	0	24	46	44	8	12
1969	749	-1 004	8	19	30	20	476	39	0	26	30	76	11	14
1970	355	-394	7	15	22	4	130	35	0	23	41	48	11	19
1971	400	45	12	19	30	2	143	44	0	24	54	51	9	12
1972	3 257	2 857	112	129	273	64	1 113	406	0	128	277	576	53	126
1973	4 554	1 297	122	253	452	89	1 281	509	0	189	520	684	215	240
1974	5 984	1 430	134	242	515	53	2 638	365	0	197	659	667	220	294
1975	7 063	1 079	220	278	576	101	3 184	446	0	316	875	632	163	272
1976	7 010	-53	194	274	727	177	3 122	641	0	237	811	495	91	241
1977	6 900	-110	168	437	920	232	2 353	677	0	273	885	550	65	340
1978	6 462	-438	160	482	539	223	2 375	654	0	200	802	657	72	298
1979	5 061	-1 401	129	326	494	234	1 620	522	0	222	747	438	50	279
1980	5 747	686	129	303	505	184	2 497	554	0	183	616	471	44	261
1981	7 263	1 516	190	467	619	207	2 771	984	0	260	792	570	64	339
1982	7 067	-196	202	856	658	307	1 871	1 046	0	253	739	661	56	418
1983	7 476	409	238	822	607	264	2 078	1 281	0	272	852	588	48	426
1984	8 105	629	345	673	735	257	2 259	1 401	0	297	1 021	592	85	440

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 3

Tätigkeit der Arbeitsgerichte (Sonstige Verfahren)
1965 bis 1984

Anhängige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in												
	ins- gesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	
Sonstige Verfahren															
Arreste und einstweilige Verfügungen: a) Eingereichte Anträge															
1965	1 370	35	37	126	78	43	335	144	0	44	108	149	23	283	
1966	1 349	-21	35	194	78	8	324	113	0	42	124	126	42	263	
1967	1 275	-74	85	157	55	88	332	94	0	55	121	126	25	137	
1968	1 196	-79	30	134	84	10	294	101	0	35	143	125	22	218	
1969	1 342	146	55	161	106	12	349	125	0	25	117	174	41	177	
1970	1 304	-38	37	189	80	3	308	122	0	45	131	176	47	166	
1971	1 749	445	45	285	115	9	350	127	0	56	164	347	58	193	
1972	2 155	406	71	336	156	18	483	255	0	62	208	247	63	256	
1973	2 403	248	56	502	104	42	574	189	0	72	246	245	58	315	
1974	3 290	887	225	529	232	26	777	336	0	110	281	316	82	376	
1975	3 965	675	165	628	272	22	839	399	0	131	409	487	114	499	
1976	3 840	- 125	192	631	299	46	840	379	0	112	340	361	116	524	
1977	3 886	46	108	652	389	74	883	271	0	126	354	361	138	530	
1978	4 142	256	109	476	399	60	1 238	301	0	121	370	323	110	635	
1979	3 958	- 184	99	453	402	76	1 036	392	0	150	326	452	94	478	
1980	4 012	54	117	516	433	162	1 026	320	0	138	289	446	89	476	
1981	4 664	652	106	600	463	119	1 324	371	0	209	366	481	85	540	
1982	5 577	913	109	742	539	189	1 489	544	0	144	478	721	95	527	
1983	5 275	- 302	197	706	532	145	1 360	478	0	169	484	586	104	514	
1984	5 414	139	121	674	614	126	1 282	488	0	277	459	626	106	641	
b) Ergangene Entscheidungen															
1965	1 188	0	31	126	64	43	291	120	0	38	95	134	21	225	
1966	1 167	-21	34	194	59	8	288	84	0	37	110	105	32	216	
1967	1 101	-66	81	157	42	88	282	62	0	49	110	106	26	98	
1968	980	- 121	26	134	67	10	251	77	0	27	118	99	22	149	
1969	1 107	127	49	161	80	12	301	97	0	19	103	140	39	106	
1970	1 030	-77	32	189	68	3	268	73	0	40	102	120	45	90	
1971	1 420	390	43	255	101	8	289	97	0	51	147	258	55	116	
1972	1 729	309	63	270	138	18	418	171	0	53	180	186	59	173	
1973	2 004	275	53	454	86	41	479	140	0	56	215	188	55	237	
1974	2 751	747	212	464	206	26	622	230	0	95	232	275	75	314	
1975	3 269	518	149	496	211	19	691	342	0	114	358	418	99	372	
1976	3 401	132	176	588	263	43	743	349	0	95	294	293	115	442	
1977	3 450	49	91	614	362	72	745	222	0	124	303	321	149	447	
1978	3 484	34	94	531	356	60	897	217	0	113	277	286	104	549	
1979	3 644	160	78	430	364	77	1 124	309	0	136	247	391	87	401	
1980	3 465	- 179	82	505	359	160	895	201	0	124	254	379	99	407	
1981	3 985	520	72	597	398	105	1 119	278	0	178	293	404	89	452	
1982	4 745	760	78	689	452	129	1 316	415	0	106	416	578	96	470	
1983	4 672	-73	137	721	449	220	1 248	351	0	145	391	480	97	433	
1984	4 684	12	87	641	507	128	1 140	363	0	277	358	486	104	593	

noch Tabelle 3

Anhän- gige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in												
	ins- gesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- west- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	
c) Eingegangene Mahnverfahren															
1965	43 926	3 552	842	2 029	1 991	455	7 359	23 633	0	857	1 935	3 087	653	1 085	
1966	42 578	- 348	884	2 361	2 054	651	8 041	19 628	0	1 236	2 191	3 499	698	1 335	
1967	77 145	34 567	1 112	2 716	2 343	607	7 764	52 958	0	972	2 365	4 050	742	1 516	
1968	66 828	-10 317	985	2 576	2 627	536	8 001	42 318	0	908	2 500	4 185	794	1 398	
1969	59 434	-7 394	1 285	2 715	2 962	571	8 642	33 098	31 391	823	2 560	4 601	826	1 351	
1970	36 486	-22 948	1 347	3 223	3 235	858	10 829	5 884	3 966	831	3 033	4 868	812	1 566	
1971	48 070	11 584	1 883	4 259	3 774	1 027	14 449	7 002	4 503	1 589	3 735	6 832	1 149	2 371	
1972	61 886	13 816	1 848	4 843	3 961	1 214	13 794	20 449	16 959	1 728	4 039	6 178	1 272	2 560	
1973	78 973	17 087	2 154	4 740	4 686	1 241	14 815	32 517	0	2 179	5 051	7 339	1 228	3 023	
1974	78 556	- 417	2 080	4 178	5 091	1 108	15 268	30 907	26 422	2 220	5 881	7 672	1 392	2 759	
1975	73 170	-5 386	2 130	3 190	5 259	965	13 151	31 326	26 566	2 117	5 325	6 315	1 202	2 190	
1976	73 609	439	2 015	2 827	4 940	823	12 320	34 381	0	1 963	5 082	5 864	1 167	2 227	
1977	68 879	-4 730	1 878	2 720	4 515	928	12 005	31 857	28 372	1 767	4 678	5 394	1 006	2 131	
1978	74 603	5 724	1 857	2 618	5 105	673	11 537	37 269	34 148	1 841	4 938	5 439	1 101	2 225	
1979	76 149	1 546	1 909	2 210	5 311	814	11 558	38 856	35 296	1 791	4 812	5 315	968	2 605	
1980	81 003	4 854	1 909	2 500	5 151	800	13 014	41 469	38 000	1 824	5 217	5 555	1 030	2 534	
1981	82 456	1 453	2 139	2 637	5 199	855	13 895	40 575	36 549	2 081	5 036	5 851	1 284	2 904	
1982	85 992	3 536	2 073	2 973	5 113	677	14 016	43 371	39 089	2 130	5 196	6 571	1 295	2 577	
1983	70 420	-15 572	1 689	2 452	4 730	749	12 556	32 538	28 713	1 876	4 576	5 950	980	2 324	
1984	72 903	2 483	1 616	2 607	4 761	878	12 338	34 300	30 443	1 894	4 477	6 244	750	3 038	

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 4

Tätigkeit der Landesarbeitsgerichte (Anhängige Berufungsverfahren)
1965 bis 1984

Anhängige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in												
	Jahr	ins- gesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Berufungsverfahren															
Unerledigte Berufungen am Jahresanfang ²⁾															
1965	2 997	457		120	165	466	44	1 055	352	0	161	152	268	133	81
1966	2 862	- 135		96	125	478	55	1 051	315	0	182	167	217	77	99
1967	2 423	- 439		83	128	393	64	784	274	0	191	148	217	50	91
1968	2 790	367		126	195	314	63	929	343	0	223	232	216	57	92
1969	2 844	54		117	173	343	50	776	394	0	246	254	328	75	88
1970	2 711	- 133		158	145	281	106	770	272	0	210	277	341	65	86
1971	2 972	261		125	173	353	82	805	358	0	190	261	436	57	132
1972	3 179	207		118	164	337	68	839	381	0	238	372	490	36	136
1973	3 756	577		81	204	556	98	911	398	0	268	389	631	33	187
1974	4 376	620		130	274	771	107	1 116	446	0	324	379	559	45	225
1975	5 638	1 262		198	247	983	146	1 378	710	0	308	522	778	55	313
1976	6 488	850		133	305	1 110	129	1 724	712	0	441	524	869	100	441
1977	6 934	446		133	293	1 356	149	1 657	775	0	400	748	757	182	484
1978	6 836	- 98		175	261	1 268	123	1 585	852	0	361	679	803	214	515
1979	6 535	- 301		97	219	1 235	199	1 406	931	0	300	497	941	193	517
1980	5 876	- 659		134	296	1 069	184	1 086	861	0	295	499	979	161	312
1981	5 720	- 156		154	297	798	222	1 146	724	0	250	497	1 186	176	270
1982	5 879	159		198	311	655	468	1 347	670	0	346	563	921	54	346
1983	7 246	1 367		406	468	853	301	1 609	838	0	482	732	1 092	72	393
1984	8 373	1 127		467	417	1 073	344	2 157	884	0	435	890	1 208	83	415
Eingereichte Berufungen															
1965	6 270	362		263	423	687	115	2 120	689	0	306	558	686	76	347
1966	6 062	- 208		259	391	604	105	2 118	605	0	237	571	683	108	381
1967	7 549	1 487		315	513	726	130	2 627	703	0	288	813	882	117	435
1968	7 338	- 211		321	519	737	80	2 424	759	0	361	733	906	113	385
1969	6 916	- 422		355	430	642	170	2 182	650	0	351	756	865	92	423
1970	7 269	353		317	430	760	132	2 432	658	0	365	741	795	138	501
1971	8 210	941		353	468	755	130	2 768	725	0	427	1 017	901	131	535
1972	8 839	629		411	537	981	159	2 814	804	0	493	923	939	131	647
1973	9 232	393		457	627	980	183	3 042	897	0	474	937	869	133	633
1974	11 365	2 133		500	689	1 136	205	3 664	1 141	0	577	1 164	1 380	177	732
1975	13 732	2 367		581	758	1 323	217	4 578	1 233	0	914	1 383	1 648	193	904
1976	15 065	1 333		685	786	1 633	327	4 549	1 309	0	916	1 807	1 679	312	1 062
1977	15 062	- 3		741	756	1 664	218	4 679	1 350	0	869	1 674	1 750	208	1 153
1978	14 637	- 425		467	673	1 971	299	4 588	1 268	0	830	1 554	1 560	213	1 214
1979	13 721	- 916		505	815	1 732	250	4 013	1 385	0	795	1 329	1 598	186	1 113
1980	12 832	- 889		467	670	1 373	245	3 839	1 289	0	817	1 265	1 689	182	996
1981	14 133	1 301		608	747	1 573	520	4 203	1 337	0	983	1 404	1 488	141	1 129
1982	16 877	2 744		824	933	1 939	375	5 161	1 580	0	1 207	1 783	1 644	176	1 255
1983	19 228	2 351		829	1 042	2 384	394	6 045	1 710	0	1 205	2 186	1 788	162	1 483
1984	17 483	- 1 745		670	1 043	2 084	366	5 159	1 524	0	1 126	2 179	1 825	160	1 347

noch Tabelle 4

Anhängige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Berufungen insgesamt														
1965	9 267	819	383	588	1 153	159	3 175	1 041	0	467	710	954	209	428
1966	8 924	- 343	355	516	1 082	160	3 169	920	0	419	738	900	185	480
1967	9 972	1 048	398	641	1 119	194	3 411	977	0	479	961	1 099	167	526
1968	10 128	156	447	714	1 051	143	3 353	1 102	0	584	965	1 122	170	477
1969	9 760	- 368	472	603	985	220	2 958	1 044	0	597	1 010	1 193	167	511
1970	9 980	220	475	575	1 041	238	3 202	930	0	575	1 018	1 136	203	587
1971	11 182	1 202	478	641	1 108	212	3 573	1 083	0	617	1 278	1 337	188	667
1972	12 018	836	529	701	1 318	227	3 653	1 185	0	731	1 295	1 429	167	783
1973	12 988	970	538	831	1 536	281	3 953	1 295	0	742	1 326	1 500	166	820
1974	15 741	2 753	630	963	1 907	312	4 780	1 587	0	901	1 543	1 939	222	957
1975	19 370	3 629	779	1 005	2 306	363	5 956	1 943	0	1 222	1 905	2 426	248	1 217
1976	21 553	2 183	818	1 091	2 743	456	6 273	2 021	0	1 357	2 331	2 548	412	1 503
1977	21 996	443	874	1 049	3 020	367	6 336	2 125	0	1 269	2 422	2 507	390	1 637
1978	21 473	- 523	642	934	3 239	422	6 173	2 120	0	1 191	2 233	2 363	427	1 729
1979	20 256	-1 217	602	1 034	2 967	449	5 419	2 316	0	1 095	1 826	2 539	379	1 630
1980	18 708	-1 548	601	966	2 442	429	4 925	2 150	0	1 112	1 764	2 668	343	1 308
1981	19 853	1 145	762	1 044	2 371	742	5 349	2 061	0	1 233	1 901	2 674	317	1 399
1982	22 756	2 903	1 022	1 244	2 594	843	6 508	2 250	0	1 553	2 346	2 565	230	1 601
1983	26 474	3 718	1 235	1 510	3 237	695	7 654	2 548	0	1 687	2 918	2 880	234	1 876
1984	25 856	- 618	1 137	1 460	3 157	710	7 316	2 408	0	1 561	3 069	3 033	243	1 762

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden

²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr

³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg

⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 5

**Tätigkeit der Landesarbeitsgerichte (Anhängige Beschwerdeverfahren in Beschlusssachen
nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG)**

Anhängige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Beschwerdeverfahren nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG														
Unerledigte Beschwerden in Beschlusssachen am Jahresanfang ²⁾														
1965	20	7	2	1	1	0	11	1	0	2	0	1	1	0
1966	19	-1	1	2	3	0	4	3	0	2	2	1	0	1
1967	15	-4	0	0	0	0	8	1	0	1	4	0	0	1
1968	16	1	0	0	0	0	8	2	0	3	2	1	0	0
1969	651	635	0	1	1	0	640	2	0	3	2	1	1	0
1970	404	-247	0	0	2	0	396	1	0	3	1	1	0	0
1971	111	-293	0	1	1	0	104	1	0	0	0	4	0	0
1972	120	9	0	0	0	1	105	4	0	4	1	4	0	1
1973	215	95	15	4	15	1	61	44	0	10	13	45	4	3
1974	471	256	27	19	47	34	158	37	0	17	54	50	12	16
1975	532	61	17	19	38	8	238	38	0	15	46	61	28	24
1976	512	-20	11	30	76	1	187	57	0	14	34	52	35	15
1977	440	-72	8	29	89	6	123	54	0	36	24	44	16	11
1978	432	-8	8	18	55	12	130	51	0	9	58	54	13	24
1979	429	-3	7	22	50	12	142	65	0	3	20	87	5	16
1980	271	-158	8	13	36	6	67	42	0	11	29	34	3	22
1981	362	91	8	29	34	28	131	41	0	19	21	41	3	7
1982	455	93	10	24	52	16	191	62	0	16	34	37	2	11
1983	538	83	24	44	43	37	191	76	0	22	27	44	2	28
1984	756	218	30	127	53	103	210	73	0	23	50	48	5	34
Eingereichte Beschwerden in Beschlusssachen														
1965	80	14	1	3	6	1	42	5	0	4	6	4	3	5
1966	55	-25	4	1	2	0	21	8	0	2	9	6	1	1
1967	52	-3	5	1	4	0	24	4	0	4	4	3	2	1
1968	697	645	0	3	11	0	657	5	0	4	9	6	2	0
1969	77	-620	0	2	7	0	54	2	0	2	2	8	0	0
1970	116	39	0	2	3	1	91	4	0	4	6	4	0	1
1971	47	-69	0	1	4	1	20	5	0	5	7	3	0	1
1972	393	346	25	9	33	10	122	61	0	18	30	61	9	15
1973	824	431	39	43	76	56	269	94	0	32	94	70	15	36
1974	845	21	27	34	62	11	334	68	0	33	115	69	47	45
1975	849	4	56	53	97	6	274	72	0	34	105	76	36	40
1976	795	-54	32	58	86	18	250	80	0	53	112	71	9	26
1977	914	119	28	43	91	20	275	122	0	25	160	78	8	64
1978	865	-49	31	52	85	24	281	96	0	26	62	128	6	74
1979	644	-221	27	30	51	9	212	89	0	32	71	74	2	47
1980	737	93	27	54	57	30	275	86	0	40	70	58	2	38
1981	874	137	29	58	99	36	300	107	0	38	86	65	5	51
1982	967	93	49	107	96	55	252	137	0	46	86	63	7	69
1983	1 230	263	61	179	108	123	303	119	0	36	127	62	6	106
1984	1 109	-121	83	75	109	22	328	159	0	41	115	84	13	80

noch Tabelle 5

Anhän- gige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in												
	Jahr	ins- gesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Beschwerden in Beschlusssachen insgesamt															
1965	100	21	3	4	7	1	53	6	0	6	6	5	4	5	
1966	74	-26	5	3	5	0	25	11	0	4	11	7	1	2	
1967	67	-7	5	1	4	0	32	5	0	5	8	3	2	2	
1968	713	646	0	3	11	0	665	7	0	7	11	7	2	0	
1969	728	15	0	3	8	0	694	4	0	5	4	9	1	0	
1970	520	-208	0	2	5	1	487	5	0	7	7	5	0	1	
1971	158	-362	0	2	5	1	124	6	0	5	7	7	0	1	
1972	513	355	25	9	33	11	227	65	0	22	31	65	9	16	
1973	1 039	526	54	47	91	57	330	138	0	42	107	115	19	39	
1974	1 316	277	54	53	109	45	492	105	0	50	169	119	59	61	
1975	1 381	65	73	72	135	14	512	110	0	49	151	137	64	64	
1976	1 307	-74	43	88	162	19	437	137	0	67	146	123	44	41	
1977	1 354	47	36	72	180	26	398	176	0	61	184	122	24	75	
1978	1 297	-57	39	70	140	36	411	147	0	35	120	182	19	98	
1979	1 073	-224	34	52	101	21	354	154	0	35	91	161	7	63	
1980	1 008	-65	35	67	93	36	342	128	0	51	99	92	5	60	
1981	1 236	228	37	87	133	64	431	148	0	57	107	106	8	58	
1982	1 422	186	59	131	148	71	443	199	0	62	120	100	9	80	
1983	1 768	346	85	223	151	160	494	195	0	58	154	106	8	134	
1984	1 865	97	113	202	162	125	538	232	0	64	165	132	18	114	

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 6

Tätigkeit der Landesarbeitsgerichte
(Anhängige Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG)

Anhängige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in												
	Jahr	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG															
Unerledigte Beschwerden am Jahresanfang ²⁾															
1965	99	151	5	4	7	1	24	16	0	12	14	10	1	5	
1966	114	15	5	2	10	1	27	23	0	21	10	11	0	4	
1967	110	-4	1	6	11	0	40	15	0	10	10	17	0	0	
1968	145	35	9	6	14	0	44	13	0	8	9	27	4	11	
1969	135	-10	3	6	12	0	38	26	0	12	11	21	2	4	
1970	140	5	2	5	17	0	43	27	0	9	13	20	0	4	
1971	189	49	5	11	13	1	42	57	0	7	13	36	0	4	
1972	150	-39	3	4	13	3	30	44	0	2	8	37	2	4	
1973	167	17	7	11	6	0	42	43	0	11	6	37	0	4	
1974	161	-6	6	12	15	0	54	29	0	9	6	26	0	4	
1975	321	160	37	8	20	3	93	43	0	10	31	69	3	4	
1976	402	81	5	11	48	2	122	113	0	14	12	61	1	13	
1977	454	52	8	13	23	4	178	102	0	10	27	75	1	13	
1978	413	-41	3	13	17	2	193	63	0	10	15	78	5	14	
1979	444	31	12	12	14	7	181	38	0	16	24	121	4	15	
1980	317	- 127	11	20	18	6	79	26	0	31	19	92	0	15	
1981	327	10	11	16	23	8	83	29	0	10	38	91	4	14	
1982	430	103	12	22	36	19	119	56	0	5	27	108	4	22	
1983	510	80	21	47	35	24	114	54	0	14	27	151	4	19	
1984	524	14	20	39	43	15	128	38	0	20	58	138	3	22	
Eingereichte Beschwerden															
1965	736	-48	27	50	82	5	177	88	0	60	75	92	4	76	
1966	764	28	35	53	97	16	192	83	0	43	99	84	7	55	
1967	840	76	50	49	110	9	211	86	0	41	108	103	18	55	
1968	868	28	33	54	104	15	230	107	0	57	116	98	10	44	
1969	830	-38	26	51	107	9	209	77	0	63	108	115	10	55	
1970	863	33	34	55	108	12	192	105	0	53	108	110	12	74	
1971	977	114	42	52	111	16	224	134	0	52	127	118	18	83	
1972	1 137	160	60	71	98	14	332	130	0	77	119	139	14	83	
1973	1 114	-23	34	95	120	17	290	121	0	77	144	139	3	74	
1974	1 549	435	82	82	145	16	446	164	0	91	188	198	26	111	
1975	1 591	42	44	67	218	19	384	218	0	128	193	189	21	110	
1976	1 901	310	73	97	220	28	524	239	0	129	254	189	21	127	
1977	2 045	144	80	93	310	37	540	244	0	135	242	190	42	132	
1978	2 207	162	86	133	267	39	573	262	0	124	288	247	28	160	
1979	2 122	-85	100	132	252	52	598	176	0	127	226	291	25	143	
1980	2 377	255	96	138	322	58	587	218	0	165	289	272	35	197	
1981	2 755	378	127	170	296	67	690	248	0	232	357	355	27	186	
1982	3 323	568	156	241	283	101	896	299	0	217	433	416	41	240	
1983	3 779	456	204	233	448	119	926	346	0	254	485	427	40	297	
1984	3 788	9	158	240	422	87	920	384	0	280	541	413	55	288	

Anhän- gige Verfahren	Verfahren		davon (insgesamt) in											
Jahr	ins- gesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Beschwerden insgesamt														
1965	835	103	32	54	89	6	201	104	0	72	89	102	5	81
1966	878	43	40	55	107	17	219	106	0	64	109	95	7	59
1967	950	72	51	55	121	9	251	101	0	51	118	120	18	55
1968	1 013	63	42	60	118	15	274	120	0	65	125	125	14	55
1969	965	-48	29	57	119	9	247	103	0	75	119	136	12	59
1970	1 003	38	36	60	125	12	235	132	0	62	121	130	12	78
1971	1 166	163	47	63	124	17	266	191	0	59	140	154	18	87
1972	1 287	121	63	75	111	17	362	174	0	79	127	176	16	87
1973	1 281	-6	41	106	126	17	332	164	0	88	150	176	3	78
1974	1 710	429	88	94	160	16	500	193	0	100	194	224	26	115
1975	1 912	202	81	75	238	22	477	261	0	138	224	258	24	114
1976	2 303	391	78	108	268	30	646	352	0	143	266	250	22	140
1977	2 499	196	88	106	333	41	718	346	0	145	269	265	43	145
1978	2 620	121	89	146	284	41	766	325	0	134	303	325	33	174
1979	2 566	-54	112	144	266	59	779	214	0	143	250	412	29	158
1980	2 694	128	107	158	340	64	666	244	0	196	308	364	35	212
1981	3 082	388	138	186	319	75	773	277	0	242	395	446	31	200
1982	3 753	671	168	263	319	120	1 015	355	0	222	460	524	45	262
1983	4 289	536	225	280	483	143	1 040	400	0	268	512	578	44	316
1984	4 312	23	178	279	465	102	1 048	422	0	300	599	551	58	310

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden

²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr

³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg

⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tätigkeit des Bundesarbeitsgerichts 1965 bis 1984

Jahr	Anhängige Verfahren															
	Revisionen		Rechtsbeschwerden		Nichtzulassungsbeschwerden		Revisionsbeschwerden		Bestimmungen des zuständigen Gerichts		Anträge auf Bewilligung des Armenrechts		Großer Senat (Anrufung)		Anhängige Verfahren zusammen ²⁾	
	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)
	Unerledigte Verfahren am Jahresanfang ¹⁾															
1965	276	— 19	7	+ 1	—	—	2	+ 2	—	—	2	— 2	—	—	287	— 18
1966	319	+ 43	7	—	—	—	3	+ 1	—	—	4	+ 2	—	—	333	+ 46
1967	247	— 72	9	+ 2	—	—	6	+ 3	—	—	3	— 1	—	—	265	— 68
1968	259	+ 12	6	— 3	—	—	—	— 6	—	—	—	— 3	—	—	265	—
1969	301	+ 42	10	+ 4	—	—	1	+ 1	—	—	2	+ 2	1	+ 1	315	+ 50
1970	291	— 10	5	— 5	—	—	—	— 1	—	—	1	— 1	1	—	298	— 17
1971	220	— 71	4	— 1	—	—	5	+ 5	2	+ 2	3	+ 2	1	—	235	— 63
1972	255	+ 35	5	+ 1	—	—	1	— 4	—	— 2	1	— 2	—	— 1	262	+ 27
1973	303	+ 48	15	+ 10	—	—	2	+ 1	—	—	2	+ 1	—	—	322	+ 60
1974	366	+ 63	118	+ 103	—	—	2	—	1	+ 1	4	+ 2	—	—	491	+ 169
1975	455	+ 89	138	+ 20	—	—	5	+ 3	1	—	3	— 1	—	—	602	+ 111
1976	612	+ 157	122	— 16	—	—	5	—	—	— 1	3	—	—	—	742	+ 140
1977	731	+ 119	130	+ 8	—	—	4	— 1	—	—	2	— 1	—	—	867	+ 125
1978	1088	+ 357	149	+ 19	—	—	6	+ 2	—	—	7	+ 5	2	+ 2	1252	+ 385
1979	1439	+ 351	143	— 6	—	—	6	—	3	+ 3	3	— 4	1	— 1	1595	+ 343
1980	1734	+ 295	148	+ 5	96	+ 96	—	— 6	—	— 3	4	+ 1	—	— 1	1982	+ 387
1981	1629	— 105	165	+ 17	118	+ 22	3	+ 3	—	—	1	— 3	—	—	1916	— 66
1982	1401	— 228	163	— 2	93	— 25	5	+ 2	2	+ 2	2	+ 1	—	—	1666	— 250
1983	1313	— 88	151	— 12	99	+ 6	5	—	—	— 2	1	— 1	1	+ 1	1570	— 96
1984	1120	— 193	154	+ 3	113	+ 14	8	+ 3	—	—	1	—	1	—	1397	— 173
	Eingereichte Verfahren															
1965	542	+ 71	19	+ 4	—	—	33	+ 2	—	— 2	16	— 6	—	—	610	+ 69
1966	471	— 71	11	— 8	—	—	35	+ 2	—	—	24	+ 8	—	—	541	— 69
1967	471	—	7	— 4	—	—	36	+ 1	2	+ 2	16	— 8	1	+ 1	533	— 8
1968	562	+ 91	20	+ 13	—	—	24	— 12	1	— 1	20	+ 4	1	—	628	+ 95
1969	542	— 20	18	— 2	—	—	15	— 9	2	+ 1	16	— 4	—	— 1	593	— 35
1970	418	— 124	26	+ 8	—	—	18	+ 3	6	+ 4	12	— 4	—	—	480	— 113
1971	513	+ 95	9	— 17	—	—	23	+ 5	2	— 4	12	—	—	—	559	+ 79
1972	615	+ 102	27	+ 18	—	—	21	— 2	4	+ 2	12	—	—	—	679	+ 120
1973	605	— 10	146	+ 119	—	—	26	+ 5	11	+ 7	21	+ 9	—	—	809	+ 130
1974	640	+ 35	134	— 12	—	—	43	+ 17	7	— 4	10	— 11	—	—	834	+ 25
1975	797	+ 157	87	— 47	—	—	50	+ 7	3	— 4	25	+ 15	—	—	962	+ 128
1976	851	+ 54	103	+ 16	—	—	34	— 16	6	+ 3	16	— 9	—	—	1010	+ 48
1977	1106	+ 255	113	+ 10	—	—	41	+ 7	3	— 3	25	+ 9	2	+ 2	1290	+ 280
1978	1195	+ 89	109	— 4	—	—	32	— 9	8	+ 5	17	— 8	1	— 1	1362	+ 72
1979	1282	+ 87	108	— 1	155	—	25	— 7	2	— 6	22	+ 5	1	—	1595	+ 78
1980	635	— 647	65	— 43	510	+ 355	12	— 13	6	+ 4	5	— 17	—	— 1	1233	— 362
1981	576	— 59	77	+ 12	539	+ 29	16	+ 4	13	+ 7	8	+ 3	—	—	1229	— 4
1982	636	+ 60	76	— 1	608	+ 69	16	—	7	— 6	8	—	1	+ 1	1352	+ 123
1983	617	— 19	86	+ 10	682	+ 74	22	+ 6	16	+ 9	11	+ 3	—	— 1	1434	+ 82
1984	674	+ 57	74	— 12	770	+ 88	92	+ 70	17	+ 1	18	+ 7	2	+ 2	1647	+ 213

noch Tabelle 7

Jahr	Anhängige Verfahren															
	Revisionen		Rechtsbeschwerden		Nichtzulassungsbeschwerden		Revisionsbeschwerden		Bestimmungen des zuständigen Gerichts		Anträge auf Bewilligung des Armenrechts		Großer Senat (Anrufung)		Anhängige Verfahren zusammen ²⁾	
	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)	insgesamt	3)
	Verfahren insgesamt															
1965	818 + 52		26 + 5		—	—	35 + 4		—	— 2	18 — 8		—	—	897 + 51	
1966	790 — 28		18 — 8		—	—	38 + 3		—	—	28 + 10		—	—	874 — 23	
1967	718 — 72		16 — 2		—	—	42 + 4		2	+ 2	19 — 9		1	+ 1	798 — 76	
1968	821 + 103		26 + 10		—	—	24 — 18		1	— 1	20 + 1		1	—	893 + 95	
1969	843 + 22		28 + 2		—	—	16 — 8		2	+ 1	18 — 2		1	—	908 + 15	
1970	709 — 134		31 + 3		—	—	18 + 2		6	+ 4	13 — 5		1	—	778 — 130	
1971	733 + 24		13 — 18		—	—	28 + 10		4	— 2	15 + 2		1	—	794 + 16	
1972	870 + 137		32 + 19		—	—	22 — 6		4	—	13 — 2		—	— 1	941 + 147	
1973	908 + 38		161 + 129		—	—	28 + 6		11	+ 7	23 + 10		—	—	1131 + 190	
1974	1006 + 98		252 + 91		—	—	45 + 17		8	— 3	14 — 9		—	—	1325 + 194	
1975	1252 + 246		225 — 27		—	—	55 + 10		4	— 4	28 + 14		—	—	1564 + 239	
1976	1463 + 211		225 —		—	—	39 — 16		6	+ 2	19 — 9		—	—	1752 + 188	
1977	1837 + 374		243 + 18		—	—	45 + 6		3	— 3	27 + 8		2	+ 2	2157 + 405	
1978	2283 + 446		258 + 15		—	—	38 — 7		8	+ 5	24 — 3		3	+ 1	2614 + 457	
1979	2721 + 438		251 — 7		155	—	31 — 7		5	— 3	25 + 1		2	— 1	3190 + 421	
1980	2369 — 352		213 — 38		606 + 451		12 — 19		6	+ 1	9 — 16		—	— 2	3215 + 25	
1981	2205 — 164		242 + 29		657 + 51		19 + 7		13	+ 7	9 —		—	—	3145 — 70	
1982	2037 — 168		239 — 3		701 + 44		21 + 2		9	— 4	10 + 1		1	+ 1	3018 — 127	
1983	1930 — 107		237 — 2		781 + 80		27 + 6		16	+ 7	12 + 2		1	—	3004 — 14	
1984	1794 — 136		228 — 9		883 + 102		100 + 73		17	+ 1	19 + 7		3	+ 2	3044 + 40	

¹⁾ Unerledigte Verfahren am Jahresanfang = unerledigte Verfahren vom Vorjahr.

²⁾ Ohne Entscheidungen über Anträge auf Einstellung der Zwangsvollstreckung und ohne Anträge und Anfragen für das allgemeine Register, ab 1979 einschließlich Nichtzulassungsbeschwerden.

³⁾ Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Tabelle 8

**Erledigte Verfahren der Arbeitsgerichte
1965 bis 1984**

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Klagen im Urteilsverfahren														
1965	167 552	- 232	4 645	6 034	12 318	3 543	41 748	44 222	0	7 712	17 073	16 596	2 791	10 870
1966	185 144	17 592	5 100	5 980	13 925	3 606	44 568	55 185	0	7 734	17 608	17 008	3 343	11 087
1967	206 839	21 695	6 069	7 478	15 399	4 481	53 123	55 104	0	8 368	19 344	22 000	4 013	11 460
1968	183 878	-22 961	5 708	7 455	13 469	2 961	44 142	52 230	0	7 526	17 126	19 465	3 190	10 606
1969	172 259	-11 619	5 359	7 233	13 447	2 867	40 563	44 661	30 241	7 525	15 906	20 476	3 102	11 120
1970	187 084	14 825	6 047	7 189	13 284	3 254	45 987	49 243	32 930	7 800	17 999	20 389	3 223	12 669
1971	212 318	25 234	6 424	8 494	14 655	3 571	51 221	56 707	39 290	8 602	20 272	24 412	3 164	14 796
1972	223 921	11 603	6 846	9 697	15 937	3 837	56 674	54 887	36 674	9 644	21 462	25 870	3 286	15 781
1973	236 390	12 469	7 849	9 551	16 804	4 007	61 347	55 772	34 969	10 048	22 778	27 066	3 709	17 459
1974	279 423	43 033	8 667	10 140	19 546	4 420	74 262	63 006	36 344	12 388	30 518	34 590	4 191	17 695
1975	303 776	24 353	9 896	10 653	22 332	4 787	80 202	63 823	37 318	15 164	35 369	39 080	4 385	18 085
1976	302 940	- 836	10 475	10 291	22 637	4 274	77 164	68 917	44 056	14 225	33 842	38 063	4 655	18 397
1977	302 106	- 834	10 282	10 803	22 240	4 712	77 808	69 580	45 533	13 776	31 976	38 452	4 322	18 155
1978	296 309	-5 797	10 547	10 576	22 603	4 515	75 136	67 885	44 396	13 221	34 217	35 843	4 505	17 261
1979	280 878	-15 431	9 017	10 046	21 803	4 575	76 272	60 247	36 742	13 032	28 923	36 361	4 056	16 546
1980	296 826	15 948	9 789	9 942	24 077	4 609	77 014	62 228	37 901	13 737	33 851	40 411	3 778	17 390
1981	350 053	53 227	11 690	11 427	26 782	5 106	89 422	63 302	35 010	15 338	60 914	43 330	4 126	18 616
1982	368 995	18 942	12 714	13 290	31 102	5 561	99 599	67 222	35 664	17 336	43 381	52 848	4 752	21 190
1983	371 797	2 802	11 410	14 383	30 332	5 062	97 874	70 264	39 510	17 018	44 947	54 919	4 394	21 194
1984	365 826	-5 971	10 841	13 839	31 674	5 802	97 491	67 740	38 836	17 842	41 414	51 973	4 325	22 885
Erledigte Beschlusssachen														
1965	490	-74	5	12	45	16	224	36	0	23	47	49	21	12
1966	317	- 173	10	11	29	18	104	32	0	19	34	37	10	13
1967	313	- 4	13	11	21	8	107	21	0	17	58	33	7	17
1968	1 384	1 071	11	15	47	18	1 147	34	0	19	40	33	8	12
1969	675	- 709	7	16	26	20	443	37	0	20	27	61	8	10
1970	279	- 396	7	13	20	4	106	27	0	16	28	34	9	15
1971	317	38	11	8	27	2	102	38	0	21	47	44	7	10
1972	2 234	1 917	94	52	179	58	809	252	0	99	224	353	42	72
1973	3 046	812	99	169	283	80	851	423	0	140	332	424	62	183
1974	3 408	362	107	160	315	46	1 132	310	0	135	415	434	129	225
1975	4 216	808	194	197	418	47	1 368	354	0	230	600	485	100	223
1976	4 562	346	172	200	379	106	1 920	405	0	168	579	371	74	188
1977	4 758	196	149	218	774	140	1 623	469	0	244	520	287	48	286
1978	4 742	-16	139	316	378	99	1 790	548	0	169	507	491	56	249
1979	4 025	- 717	122	218	378	183	1 333	418	0	195	571	336	43	228
1980	3 684	- 341	109	189	415	129	1 223	423	0	148	453	349	30	216
1981	5 576	1 892	154	273	471	127	2 334	649	0	217	616	407	57	271
1982	5 038	- 538	176	357	530	247	1 454	738	0	203	506	462	36	329
1983	5 688	650	197	512	498	177	1 703	880	0	221	668	427	35	370
1984	5 953	265	322	452	619	161	1 681	925	0	212	718	440	63	360

noch Tabelle 8

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Verfahren der Arbeitsgerichte zusammen														
1965	168 042	– 306	4 650	6 046	12 363	3 559	41 972	44 258	0	7 735	17 120	16 645	2 812	10 882
1966	185 461	17 419	5 110	5 991	13 954	3 624	44 672	55 217	0	7 753	17 642	17 045	3 353	11 100
1967	207 152	21 691	6 082	7 489	15 420	4 489	53 230	55 125	0	8 385	19 402	22 033	4 020	11 477
1968	185 262	–21 890	5 719	7 470	13 516	2 979	45 289	52 264	0	7 545	17 166	19 498	3 198	10 618
1969	172 934	–12 328	5 366	7 249	13 473	2 887	41 006	44 698	30 241	7 545	15 933	20 537	3 110	11 130
1970	187 363	14 429	6 054	7 202	13 304	3 258	46 093	49 270	32 930	7 816	18 027	20 423	3 232	12 684
1971	212 635	25 272	6 435	8 502	14 682	3 573	51 323	56 745	39 290	8 623	20 319	24 456	3 171	14 806
1972	226 155	13 520	6 940	9 749	16 116	3 895	57 483	55 139	36 674	9 743	21 686	26 223	3 328	15 853
1973	239 436	13 281	7 948	9 720	17 087	4 087	62 198	56 195	34 969	10 188	23 110	27 490	3 771	17 642
1974	282 831	43 395	8 774	10 300	19 861	4 466	75 394	63 316	36 344	12 523	30 933	35 024	4 320	17 920
1975	307 992	25 161	10 090	10 850	22 750	4 834	81 570	64 177	37 318	15 394	35 969	39 565	4 485	18 308
1976	307 502	– 490	10 647	10 491	23 016	4 380	79 084	69 322	44 056	14 393	34 421	38 434	4 729	18 585
1977	306 864	– 638	10 431	11 021	23 014	4 852	79 431	70 049	45 533	14 020	32 496	38 739	4 370	18 441
1978	301 051	–5 813	10 686	10 892	22 981	4 614	76 926	68 433	44 396	13 390	34 724	36 334	4 561	17 510
1979	284 903	–16 148	9 139	10 264	22 181	4 758	77 605	60 665	36 742	13 227	29 494	36 697	4 099	16 774
1980	300 510	15 607	9 898	10 131	24 492	4 738	78 237	62 651	37 901	13 885	34 304	40 760	3 808	17 606
1981	355 629	55 119	11 844	11 700	27 253	5 233	91 756	63 951	35 010	15 555	61 530	43 737	4 183	18 887
1982	374 033	18 404	12 890	13 647	31 632	5 808	101 053	67 960	35 664	17 539	43 887	53 310	4 788	21 519
1983	377 485	3 452	11 607	14 895	30 830	5 239	99 577	71 144	39 510	17 239	45 615	55 346	4 429	21 564
1984	371 779	–5 706	11 163	14 291	32 293	5 963	99 172	68 665	38 836	18 054	42 132	52 413	4 388	23 245

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 9

**Erledigte Verfahren der Landesarbeitsgerichte
1965 bis 1984**

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Berufungen im Berufungsverfahren														
1965	6 405	0	287	463	675	104	2 124	726	0	285	543	737	132	329
1966	6 501	96	272	388	689	96	2 385	646	0	228	590	683	135	389
1967	7 182	681	272	446	805	131	2 482	634	0	256	729	883	110	434
1968	7 284	102	330	541	708	93	2 577	708	0	338	711	794	95	389
1969	7 049	- 235	314	458	704	114	2 188	772	0	387	733	852	102	425
1970	7 008	-41	350	402	688	156	2 397	572	0	385	757	700	146	455
1971	8 003	995	360	477	771	144	2 734	702	0	379	906	847	152	531
1972	8 262	259	448	497	762	129	2 742	787	0	463	906	798	134	596
1973	8 612	350	408	557	765	174	2 837	849	0	418	947	941	121	595
1974	10 103	1 491	432	716	924	166	3 402	877	0	593	1 021	1 161	167	644
1975	12 882	2 779	646	700	1 196	234	4 232	1 231	0	781	1 381	1 557	148	776
1976	14 619	1 737	685	798	1 387	307	4 616	1 246	0	957	1 583	1 791	230	1 019
1977	15 160	541	699	788	1 752	244	4 751	1 273	0	908	1 743	1 704	176	1 122
1978	14 938	- 222	545	715	2 004	223	4 767	1 189	0	891	1 736	1 422	234	1 212
1979	14 380	- 558	468	738	1 898	265	4 333	1 455	0	800	1 327	1 560	218	1 318
1980	12 988	-1 392	447	669	1 644	207	3 779	1 426	0	862	1 267	1 482	167	1 038
1981	13 974	986	564	733	1 716	274	4 002	1 391	0	887	1 338	1 753	263	1 053
1982	15 510	1 536	616	776	1 741	542	4 899	1 412	0	1 071	1 614	1 473	158	1 208
1983	18 101	2 591	768	1 093	2 164	351	5 497	1 664	0	1 252	2 028	1 672	151	1 461
1984	18 297	196	756	1 007	2 232	397	5 486	1 603	0	1 229	2 196	1 876	135	1 380
Erledigte Beschwerden in Beschlusssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2, 99 Satz 2 ArbGG														
1965	81	0	2	2	4	1	49	3	0	4	4	4	4	4
1966	59	-22	5	3	5	0	17	10	0	3	7	7	1	1
1967	51	-8	5	1	4	0	24	3	0	2	6	2	2	2
1968	62	11	0	2	10	0	25	5	0	4	9	6	1	0
1969	324	262	0	3	6	0	298	3	0	2	3	8	1	0
1970	409	85	0	1	4	1	383	4	0	7	7	1	0	1
1971	38	- 371	0	2	5	0	19	2	0	1	6	3	0	0
1972	298	260	10	5	18	10	166	21	0	12	18	20	5	13
1973	568	270	27	28	44	23	172	101	0	25	53	65	7	23
1974	784	216	37	34	71	37	254	67	0	35	123	58	31	37
1975	869	85	62	42	59	13	325	53	0	35	117	85	29	49
1976	867	-2	35	59	73	13	314	83	0	31	122	79	28	30
1977	922	55	28	54	125	14	268	125	0	52	126	68	11	51
1978	875	-47	32	48	97	24	269	82	0	32	100	95	14	82
1979	802	-73	26	39	65	15	287	112	0	24	62	127	4	41
1980	646	- 156	27	38	59	8	211	87	0	32	78	51	2	53
1981	781	135	27	63	81	48	240	86	0	41	73	69	6	47
1982	884	103	35	87	105	34	252	123	0	40	93	56	7	52
1983	1 012	128	55	96	98	57	284	122	0	35	104	58	3	100
1984	1 289	277	66	169	114	111	346	139	0	45	121	79	6	93

noch Tabelle 9

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Verfahren der Landesarbeitsgerichte zusammen														
1965	6 486	0	289	465	679	105	2 173	729	0	289	547	741	136	333
1966	6 560	74	277	391	694	96	2 402	656	0	231	597	690	136	390
1967	7 233	673	277	447	809	131	2 506	637	0	258	735	885	112	436
1968	7 346	113	330	543	718	93	2 602	713	0	342	720	800	96	389
1969	7 373	27	314	461	710	114	2 486	775	0	389	736	860	103	425
1970	7 417	44	350	403	692	157	2 780	576	0	392	764	701	146	456
1971	8 041	624	360	479	776	144	2 753	704	0	380	912	850	152	531
1972	8 560	519	458	502	780	139	2 908	808	0	475	924	818	139	609
1973	9 180	620	435	585	809	197	3 009	950	0	443	1 000	1 006	128	618
1974	10 887	1 707	469	750	995	203	3 656	944	0	628	1 144	1 219	198	681
1975	13 751	2 864	708	742	1 255	247	4 557	1 284	0	816	1 498	1 642	177	825
1976	15 486	1 735	720	857	1 460	320	4 930	1 329	0	988	1 705	1 870	258	1 049
1977	16 082	596	727	842	1 877	258	5 019	1 398	0	960	1 869	1 772	187	1 173
1978	15 813	- 269	577	763	2 101	247	5 036	1 271	0	923	1 836	1 517	248	1 294
1979	15 182	- 631	494	777	1 963	280	4 620	1 567	0	824	1 389	1 687	222	1 359
1980	13 634	-1 548	474	707	1 703	215	3 990	1 513	0	894	1 345	1 533	169	1 091
1981	14 755	1 121	591	796	1 797	322	4 242	1 477	0	928	1 411	1 822	269	1 100
1982	16 394	1 639	651	863	1 846	576	5 151	1 535	0	1 111	1 707	1 529	165	1 260
1983	19 113	2 719	823	1 189	2 262	408	5 781	1 786	0	1 287	2 132	1 730	154	1 561
1984	19 586	473	822	1 176	2 346	508	5 832	1 742	0	1 274	2 317	1 955	141	1 473

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden

²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr

³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg

⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

**Erledigte Verfahren der Landesarbeitsgerichte
1965 bis 1984**

Tabelle 10

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Beschwerden im Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 4 ArbGG														
1965	720	0	27	52	79	5	174	81	0	51	79	91	5	76
1966	768	48	39	49	96	17	179	91	0	54	99	78	7	59
1967	805	37	42	49	107	9	207	88	0	43	109	93	14	44
1968	878	73	39	54	106	15	236	94	0	53	114	104	12	51
1969	825	-53	27	52	102	9	204	76	0	66	106	116	12	55
1970	814	-11	31	49	112	11	193	75	0	55	108	94	12	74
1971	1 016	202	44	59	111	14	236	147	0	57	132	117	16	83
1972	1 120	104	56	64	105	17	320	131	0	68	121	139	16	83
1973	1 120	0	35	94	111	17	278	135	0	79	144	150	3	74
1974	1 389	269	51	86	140	13	407	150	0	90	163	155	23	111
1975	1 510	121	76	64	190	20	355	148	0	124	212	197	23	101
1976	1 849	339	70	95	245	26	468	250	0	133	239	175	21	127
1977	2 086	237	85	93	316	39	525	283	0	135	254	187	38	131
1978	2 176	90	77	134	270	34	585	287	0	118	279	204	29	159
1979	2 249	73	101	124	248	53	700	188	0	112	231	320	29	143
1980	2 367	118	96	142	317	56	583	215	0	186	270	273	31	198
1981	2 652	285	126	164	283	56	654	221	0	237	368	338	27	178
1982	3 243	591	147	216	284	96	901	301	0	208	433	373	41	243
1983	3 765	522	205	241	440	128	912	362	0	248	454	440	41	294
1984	3 791	26	151	238	400	92	917	381	0	288	554	434	49	287
Erledigte Verfahren der Landesarbeitsgerichte insgesamt (Tab. 9 zusammen + Tab. 10)														
1965	7 206	0	316	517	758	110	2 347	810	0	340	626	832	141	409
1966	7 328	122	316	440	790	113	2 581	747	0	285	696	768	143	449
1967	8 038	710	319	496	916	140	2 713	725	0	301	844	978	126	480
1968	8 224	186	369	597	824	108	2 838	807	0	395	834	904	108	440
1969	8 198	-26	341	513	812	123	2 690	851	0	455	842	976	115	480
1970	8 231	33	381	452	804	168	2 973	651	0	447	872	795	158	530
1971	9 057	826	404	538	887	158	2 989	851	0	437	1 044	967	168	614
1972	9 680	623	514	566	885	156	3 228	939	0	543	1 045	957	155	692
1973	10 300	620	470	679	920	214	3 287	1 085	0	522	1 144	1 156	131	692
1974	12 276	1 976	520	836	1 135	216	4 063	1 094	0	718	1 307	1 374	221	792
1975	15 261	2 985	784	806	1 445	267	4 912	1 432	0	940	1 710	1 839	200	926
1976	17 335	2 074	790	952	1 705	346	5 398	1 579	0	1 121	1 944	2 045	279	1 176
1977	18 168	833	812	935	2 193	297	5 544	1 681	0	1 095	2 123	1 959	225	1 304
1978	17 989	- 179	654	897	2 371	281	5 621	1 558	0	1 041	2 115	1 721	277	1 453
1979	17 431	- 558	595	901	2 211	333	5 320	1 755	0	936	1 620	2 007	251	1 502
1980	16 001	-1 430	570	849	2 020	271	4 573	1 728	0	1 080	1 615	1 806	200	1 289
1981	17 407	1 406	717	960	2 080	378	4 896	1 698	0	1 165	1 779	2 160	296	1 278
1982	19 637	2 230	798	1 079	2 130	672	6 052	1 836	0	1 319	2 140	1 902	206	1 503
1983	22 878	3 241	1 028	1 430	2 702	536	6 693	2 148	0	1 535	2 586	2 170	195	1 855
1984	23 377	499	973	1 414	2 746	600	6 749	2 123	0	1 562	2 871	2 389	190	1 760

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen vn IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 11

**Erledigte Verfahren des Bundesarbeitsgerichts
1965 bis 1984**

Jahr	Erledigte Verfahren															
	Revisionen		Rechts- beschwerden		Nichtzulassungs- beschwerde		Revisions- beschwerden		Bestimmungen des zuständigen Gerichts		Anträge auf Bewilligung des Armenrechts		Großer Senat (Anrufung)		Erledigte Verfahren zusammen¹)	
	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vorjahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vorjahr
1965	499	+ 9	19	+ 5	.	.	32	+ 3	—	—	14	— 10	—	—	564	+ 7
1966	543	+ 44	9	— 10	.	.	32	—	—	—	25	+ 11	—	—	609	+ 45
1967	459	— 84	10	+ 1	.	.	40	+ 8	2	+ 2	19	— 6	1	+ 1	531	— 78
1968	520	+ 61	16	+ 6	.	.	23	— 17	1	— 1	18	— 1	—	— 1	578	+ 47
1969	552	+ 32	23	+ 7	.	.	16	— 7	2	+ 1	17	— 1	—	—	610	+ 32
1970	489	— 63	27	+ 4	.	.	13	— 3	4	+ 2	10	— 7	—	—	543	— 67
1971	478	— 11	8	— 19	.	.	27	+ 14	4	—	14	+ 4	1	+ 1	532	— 11
1972	567	+ 89	17	+ 9	.	.	20	— 7	4	—	11	— 3	—	— 1	619	+ 87
1973	542	— 25	43	+ 26	.	.	26	+ 6	10	+ 6	19	+ 8	—	—	640	+ 21
1974	551	+ 9	114	+ 71	.	.	40	+ 14	7	— 3	11	— 8	—	—	723	+ 83
1975	640	+ 89	103	— 11	.	.	50	+ 10	4	— 3	25	+ 14	—	—	822	+ 99
1976	732	+ 92	95	— 8	.	.	35	— 15	6	+ 2	17	— 8	—	—	885	+ 63
1977	749	+ 17	94	— 1	.	.	39	+ 4	3	— 3	19	+ 2	—	—	904	+ 19
1978	844	+ 95	115	+ 21	.	.	32	— 7	5	+ 2	21	+ 2	2	+ 2	1 019	+ 115
1979	987	+ 143	103	— 12	59	+ 59	31	— 1	5	—	21	—	2	—	1 208	+ 189
1980	740	— 247	48	— 55	488	+ 429	9	— 22	6	+ 1	8	— 13	—	— 2	1 299	+ 91
1981	804	+ 64	79	+ 31	564	+ 76	14	+ 5	11	+ 5	7	— 1	—	—	1 479	+ 180
1982	724	— 80	88	+ 9	602	+ 38	16	+ 2	9	— 2	9	+ 2	—	—	1 448	— 31
1983	810	+ 86	83	— 5	668	+ 66	19	+ 3	16	+ 7	11	+ 2	—	—	1 607	+ 159
1984	730	— 80	77	— 6	728	+ 60	100	+ 81	16	—	17	+ 6	—	—	1 668	+ 61

¹⁾ Ohne Entscheidungen über Anträge auf Einstellung der Zwangsvollstreckung und ohne Anträge und Anfragen für das allgemeine Register, ab 1979 einschließlich Nichtzulassungsbeschwerden.

Tabelle 12

**Erledigte Verfahren nach Dauer des Verfahrens der Arbeitsgerichte (%-Anteile)
1965 bis 1984**

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Verfahren bis zu 6 Monaten														
A. Urteilsverfahren														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	89.57	89.57	92.26	82.25	85.39	77.74	86.50	97.20	99.39	86.18	91.22	86.06	82.43	88.06
1972	88.26	-1.31	92.80	77.28	85.00	80.48	85.24	97.07	99.96	84.40	90.63	84.47	80.77	85.34
1973	86.37	-1.89	93.35	76.76	84.46	76.64	82.67	96.26	99.85	82.61	89.01	80.63	81.50	82.56
1974	85.20	-1.17	94.00	78.14	82.78	75.90	81.24	94.18	99.98	84.10	87.95	78.66	72.92	86.26
1975	83.59	-1.61	93.43	76.07	75.82	73.45	80.58	93.33	98.95	81.04	87.34	79.67	61.05	82.65
1976	83.68	0.09	94.63	74.47	75.86	76.02	81.29	91.77	96.13	83.34	85.39	79.49	65.97	84.06
1977	86.38	2.70	97.66	74.28	78.71	82.17	84.28	93.30	95.83	86.05	89.60	82.83	76.89	84.63
1978	86.41	0.02	98.54	75.79	77.68	78.34	85.94	94.41	97.51	88.68	80.08	84.20	77.23	87.37
1979	86.22	-0.19	98.15	74.55	77.18	76.52	83.40	93.72	97.22	88.58	85.60	85.95	81.14	88.17
1980	87.97	1.75	98.22	78.28	83.68	83.42	87.67	94.64	98.16	91.02	80.90	85.93	83.67	89.32
1981	82.28	-5.69	98.12	76.91	81.14	81.16	87.86	93.58	98.90	91.30	54.14	85.56	85.19	88.76
1982	86.62	4.34	95.50	74.26	80.55	75.56	87.58	93.08	98.53	91.00	87.16	81.84	73.46	86.00
1983	84.36	-2.26	94.22	69.98	80.32	79.04	84.73	90.32	97.36	87.45	82.73	80.60	73.26	87.40
1984	84.70	0.34	95.88	71.40	82.18	79.94	84.93	91.71	98.57	90.31	83.28	79.84	79.21	80.70
B. Beschlußverfahren														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	90.54	90.54	100.00	100.00	92.59	00.00	90.20	97.37	0.00	80.95	85.11	86.36	100.00	100.00
1972	95.57	5.03	98.94	100.00	95.53	00.00	94.56	97.62	0.00	97.98	99.11	91.22	92.86	97.22
1973	81.81	-13.76	92.93	84.62	79.51	95.00	79.79	87.00	0.00	87.14	92.77	64.86	74.19	86.34
1974	78.64	-3.17	94.39	84.38	76.51	89.13	79.33	88.06	0.00	82.96	84.34	68.89	28.68	85.78
1975	77.82	-0.82	96.39	76.14	75.60	95.74	75.95	88.98	0.00	76.09	81.17	62.47	77.00	83.86
1976	72.62	-5.20	94.77	77.50	79.16	69.81	60.68	94.57	0.00	83.93	76.34	80.32	28.38	90.96
1977	64.82	-7.80	97.99	77.06	45.35	80.71	52.99	58.64	0.00	78.69	85.58	79.79	77.08	93.71
1978	77.52	12.70	94.96	61.39	88.89	81.82	72.51	75.73	0.00	91.12	86.59	72.10	82.14	91.16
1979	73.17	-4.35	99.18	64.22	73.02	36.07	69.62	88.28	0.00	94.36	68.30	68.75	81.40	89.91
1980	86.59	13.42	100.00	71.43	87.47	80.62	83.81	90.78	0.00	93.24	89.18	87.97	96.67	88.89
1981	87.50	0.91	94.16	89.01	91.72	86.61	85.78	89.52	0.00	94.93	85.39	83.29	82.46	91.51
1982	86.62	-0.88	92.61	68.35	85.85	90.69	87.28	92.68	0.00	93.60	82.41	83.33	88.89	91.49
1983	84.04	-2.59	93.40	58.98	89.56	94.35	90.02	81.93	0.00	88.24	81.89	74.94	68.57	92.16
1984	83.40	-0.63	97.52	61.06	89.98	85.09	88.88	68.97	0.00	93.87	85.10	78.86	87.30	93.61

noch Tabelle 12

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
C. Zusammen														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	89.57	89.57	92.28	82.26	85.40	77.75	86.51	97.20	99.39	86.16	91.21	86.06	82.47	88.07
1972	88.33	-1.24	92.88	77.40	85.12	80.77	85.37	97.07	99.96	84.54	90.71	84.56	80.92	85.39
1973	86.31	-2.02	93.34	76.89	84.38	77.00	82.63	96.19	99.85	82.68	89.07	80.38	81.38	82.60
1974	85.12	-1.19	94.01	78.23	82.68	76.04	81.21	94.15	99.98	84.09	87.90	78.54	71.60	86.25
1975	83.51	-1.61	93.49	76.07	75.82	73.67	80.51	93.30	98.95	80.97	87.24	79.46	61.40	82.66
1976	83.52	0.01	94.63	74.53	75.91	75.87	80.79	91.79	96.13	83.35	85.23	79.50	65.38	84.13
1977	86.05	2.53	97.66	74.33	77.59	82.13	83.64	93.06	95.83	85.92	89.54	82.80	76.89	84.77
1978	86.27	0.22	98.49	75.38	77.86	78.41	85.63	94.26	97.51	88.72	80.17	84.04	77.29	87.42
1979	86.04	-0.23	98.16	74.33	77.11	74.97	83.16	93.68	97.22	88.67	85.27	85.79	81.14	88.20
1980	87.95	1.91	98.24	78.16	83.74	83.35	87.61	94.62	98.16	91.04	81.01	85.95	83.77	89.31
1981	82.36	-5.59	98.07	77.20	81.33	81.29	87.80	93.54	98.90	91.35	54.45	85.54	85.15	88.80
1982	86.62	4.26	95.46	74.10	80.64	76.21	87.58	93.08	98.53	91.03	87.11	81.86	73.58	86.09
1983	84.35	-2.26	94.21	69.60	80.47	79.56	84.82	90.22	97.36	87.46	82.72	80.56	73.22	87.48
1984	84.68	0.33	95.92	71.07	82.33	80.08	85.00	91.40	98.57	90.36	83.31	79.84	79.33	80.90

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 13

Erledigte Verfahren nach Dauer des Verfahrens der Arbeitsgerichte (%-Anteile)
1965 bis 1984

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Verfahren über 6 bis 12 Monate														
A. Urteilsverfahren														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	8.16	8.16	6.69	13.66	11.35	12.85	11.14	2.45	0.56	9.71	7.49	9.64	13.34	9.38
1972	9.51	1.35	6.27	17.06	11.09	14.86	12.65	2.63	0.04	11.12	8.11	11.88	14.88	11.88
1973	10.64	1.13	5.61	16.83	12.47	16.55	14.74	3.18	0.15	12.53	9.14	14.30	14.88	10.06
1974	11.83	1.19	5.19	16.79	12.99	17.04	15.83	5.35	0.02	12.55	9.88	14.41	22.36	11.18
1975	12.75	0.92	5.72	17.85	18.21	17.36	15.74	5.96	1.04	13.45	10.11	14.21	29.08	13.75
1976	12.43	-0.31	4.34	18.61	16.84	16.12	15.11	7.34	3.82	10.61	11.41	14.08	22.64	12.46
1977	10.65	-1.78	1.98	19.16	15.28	13.67	12.76	5.94	4.14	11.14	8.31	12.18	17.19	12.00
1978	11.04	0.38	1.21	18.44	14.94	17.54	11.80	4.79	2.40	8.83	18.31	12.08	17.45	10.34
1979	10.95	-0.08	1.61	18.38	15.36	17.53	13.51	5.54	2.59	8.09	12.95	11.18	11.17	10.01
1980	8.79	-2.17	1.51	15.23	12.09	12.89	10.81	4.33	1.73	7.40	7.57	10.44	12.68	9.33
1981	8.59	-0.19	1.61	17.40	14.64	15.32	10.72	4.01	0.93	6.91	4.67	11.15	11.08	10.19
1982	11.10	2.50	4.17	19.00	14.51	19.47	11.22	5.62	1.23	7.89	11.01	14.28	19.87	12.80
1983	12.60	1.50	5.23	22.51	15.12	16.38	13.16	7.74	2.22	9.88	14.22	14.52	20.23	10.99
1984	11.75	-0.84	3.42	19.50	13.36	11.93	12.27	6.54	1.10	7.30	12.38	14.59	14.50	17.35
B. Beschlußverfahren														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	8.20	8.20	0.00	0.00	7.41	0.00	7.84	2.63	0.00	19.05	10.64	13.64	0.00	0.00
1972	3.80	-4.40	1.06	0.00	4.47	0.00	5.07	2.38	0.00	1.01	0.89	6.23	7.14	1.39
1973	15.63	11.82	6.06	13.02	16.96	3.75	18.68	10.87	0.00	12.14	6.33	27.12	24.19	13.11
1974	15.29	-0.34	1.87	11.88	11.75	8.70	15.81	11.29	0.00	14.07	13.49	21.66	41.09	10.22
1975	14.04	-1.25	3.61	10.15	5.26	2.13	19.37	9.32	0.00	17.83	13.50	17.53	16.00	9.42
1976	10.21	-3.83	4.65	17.50	10.82	14.15	10.78	5.19	0.00	8.33	9.67	12.67	13.51	6.38
1977	16.56	6.35	1.34	16.97	35.01	12.14	11.83	32.84	0.00	6.56	7.31	14.29	8.33	5.59
1978	12.23	-4.33	5.04	27.22	7.67	13.13	11.12	10.22	0.00	4.73	10.26	21.18	14.29	7.23
1979	12.17	-0.06	0.82	19.72	19.31	10.38	16.43	4.07	0.00	5.64	3.50	18.75	13.95	7.89
1980	10.21	-1.97	0.00	15.34	7.95	12.40	14.47	7.57	0.00	5.41	6.18	8.60	3.33	10.19
1981	9.22	-0.99	5.84	7.33	7.01	6.30	11.01	8.17	0.00	4.15	6.82	14.99	12.28	5.54
1982	10.62	1.40	6.82	22.41	10.38	4.86	10.04	6.23	0.00	6.40	16.21	12.77	11.11	7.90
1983	11.57	0.95	5.58	33.01	9.04	2.26	7.57	11.14	0.00	8.60	11.08	18.03	20.00	6.76
1984	9.12	-2.45	2.48	19.47	7.11	11.80	8.74	8.65	0.00	4.72	9.47	12.73	7.94	5.00

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
C. Zusammen														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	8.16	8.16	6.68	13.64	11.34	12.85	11.14	2.45	0.56	9.73	7.50	9.65	13.31	9.37
1972	9.45	1.29	6.20	16.97	11.01	14.63	12.54	2.63	0.04	11.01	8.04	11.81	14.78	11.83
1973	10.70	1.25	5.61	16.76	12.55	16.30	14.79	3.24	0.15	12.52	9.10	14.50	15.04	10.09
1974	11.87	1.17	5.15	16.72	12.98	16.95	15.83	5.38	0.02	12.57	9.93	14.50	22.92	11.17
1975	12.76	0.90	5.68	17.71	17.97	17.21	15.80	5.98	1.04	13.52	10.17	14.26	28.78	13.69
1976	12.40	-0.36	4.35	18.59	16.74	16.07	15.00	7.33	3.82	10.58	11.39	14.07	22.50	12.40
1977	10.74	-1.66	1.97	19.12	15.95	13.62	12.74	6.12	4.14	11.06	8.29	12.20	17.09	11.90
1978	11.05	0.31	1.26	18.69	14.82	17.45	11.79	4.83	2.40	8.78	18.19	12.20	17.41	10.29
1979	10.97	-0.08	1.60	18.40	15.43	17.26	13.56	5.53	2.59	8.05	12.77	11.25	11.20	9.99
1980	8.81	-2.17	1.50	15.23	12.02	12.87	10.87	4.35	1.73	7.38	7.55	10.42	12.61	9.34
1981	8.60	-0.20	1.66	17.16	14.50	15.10	10.72	4.05	0.93	6.87	4.69	11.19	11.09	10.12
1982	11.09	2.49	4.20	19.09	14.44	18.85	11.20	5.63	1.23	7.87	11.07	14.27	19.80	12.73
1983	12.58	1.49	5.24	22.87	15.02	15.90	13.07	7.78	2.22	9.87	14.18	14.54	20.23	10.92
1984	11.71	-0.87	3.40	19.49	13.24	11.92	12.21	6.57	1.10	7.27	12.33	14.57	14.40	17.16

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden

²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr

³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg

⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 14

Erledigte Verfahren nach Dauer des Verfahrens der Arbeitsgerichte (%-Anteile)
1965 bis 1984

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Verfahren über 12 Monate														
A. Urteilsverfahren														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	2.27	2.27	1.04	4.10	3.26	9.41	2.35	0.35	0.05	4.12	1.29	4.31	4.24	2.56
1972	2.23	-0.03	0.93	5.66	3.91	4.67	2.11	0.30	0.01	4.48	1.26	3.65	4.35	2.79
1973	3.00	0.76	1.04	6.42	3.06	6.81	2.59	0.56	0.00	4.86	1.84	5.08	3.61	7.38
1974	2.98	-0.02	0.81	5.07	4.22	7.06	2.93	0.48	0.00	3.35	2.17	6.93	4.72	2.56
1975	3.66	0.68	0.85	6.07	5.97	9.19	3.68	0.71	0.01	5.51	2.54	6.12	9.87	3.61
1976	3.88	0.22	1.03	6.92	7.31	7.86	3.60	0.88	0.05	6.05	3.20	6.43	11.39	3.48
1977	2.96	-0.92	0.36	6.56	6.01	4.16	2.96	0.76	0.03	2.81	2.09	4.99	5.92	3.37
1978	2.56	-0.41	0.25	5.77	7.38	4.12	2.26	0.80	0.09	2.48	1.61	3.72	5.33	2.29
1979	2.83	0.27	0.24	7.08	7.46	5.95	3.09	0.74	0.19	3.33	1.45	2.87	7.69	1.81
1980	3.24	0.42	0.27	6.49	4.24	3.69	1.52	1.03	0.10	1.58	11.54	3.63	3.65	1.36
1981	9.12	5.88	0.27	5.69	4.22	3.53	1.43	2.42	0.17	1.79	41.19	3.29	3.73	1.05
1982	2.28	-6.84	0.33	6.74	4.94	4.96	1.20	1.30	0.25	1.11	1.83	3.88	6.67	1.19
1983	3.04	0.76	0.54	7.52	4.55	4.58	2.11	1.94	0.47	2.67	3.05	4.88	6.51	1.61
1984	3.55	0.50	0.70	9.10	4.46	8.14	2.80	1.75	0.32	2.38	4.34	5.57	6.29	1.95
B. Beschluß														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	1.26	1.26	0.00	0.00	0.00	0.00	1.96	0.00	0.00	0.00	4.26	0.00	0.00	0.00
1972	0.63	-0.64	0.00	0.00	0.00	0.00	0.37	0.00	0.00	1.01	0.00	2.55	0.00	1.39
1973	2.56	1.93	1.01	2.37	3.53	1.25	1.53	2.13	0.00	0.71	0.90	8.02	1.61	0.55
1974	6.07	3.51	3.74	3.75	11.75	2.17	4.86	0.65	0.00	2.96	2.17	9.45	30.23	4.00
1975	8.14	2.06	0.00	13.71	19.14	2.13	4.68	1.69	0.00	6.09	5.33	20.00	7.00	6.73
1976	17.16	9.03	0.58	5.00	10.03	16.04	28.54	0.25	0.00	7.74	13.99	7.01	58.11	2.66
1977	18.62	1.46	0.67	5.96	19.64	7.14	35.18	8.53	0.00	14.75	7.12	5.92	14.58	0.70
1978	10.25	-8.37	0.00	11.39	3.44	5.05	16.37	14.05	0.00	4.14	3.16	6.72	3.57	1.61
1979	14.66	4.41	0.00	16.06	7.67	53.55	13.95	7.66	0.00	0.00	28.20	12.50	4.65	2.19
1980	3.20	-11.46	0.00	13.23	4.58	6.98	1.72	1.65	0.00	1.35	4.64	3.44	0.00	0.93
1981	3.28	0.08	0.00	3.66	1.27	7.09	3.21	2.31	0.00	0.92	7.79	1.72	5.26	2.95
1982	2.76	-0.52	0.57	9.24	3.77	4.45	2.68	1.08	0.00	0.00	1.38	3.90	0.00	0.61
1983	4.40	1.64	1.02	8.01	1.41	3.39	2.41	6.93	0.00	3.17	7.04	7.03	11.43	1.08
1984	7.48	3.08	0.00	19.47	2.91	3.11	2.38	22.38	0.00	1.42	5.43	8.41	4.76	1.39

noch Tabelle 14

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
C. Zusammen														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	2.27	2.27	1.04	4.09	3.26	9.40	2.35	0.35	0.05	4.11	1.30	4.30	4.23	2.56
1972	2.22	-0.05	0.92	5.63	3.87	4.60	2.09	0.29	0.01	4.44	1.25	3.63	4.30	2.78
1973	2.99	0.77	1.04	6.35	3.07	6.70	2.58	0.57	0.00	4.80	1.83	5.12	3.58	7.31
1974	3.01	0.02	0.84	5.05	4.34	7.01	2.96	0.48	0.00	3.35	2.17	6.96	5.49	2.58
1975	3.72	0.71	0.83	6.21	6.21	9.12	3.70	0.72	0.01	5.52	2.59	6.29	9.81	3.64
1976	4.08	0.36	1.02	6.88	7.35	8.06	4.21	0.88	0.05	6.07	3.38	6.43	12.12	3.48
1977	3.21	-0.87	0.36	6.55	6.47	4.25	3.62	0.81	0.03	3.02	2.17	5.00	6.02	3.32
1978	2.68	-0.53	0.24	5.93	7.31	4.14	2.58	0.91	0.09	2.50	1.64	3.76	5.31	2.28
1979	2.99	0.32	0.24	7.27	7.47	7.78	3.27	0.78	0.19	3.28	1.97	2.96	7.66	1.82
1980	3.24	0.25	0.26	6.61	4.24	3.78	1.52	1.03	0.10	1.58	11.44	3.63	3.62	1.35
1981	9.03	5.79	0.27	5.64	4.17	3.61	1.47	2.42	0.17	1.77	40.86	3.28	3.75	1.08
1982	2.29	-6.74	0.33	6.81	4.92	4.94	1.22	1.30	0.25	1.09	1.83	3.88	6.62	1.18
1983	3.06	0.77	0.55	7.53	4.50	4.54	2.11	2.00	0.47	2.67	3.11	4.90	6.55	1.60
1984	3.61	0.55	0.68	9.43	4.43	8.00	2.79	2.03	0.32	2.37	4.36	5.59	6.27	1.94

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 15

Erledigte Verfahren nach Dauer des Verfahrens der Landesarbeitsgerichte (%-Anteile)
1965 bis 1984

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Verfahren bis zu 6 Monate														
A. Berufungsverfahren														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	14.35	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	13.56	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	79.06	79.06	75.83	87.63	75.49	61.11	85.33	65.53	0.00	57.78	83.66	70.37	86.84	88.14
1972	79.12	0.06	92.19	89.54	76.12	69.77	83.84	68.87	0.00	56.59	80.46	66.79	92.54	87.25
1973	74.66	-4.46	97.06	82.41	61.18	70.69	83.19	66.55	0.00	52.63	74.76	53.35	90.91	87.23
1974	72.58	-2.08	89.81	77.65	46.75	50.60	77.34	70.47	0.00	48.06	81.10	70.89	88.62	83.85
1975	69.91	-2.67	82.66	83.14	43.73	36.32	75.43	53.13	0.00	71.19	80.38	66.86	86.49	77.45
1976	69.33	-0.58	96.50	83.08	42.83	57.33	73.07	47.03	0.00	65.20	84.02	65.66	85.22	74.19
1977	68.21	-1.12	96.42	83.50	35.50	54.92	76.76	45.95	0.00	63.99	79.29	69.42	35.80	72.37
1978	71.31	3.10	95.78	85.87	48.70	66.82	78.96	47.52	0.00	76.66	83.18	62.87	20.51	81.93
1979	72.18	0.88	94.02	91.19	51.48	40.75	84.19	38.08	0.00	81.75	84.78	65.38	27.98	84.98
1980	74.31	2.12	91.28	87.59	63.81	27.54	89.65	48.11	0.00	83.06	83.19	49.26	28.14	89.60
1981	76.53	2.23	88.65	81.04	70.10	46.35	88.36	60.03	0.00	83.09	85.95	52.60	40.68	93.45
1982	80.35	3.82	83.77	83.25	79.49	46.31	90.69	61.19	0.00	84.31	84.51	56.08	88.61	93.21
1983	76.35	-4.01	52.73	83.90	75.83	34.76	86.76	59.92	0.00	78.75	79.59	53.47	70.20	93.70
1984	71.77	-4.58	38.89	86.59	72.54	34.51	80.42	48.72	0.00	80.63	79.78	49.04	45.19	93.70
B. Beschwerdeverfahren in Beschlusssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2, 99 Satz 2 ArbGG														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	92.11	92.11	0.00	100.00	100.00	0.00	89.47	100.00	0.00	100.00	100.00	66.67	0.00	0.00
1972	61.07	-31.03	100.00	80.00	83.33	90.00	38.55	95.24	0.00	83.33	88.89	85.00	100.00	92.31
1973	77.99	16.92	59.26	85.71	81.82	78.26	81.98	65.35	0.00	76.00	86.79	75.38	100.00	91.30
1974	61.61	-16.39	40.54	76.47	54.93	24.32	63.39	49.25	0.00	57.14	78.86	63.79	61.29	72.97
1975	64.33	2.72	72.58	85.71	64.41	38.46	66.46	47.17	0.00	74.29	75.21	44.71	48.28	57.14
1976	61.13	-3.20	91.43	71.19	50.68	53.85	63.38	28.92	0.00	61.29	85.25	50.63	3.57	83.33
1977	65.08	3.95	96.43	68.52	43.20	50.00	78.36	36.00	0.00	46.15	84.92	57.35	36.36	90.20
1978	64.00	-1.08	93.75	81.25	57.73	66.67	72.86	37.80	0.00	71.88	64.00	38.95	42.86	75.61
1979	66.08	2.08	92.31	64.10	58.46	60.00	78.75	51.79	0.00	95.83	80.65	31.50	75.00	82.93
1980	76.47	10.39	88.89	81.58	67.80	37.50	80.57	60.92	0.00	84.38	88.46	58.82	0.00	88.68
1981	77.98	1.51	96.30	88.89	85.19	45.83	87.08	62.79	0.00	68.29	79.45	55.07	50.00	97.87
1982	77.26	-0.71	62.86	79.31	80.00	47.06	87.30	63.41	0.00	80.00	83.87	53.57	85.71	92.31
1983	75.10	-2.16	50.91	81.25	82.65	45.61	83.10	59.84	0.00	57.14	82.69	56.90	66.67	97.00
1984	62.68	-12.41	33.33	37.28	76.32	13.51	85.84	49.64	0.00	80.00	82.64	44.30	33.33	88.17

noch Tabelle 15

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
C. Zusammen														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	14.29	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	13.46	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	79.12	79.12	75.83	87.68	75.64	61.11	85.36	65.63	0.00	57.89	83.77	70.35	86.84	88.14
1972	78.49	-0.63	92.36	89.44	76.28	71.22	81.26	69.55	0.00	57.26	80.63	67.24	92.81	87.36
1973	74.87	-3.62	94.71	82.56	62.30	71.57	83.12	66.42	0.00	53.95	75.40	54.77	91.41	87.38
1974	71.79	-3.08	85.93	77.60	47.34	45.81	76.37	68.96	0.00	48.57	80.86	70.55	84.34	83.26
1975	69.56	-2.23	81.78	83.29	44.70	36.44	74.79	52.88	0.00	71.32	79.97	65.71	80.23	76.24
1976	68.87	-0.69	96.25	82.26	43.22	57.19	72.45	45.90	0.00	65.08	84.11	65.03	76.36	74.45
1977	68.03	-0.84	96.42	82.54	36.01	54.65	76.85	45.06	0.00	63.02	79.67	68.96	35.83	73.15
1978	70.90	2.87	95.67	85.58	49.12	66.80	78.63	46.89	0.00	76.49	82.14	61.37	21.77	81.53
1979	71.86	0.96	93.93	89.83	51.71	41.79	83.85	39.06	0.00	82.16	84.59	62.83	28.83	84.92
1980	74.41	2.55	91.14	87.27	63.95	27.91	89.17	48.84	0.00	83.11	83.49	49.58	27.81	89.55
1981	76.61	2.20	89.00	81.66	70.78	46.27	88.28	60.19	0.00	82.44	85.61	52.69	40.89	93.64
1982	80.19	3.58	82.64	82.85	79.52	46.35	90.53	61.37	0.00	84.16	84.48	55.98	88.48	93.17
1983	76.28	-3.90	52.61	83.68	76.13	36.27	86.58	59.91	0.00	78.17	79.74	53.58	70.13	93.91
1984	71.17	-5.11	38.44	79.51	72.72	29.92	80.74	48.79	0.00	80.61	79.93	48.85	44.68	93.35

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 16

Erledigte Verfahren nach Dauer des Verfahrens der Landesarbeitsgerichte (%-Anteile)
1965 bis 1984

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Verfahren über 6 bis 12 Monate														
A. Berufungsverfahren														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	14.91	14.91	18.06	9.01	17.12	22.22	10.39	27.92	0.00	30.61	12.36	18.54	9.87	7.72
1972	14.44	-0.47	6.92	5.03	17.32	29.46	11.27	23.13	0.00	25.49	14.90	19.30	4.48	10.57
1973	17.14	2.70	2.70	11.85	27.06	27.01	11.91	26.50	0.00	32.78	19.54	19.87	8.26	10.59
1974	18.69	1.55	8.80	15.92	34.42	38.55	16.73	20.75	0.00	32.21	13.61	15.50	7.19	12.58
1975	21.02	2.33	14.24	11.00	31.44	49.57	18.67	35.26	0.00	20.23	15.64	19.78	8.78	16.49
1976	21.37	0.35	2.48	12.03	31.65	37.46	19.71	37.88	0.00	27.59	12.26	21.89	10.87	19.63
1977	21.42	0.06	3.43	10.79	30.19	34.84	16.92	41.48	0.00	27.53	16.01	19.89	43.18	22.19
1978	19.51	-1.91	3.12	8.11	28.04	26.91	14.81	40.54	0.00	18.29	12.73	27.85	38.03	13.28
1979	19.78	0.27	5.56	5.01	35.77	53.96	11.93	39.66	0.00	13.13	10.10	21.22	61.47	12.29
1980	16.35	-3.44	7.61	7.92	22.93	51.21	6.83	41.23	0.00	12.41	12.71	21.39	23.35	8.00
1981	14.30	-2.05	10.28	9.55	13.52	39.42	8.17	29.55	0.00	12.06	9.72	24.59	27.38	4.94
1982	14.44	0.14	16.07	9.79	15.51	44.10	7.39	30.59	0.00	13.17	9.98	26.54	5.06	5.05
1983	18.50	4.06	41.15	10.06	20.33	53.85	11.28	34.44	0.00	14.54	16.47	28.41	25.83	4.86
1984	19.89	1.39	49.60	8.24	20.16	38.79	13.62	43.42	0.00	15.46	16.39	24.52	42.22	4.86
B. Beschwerdeverfahren in Beschlusssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2, 99 Satz 2 ArbGG														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	5.26	5.26	0.00	0.00	0.00	0.00	5.26	0.00	0.00	0.00	0.00	33.33	0.00	0.00
1972	4.36	-0.90	0.00	20.00	0.00	10.00	3.01	4.76	0.00	8.33	11.11	5.00	0.00	7.69
1973	19.19	14.83	40.74	14.29	11.36	21.74	15.70	31.68	0.00	24.00	11.32	16.92	0.00	8.70
1974	29.85	10.66	40.54	17.65	39.44	70.27	28.74	32.84	0.00	37.14	18.70	18.97	25.81	24.32
1975	19.22	-10.63	12.90	14.29	10.17	38.46	16.92	32.08	0.00	20.00	16.24	27.06	20.69	30.61
1976	19.15	-0.07	8.57	22.03	32.88	46.15	10.19	50.60	0.00	38.71	8.20	24.05	7.14	10.00
1977	23.75	4.61	3.57	20.37	21.60	50.00	14.55	52.00	0.00	53.85	15.08	25.00	9.09	7.84
1978	23.77	0.02	6.25	8.33	20.62	25.00	15.61	52.44	0.00	21.88	25.00	44.21	7.14	19.51
1979	22.32	-1.45	7.69	25.64	27.69	40.00	12.20	41.96	0.00	4.17	11.29	37.80	0.00	12.20
1980	15.48	-6.84	7.41	13.16	16.95	37.50	13.27	29.89	0.00	12.50	7.69	23.53	50.00	5.66
1981	16.52	1.04	3.70	9.52	7.41	47.92	9.58	31.40	0.00	29.27	17.81	23.19	33.33	0.00
1982	15.72	-0.79	31.43	17.24	8.57	41.18	9.13	24.39	0.00	20.00	12.90	25.00	0.00	5.77
1983	19.17	3.45	43.64	12.50	12.24	49.12	13.38	30.33	0.00	37.14	11.54	25.86	33.33	2.00
1984	23.97	4.80	56.06	56.80	11.40	12.61	10.69	38.85	0.00	20.00	11.57	34.18	33.33	6.45

noch Tabelle 16

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
C. Zusammen														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	14.86	14.86	18.06	8.98	17.01	22.22	10.35	27.84	0.00	30.53	12.28	18.59	9.87	7.72
1972	14.09	-0.77	6.77	5.18	16.92	28.06	10.80	22.65	0.00	25.05	14.83	18.95	4.32	10.51
1973	17.27	3.18	5.06	11.97	26.21	26.40	12.13	27.05	0.00	32.28	19.10	19.68	7.81	10.52
1974	19.49	2.23	11.30	16.00	34.77	44.33	17.56	21.61	0.00	32.48	14.16	15.67	10.10	13.22
1975	20.91	1.42	14.12	11.19	30.44	48.99	18.54	35.12	0.00	20.22	15.69	20.16	10.73	17.33
1976	21.24	0.34	2.78	12.72	31.71	37.81	19.11	38.68	0.00	27.94	11.96	21.98	10.47	19.35
1977	21.56	0.31	3.44	11.40	29.62	35.66	16.80	42.42	0.00	28.96	15.94	20.09	41.18	21.57
1978	19.75	-1.81	3.29	8.13	27.70	26.72	14.85	41.31	0.00	18.42	13.40	28.87	36.29	13.68
1979	19.92	0.17	5.67	6.05	35.51	53.21	11.95	39.82	0.00	12.86	10.15	22.47	60.36	12.29
1980	16.30	-3.61	7.59	8.20	22.72	50.70	7.17	40.58	0.00	12.42	12.42	21.46	23.67	7.88
1981	14.42	-1.89	9.98	9.55	13.24	40.68	8.25	29.65	0.00	12.82	10.13	24.53	27.51	4.73
1982	14.51	0.10	16.90	10.54	15.11	43.92	7.47	30.10	0.00	13.41	10.13	26.49	4.85	5.08
1983	18.54	4.03	41.31	10.26	19.98	53.19	11.38	34.15	0.00	15.15	16.23	28.32	25.97	4.68
1984	20.16	1.62	50.12	15.22	19.74	33.07	13.44	43.05	0.00	15.62	16.14	24.91	41.84	4.96

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 17

Erledigte Verfahren nach Dauer des Verfahrens der Landesarbeitsgerichte (%-Anteile)
1965 bis 1984

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Verfahren über 12 Monate														
A. Berufungsverfahren														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	6.04	6.04	6.11	3.35	7.39	16.67	4.28	6.55	0.00	11.61	3.97	11.10	3.29	4.14
1972	6.44	0.40	0.89	5.43	6.56	0.78	4.89	8.01	0.00	17.93	4.64	13.91	2.99	2.18
1973	8.20	1.76	0.25	5.75	11.76	2.30	4.90	6.95	0.00	14.59	5.70	26.78	0.83	2.18
1974	8.73	0.53	1.39	6.42	18.83	10.84	5.94	8.78	0.00	19.73	5.29	13.61	4.19	3.57
1975	9.07	0.34	3.10	5.86	24.83	14.10	5.91	11.62	0.00	8.58	3.98	13.36	4.73	6.06
1976	9.30	0.24	1.02	4.89	25.52	5.21	7.21	15.09	0.00	7.21	3.73	12.45	3.91	6.18
1977	10.36	1.06	0.14	5.71	34.30	10.25	6.31	12.57	0.00	8.48	4.70	10.68	21.02	5.44
1978	9.18	-1.18	1.10	6.01	23.25	6.28	6.23	11.94	0.00	5.05	4.09	9.28	41.45	4.79
1979	8.03	-1.15	0.43	3.79	12.75	5.28	3.88	22.27	0.00	5.13	5.12	13.40	10.55	2.73
1980	9.35	1.32	1.12	4.48	13.26	21.26	3.52	10.66	0.00	4.52	4.10	29.35	48.50	2.41
1981	9.17	-0.18	1.06	9.41	16.38	14.23	3.47	10.42	0.00	4.85	4.33	22.82	31.94	1.61
1982	5.20	-3.96	0.16	6.96	5.00	9.59	1.92	8.22	0.00	2.52	5.51	17.38	6.33	1.74
1983	5.15	-0.05	6.12	6.04	3.84	11.40	1.96	5.65	0.00	6.71	3.94	18.12	3.97	1.44
1984	8.34	3.19	11.51	5.16	7.30	26.70	5.96	7.86	0.00	3.91	3.83	26.44	12.59	1.45
B. Beschwerdeverfahren in Beschlusssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2, 99 Satz 2 ArbGG														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	2.63	2.63	0.00	0.00	0.00	0.00	5.26	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1972	34.56	31.93	0.00	0.00	16.67	0.00	58.43	0.00	0.00	8.33	0.00	10.00	0.00	0.00
1973	2.82	-31.75	0.00	0.00	6.82	0.00	2.33	2.97	0.00	0.00	1.89	7.69	0.00	0.00
1974	8.55	5.73	18.92	5.88	5.63	5.41	7.87	17.91	0.00	5.71	2.44	17.24	12.90	2.70
1975	16.46	7.91	14.52	0.00	25.42	23.08	16.62	20.75	0.00	5.71	8.55	28.24	31.03	12.24
1976	19.72	3.27	0.00	6.78	16.44	0.00	26.43	20.48	0.00	0.00	6.56	25.32	89.29	6.67
1977	11.17	-8.55	0.00	11.11	35.20	0.00	7.09	12.00	0.00	0.00	0.00	17.65	54.55	1.96
1978	12.23	1.06	0.00	10.42	21.65	8.33	11.52	9.76	0.00	6.25	11.00	16.84	50.00	4.88
1979	11.60	-0.63	0.00	10.26	13.85	0.00	9.06	6.25	0.00	0.00	8.06	30.71	25.00	4.88
1980	8.05	-3.55	3.70	5.26	15.25	25.00	6.16	9.20	0.00	3.13	3.85	17.65	50.00	5.66
1981	5.51	-2.54	0.00	1.59	7.41	6.25	3.33	5.81	0.00	2.44	2.74	21.74	16.67	2.13
1982	7.01	1.51	5.71	3.45	11.43	11.76	3.57	12.20	0.00	0.00	3.23	21.43	14.29	1.92
1983	5.73	-1.28	5.45	6.25	5.10	5.26	3.52	9.84	0.00	5.71	5.77	17.24	0.00	1.00
1984	13.34	7.61	10.61	5.92	12.28	73.87	3.47	11.51	0.00	0.00	5.79	21.52	33.33	5.38

noch Tabelle 17

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
C. Zusammen														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	6.02	6.02	6.11	3.34	7.35	16.67	4.29	6.53	0.00	11.58	3.95	11.06	3.29	4.14
1972	7.42	1.40	0.87	5.38	6.79	0.72	7.94	7.80	0.00	17.68	4.55	13.81	2.88	2.13
1973	7.86	0.45	0.23	5.47	11.50	2.03	4.75	6.53	0.00	13.77	5.50	25.55	0.78	2.10
1974	8.72	0.85	2.77	6.40	17.89	9.85	6.07	9.43	0.00	18.95	4.98	13.78	5.56	3.52
1975	9.53	0.82	4.10	5.53	24.86	14.57	6.67	11.99	0.00	8.46	4.34	14.13	9.04	6.42
1976	9.89	0.35	0.97	5.02	25.07	5.00	8.44	15.43	0.00	6.98	3.93	12.99	13.18	6.20
1977	10.41	0.52	0.14	6.06	34.36	9.69	6.36	12.52	0.00	8.02	4.39	10.95	22.99	5.29
1978	9.35	-1.06	1.04	6.29	23.18	6.48	6.51	11.80	0.00	5.09	4.47	9.76	41.94	4.79
1979	8.22	-1.13	0.40	4.12	12.79	5.00	4.20	21.12	0.00	4.98	5.26	14.70	10.81	2.80
1980	9.29	1.07	1.27	4.53	13.33	21.40	3.66	10.58	0.00	4.47	4.09	28.96	48.52	2.57
1981	8.97	-0.31	1.02	8.79	15.97	13.04	3.47	10.16	0.00	4.74	4.25	22.78	31.60	1.64
1982	5.30	-3.67	0.46	6.60	5.36	9.72	2.00	8.53	0.00	2.43	5.39	17.53	6.67	1.75
1983	5.18	-0.12	6.08	6.06	3.89	10.54	2.04	5.94	0.00	6.68	4.03	18.09	3.90	1.41
1984	8.67	3.49	11.44	5.27	7.54	37.01	5.81	8.15	0.00	3.77	3.93	26.24	13.48	1.70

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenkla gen vn IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 18

**Erledigte Revisionen des Bundesarbeitsgericht durch streitiges Urteil, nach der Dauer des Verfahrens
1965 bis 1984**

Jahr Anteil in % von insgesamt	Dauer des Verfahren bei Revisionen								Erledigte Revisionen durch streitiges Urteil	
	bis zu 3 Monaten		über 3 bis zu 6 Monaten		über 6 bis zu 12 Monaten		über 12 Monate			
	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vor- jahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vor- jahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vor- jahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vor- jahr	ins- gesamt	Verände- rung gegen Vor- jahr
1965	6	.	46	.	108	.	77	.	237	.
%	2,5	.	19,4	.	45,6	.	32,5	.	100	—
1966	4	— 2	59	+ 13	123	+ 15	44	— 33	230	— 7
%	1,7	— 0,8	25,7	+ 6,3	53,5	+ 7,9	19,1	— 13,4	100	—
1967	2	— 2	38	— 21	156	+ 33	30	— 14	226	— 4
%	0,9	— 0,8	16,8	— 8,9	69,0	+ 15,5	13,3	— 5,8	100	—
1968	5	+ 3	56	+ 18	145	— 11	30	—	236	+ 10
%	2,1	+ 1,2	23,7	+ 6,9	61,5	— 7,5	12,7	— 0,6	100	—
1969	4	— 1	36	— 20	180	+ 35	42	+ 12	262	+ 26
%	1,5	— 0,6	13,7	— 10,0	68,7	+ 7,2	16,0	+ 3,3	100	—
1970	6	+ 2	26	— 10	200	+ 20	18	— 24	250	— 12
%	2,4	+ 0,9	10,4	— 3,3	80,0	+ 11,3	7,2	— 8,8	100	—
1971	21	+ 15	55	+ 29	138	— 62	18	—	232	— 18
%	9,1	+ 6,7	23,7	+ 13,3	59,5	— 20,5	7,8	+ 0,6	100	—
1972	35	+ 14	76	+ 21	147	+ 9	3	— 15	261	+ 29
%	13,4	+ 4,3	29,1	+ 5,4	56,3	— 3,2	1,1	— 6,7	100	—
1973	16	— 19	45	— 31	187	+ 40	7	+ 4	255	— 6
%	6,3	— 7,1	17,6	— 11,5	73,3	+ 17,0	2,7	+ 1,6	100	—
1974	2	— 14	23	— 22	194	+ 7	46	+ 39	265	+ 10
%	0,8	— 5,5	8,7	— 8,9	73,2	— 0,1	17,4	+ 14,7	100	—
1975	2	—	11	— 12	177	— 17	97	+ 51	287	+ 22
%	0,7	— 0,1	3,8	— 4,9	61,7	— 11,5	33,8	+ 16,4	100	—
1976	2	—	9	— 2	115	— 62	185	+ 88	311	+ 24
%	0,6	— 0,1	2,9	— 0,9	37,0	— 24,7	59,5	+ 25,7	100	—
1977	1	— 1	11	+ 2	61	— 54	253	+ 68	326	+ 15
%	0,3	— 0,3	3,4	+ 0,5	18,7	— 18,3	77,6	+ 18,1	100	—
1978	1	—	8	— 3	40	— 21	311	+ 58	360	+ 34
%	0,3	—	2,2	— 1,2	11,1	— 7,6	86,4	+ 8,8	100	—
1979	2	+ 1	2	— 6	26	— 14	383	+ 72	413	+ 53
%	0,5	+ 0,2	0,5	— 1,7	6,3	— 4,8	92,7	+ 6,3	100	—
1980	1	— 1	7	+ 5	29	+ 3	408	+ 25	445	+ 32
%	0,2	+ 0,1	1,6	+ 1,1	6,5	+ 0,2	91,7	— 1,0	100	—
1981	—	— 1	3	— 4	14	— 15	379	— 29	396	— 49
%	—	— 0,2	0,8	— 0,8	3,5	— 3,0	95,7	+ 4,0	100	—
	Dauer des Verfahrens bei Revisionen									
	bis zu 1 Jahr		bis zu 2 Jahre		bis zu 3 Jahre		über 3 Jahre			
1982	10	.	102	.	338	.	6	.	456	+ 60
%	2,2	.	22,4	.	74,1	.	1,3	.	100	—
1983	41	+ 31	234	+ 132	246	— 92	42	+ 36	563	+ 107
%	7,3	+ 5,1	41,6	+ 19,2	43,7	— 30,4	7,5	+ 6,2	100	—
1984	97	+ 56	272	+ 38	127	— 119	11	— 31	507	— 56
%	19,1	+ 11,8	53,6	+ 12	25,0	— 18,7	2,2	— 5,3	100	—

Tabelle 19

**Erledigte Verfahren nach Art der Erledigung bei den Arbeitsgerichten
1965 bis 1984**

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Urteilsverfahren														
a) durch streitiges Urteil														
1965	16 423	0	646	995	1 576	285	5 451	2 198	0	780	1 615	1 732	233	912
1966	17 080	657	670	939	1 708	293	5 733	2 350	0	724	1 652	1 851	271	889
1967	20 246	3 166	852	1 167	1 950	349	6 653	2 950	0	801	2 119	2 129	280	996
1968	18 624	-1 622	734	1 131	1 893	269	5 667	2 730	0	938	1 923	2 176	286	877
1969	17 204	-1 420	771	958	1 729	280	5 164	2 102	634	951	1 881	2 127	252	989
1970	18 131	927	709	904	2 041	255	5 725	2 098	443	913	1 996	2 014	292	1 184
1971	20 851	2 720	891	982	2 084	312	6 485	2 443	655	1 079	2 472	2 435	273	1 395
1972	22 344	1 493	981	1 176	2 533	363	6 792	2 653	851	1 210	2 383	2 519	320	1 414
1973	23 000	656	1 003	1 234	2 366	417	6 893	3 049	1 022	1 096	2 426	2 705	353	1 458
1974	26 513	3 513	1 055	1 009	2 873	537	7 629	3 822	1 445	1 432	2 824	3 368	388	1 576
1975	30 598	4 085	1 213	1 252	3 183	502	9 439	3 848	1 332	1 990	3 248	3 572	397	1 954
1976	31 513	915	1 391	1 313	3 518	683	8 696	3 966	1 551	1 921	3 529	3 619	621	2 256
1977	31 501	-12	1 291	1 261	3 473	450	9 034	4 347	1 393	1 808	3 640	3 464	375	2 358
1978	29 911	-1 590	918	1 145	3 912	526	8 551	3 796	1 104	1 803	3 121	3 315	453	2 371
1979	28 947	-964	960	1 429	3 547	549	7 913	3 893	1 173	1 776	2 968	3 274	347	2 291
1980	29 546	599	991	1 272	3 328	568	8 160	4 008	1 206	1 863	2 960	3 582	366	2 448
1981	32 690	3 144	1 227	1 359	3 801	856	9 383	4 070	941	2 318	3 374	3 414	338	2 550
1982	38 191	5 501	1 655	1 491	4 746	739	11 071	4 629	1 046	2 754	4 064	3 737	360	2 945
1983	38 546	355	1 608	1 575	4 748	708	11 434	4 444	937	2 557	4 313	3 899	343	2 917
1984	36 315	-2 231	1 176	1 657	4 423	600	10 527	4 350	1 198	2 426	4 369	3 779	309	2 699
b) durch sonstiges Urteil														
1965	25 937	0	579	698	1 604	462	7 126	7 668	0	1 069	2 179	2 037	386	2 129
1966	32 645	6 708	694	779	2 019	626	7 658	12 671	0	1 220	2 085	2 128	456	2 309
1967	32 244	-401	905	972	2 276	765	7 638	10 719	0	1 204	2 266	2 720	570	2 209
1968	29 553	-2 691	961	790	2 060	684	6 891	9 655	0	1 074	2 178	2 471	516	2 273
1969	27 190	-2 363	803	836	1 826	633	6 096	8 422	6 587	1 208	2 081	2 511	494	2 280
1970	32 948	5 758	870	867	1 981	623	7 374	12 358	10 375	1 218	2 212	2 409	490	2 546
1971	35 767	2 819	838	1 086	2 341	633	8 010	12 028	10 148	1 369	2 620	3 143	513	3 186
1972	38 175	2 408	987	1 241	2 549	541	9 003	12 359	10 042	1 466	2 866	3 312	509	3 342
1973	39 373	1 198	1 253	1 215	2 660	627	9 850	11 522	8 732	1 549	2 967	3 502	700	3 528
1974	43 446	4 073	1 174	1 304	2 694	628	11 144	11 733	8 438	1 876	3 598	4 770	654	3 871
1975	39 775	-3 671	1 011	1 014	2 601	600	10 736	10 349	7 750	1 743	3 521	4 041	678	3 481
1976	37 437	-2 338	914	906	2 594	467	9 469	10 983	8 428	1 406	3 050	3 987	537	3 124
1977	36 427	-1 010	868	979	2 509	401	8 630	11 868	9 551	1 356	2 704	3 655	487	2 970
1978	37 142	715	868	959	2 156	446	8 201	13 722	11 568	1 544	2 395	3 468	527	2 856
1979	34 858	-2 284	860	762	2 162	393	8 442	12 078	9 743	1 271	2 235	3 758	474	2 423
1980	38 144	3 286	1 034	894	2 502	585	8 669	13 071	10 672	1 481	2 632	4 283	411	2 582
1981	40 348	2 204	1 202	896	2 959	389	9 665	12 267	9 646	1 620	3 035	4 878	438	2 999
1982	43 958	3 610	1 332	1 064	3 290	520	9 673	13 097	10 189	2 005	3 262	5 724	561	3 430
1983	44 411	453	1 120	1 047	3 201	472	9 819	13 128	10 392	1 893	3 540	6 158	476	3 557
1984	46 788	2 377	1 032	1 008	3 099	392	10 567	15 426	12 516	1 807	3 354	5 804	459	3 840

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
c) durch Vergleich														
1965	50 694	0	2 017	2 359	4 180	849	14 624	5 170	0	2 889	7 694	6 675	894	3 343
1966	53 784	3 090	2 104	2 341	5 548	934	15 236	5 595	0	2 796	7 899	6 920	1 067	3 344
1967	62 337	8 553	2 287	2 841	5 466	1 091	18 333	7 043	0	3 177	8 478	8 742	1 149	3 730
1968	56 122	-6 215	2 199	3 010	4 739	1 030	16 419	6 645	0	2 901	7 318	7 420	989	3 452
1969	54 625	-1 497	2 170	3 071	4 790	1 043	14 826	6 487	266	2 668	6 758	8 285	904	3 623
1970	58 521	3 896	2 482	2 926	4 517	1 224	16 300	7 574	278	2 773	7 866	7 753	1 189	3 917
1971	64 680	6 159	2 698	3 314	5 127	1 196	18 086	7 732	220	3 126	8 630	9 205	1 100	4 466
1972	70 405	5 725	2 867	3 785	5 652	1 210	20 436	8 214	234	3 476	9 111	9 747	1 130	4 777
1973	74 617	4 212	3 342	3 729	5 912	1 363	20 978	9 370	196	4 000	9 601	9 670	1 261	5 391
1974	93 030	18 413	3 399	3 981	7 134	1 385	27 680	12 025	348	4 760	13 389	12 196	1 511	5 570
1975	106 905	13 875	3 989	4 347	8 167	1 883	30 506	12 930	311	6 373	17 079	14 742	1 470	5 419
1976	107 546	641	4 238	4 514	8 981	1 659	31 278	12 350	270	6 270	15 903	14 410	1 980	5 963
1977	109 300	1 754	4 227	4 583	8 738	1 845	32 562	12 251	278	6 084	15 376	15 933	1 847	5 854
1978	102 921	-6 379	4 335	4 506	8 747	1 786	30 861	11 394	249	5 803	14 234	13 695	1 703	5 857
1979	103 185	264	3 836	4 500	8 483	1 920	30 838	11 558	233	6 008	13 600	14 956	1 809	5 677
1980	109 597	6 412	3 999	4 078	10 007	1 800	32 542	12 215	244	6 420	15 015	15 933	1 627	5 961
1981	125 734	16 137	4 604	4 938	10 842	1 975	38 720	14 046	163	6 352	17 988	17 951	1 916	6 402
1982	142 966	17 232	5 652	5 371	12 539	2 263	42 576	16 232	223	6 952	21 116	21 433	2 099	6 733
1983	141 570	-1 396	5 217	5 748	12 092	2 198	40 674	15 443	248	7 274	21 615	22 793	2 059	6 457
1984	135 161	-6 409	5 040	5 574	11 900	2 139	39 301	14 261	287	7 667	19 015	21 701	2 188	6 375
d) auf andere Weise														
1965	74 498	0	1 403	1 982	4 958	1 947	14 547	29 186	0	2 974	5 585	6 152	1 278	4 486
1966	81 635	7 137	1 632	1 921	4 650	1 753	15 941	34 569	0	2 994	5 972	6 109	1 549	4 545
1967	92 012	10 377	2 025	2 498	5 707	2 276	20 499	34 392	0	3 186	6 481	8 409	2 014	4 525
1968	79 579	-12 433	1 814	2 524	4 777	978	15 165	33 200	0	2 613	5 707	7 398	1 399	4 004
1969	73 240	-6 339	1 615	2 368	5 102	911	14 477	27 650	22 754	2 698	5 186	7 553	1 452	4 228
1970	77 484	4 244	1 986	2 492	4 745	1 152	16 588	27 213	21 834	2 896	5 925	8 213	1 252	5 022
1971	91 020	13 536	1 997	3 112	5 103	1 430	18 640	34 504	28 267	3 028	6 550	9 629	1 278	5 749
1972	92 997	1 977	2 011	3 495	5 203	1 723	20 443	31 661	25 547	3 492	7 102	10 292	1 327	6 248
1973	99 400	6 403	2 251	3 373	5 866	1 600	23 626	31 831	25 019	3 403	7 784	11 189	1 395	7 082
1974	116 434	17 034	3 039	3 846	6 845	1 870	27 809	35 426	26 113	4 320	10 707	14 256	1 638	6 678
1975	126 498	10 064	3 683	4 040	8 381	1 802	29 521	36 696	27 925	5 058	11 521	16 725	1 840	7 231
1976	126 444	-54	3 932	3 558	7 544	1 465	27 721	41 618	33 807	4 628	11 360	16 047	1 517	7 054
1977	124 878	-1 566	3 896	3 980	7 520	2 016	27 582	41 114	34 311	4 528	10 256	15 400	1 613	6 973
1978	126 335	1 457	4 426	3 966	7 788	1 757	27 523	38 973	31 475	4 071	14 467	15 365	1 822	6 177
1979	113 888	-12 447	3 361	3 355	7 611	1 713	29 079	32 718	25 593	3 977	10 120	14 373	1 426	6 155
1980	119 539	5 651	3 765	3 698	8 240	1 656	27 643	32 934	25 779	3 973	13 244	16 613	1 374	6 399
1981	151 281	31 742	4 657	4 234	9 180	1 886	31 654	32 919	24 260	5 048	36 517	17 087	1 434	6 665
1982	143 880	-7 401	4 075	5 364	10 527	2 039	36 279	33 264	24 206	5 625	14 939	21 954	1 732	8 082
1983	147 270	3 390	3 465	6 013	10 291	1 684	35 947	37 249	27 933	5 294	15 479	22 069	1 516	8 263
1984	147 562	292	3 593	5 600	12 252	2 671	37 096	33 703	24 835	5 942	14 676	20 689	1 369	9 971

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden

²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr

³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen vn IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg

⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 20

**Erledigte Verfahren nach Art der Erledigung bei den Arbeitsgerichten
1965 bis 1984**

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Beschlußverfahren														
a) durch Beschluß (§ 84 ArbGG)														
1965	243	0	4	5	19	15	110	15	0	10	26	26	10	3
1966	154	-89	8	2	10	13	49	18	0	7	18	22	4	3
1967	137	-17	5	8	8	6	59	13	0	7	15	12	1	3
1968	976	839	4	8	24	17	860	17	0	10	16	10	5	5
1969	281	-695	4	10	14	12	175	14	0	8	14	24	2	4
1970	102	-179	5	6	10	3	32	8	0	8	11	10	6	3
1971	142	40	4	3	19	1	50	14	0	8	22	17	2	2
1972	1 207	1 065	62	21	109	38	422	124	0	41	130	206	26	28
1973	1 536	329	62	88	140	69	497	135	0	83	189	167	36	70
1974	1 720	184	62	99	165	27	563	186	0	75	182	194	98	69
1975	1 923	203	94	105	213	42	606	140	0	116	231	225	62	89
1976	1 670	-253	92	107	172	29	556	139	0	91	211	179	12	82
1977	2 250	580	58	75	557	43	748	185	0	54	226	169	22	113
1978	1 708	-542	65	116	147	48	565	225	0	74	148	207	15	98
1979	1 334	-374	63	77	124	26	435	148	0	97	167	104	13	80
1980	1 514	180	55	84	172	38	545	158	0	54	176	146	7	79
1981	1 723	209	83	98	184	64	505	217	0	95	210	129	16	122
1982	1 943	220	84	144	221	97	559	280	0	94	169	119	15	161
1983	2 259	316	95	222	181	82	604	439	0	99	232	132	11	162
1984	2 131	-128	135	123	215	65	684	270	0	102	237	138	20	142
b) durch Vergleich oder Erledigungserklärung (§ 83a Abs. 1 ArbGG)														
1965	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1966	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1967	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1968	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1969	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1970	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1971	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1972	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1973	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1974	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1975	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1976	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1977	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1978	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1979	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1980	778	778	25	7	100	30	247	121	0	35	77	103	9	24
1981	1 913	1 135	22	23	104	13	1 209	207	0	47	127	112	22	27
1982	1 088	-825	50	21	112	89	346	94	0	38	148	137	7	46
1983	1 146	58	57	34	104	71	313	224	0	51	143	91	14	44
1984	1 462	316	116	83	122	69	347	373	0	55	137	99	23	38

noch Tabelle 20

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
c) auf andere Weise														
1965	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1966	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1967	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1968	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1969	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1970	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1971	175	175	7	5	8	1	52	24	0	13	25	27	5	8
1972	1 027	852	32	31	70	20	387	128	0	58	94	147	16	44
1973	1 510	483	37	81	143	11	354	288	0	57	143	257	26	113
1974	1 688	178	45	61	150	19	569	124	0	60	233	240	31	156
1975	2 293	605	100	92	205	5	762	214	0	114	369	260	38	134
1976	2 892	599	80	93	207	77	1 364	266	0	77	368	192	62	106
1977	2 508	- 384	91	143	217	97	875	284	0	190	294	118	26	173
1978	3 034	526	74	200	231	51	1 225	323	0	95	359	284	41	151
1979	2 691	- 343	59	141	254	157	898	270	0	98	404	232	30	148
1980	1 392	-1 299	29	98	143	61	431	144	0	59	200	100	14	113
1981	1 940	548	49	152	183	50	620	225	0	75	279	166	19	122
1982	2 007	67	42	192	197	61	549	364	0	71	189	206	14	122
1983	2 283	276	45	256	213	24	786	217	0	71	293	204	10	164
1984	2 360	77	71	246	282	27	650	282	0	55	344	203	20	180

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 21

**Erledigte Verfahren nach Art der Erledigung bei den Landesarbeitsgerichten
1965 bis 1984**

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Berufungen														
a) durch streitiges Urteil														
1965	2 807	0	102	238	377	44	908	292	0	94	215	364	22	151
1966	2 658	- 149	134	191	316	34	918	229	0	71	275	279	26	185
1967	2 843	185	106	103	383	44	987	190	0	102	295	384	30	219
1968	2 884	41	141	165	360	38	991	240	0	114	305	337	20	173
1969	2 757	- 127	135	127	346	32	782	302	0	106	322	389	29	187
1970	2 594	- 163	114	94	334	80	851	173	0	127	322	288	30	181
1971	3 079	485	127	136	404	70	986	280	0	130	317	356	38	235
1972	3 017	-62	156	100	342	72	946	325	0	175	360	307	26	208
1973	3 161	144	147	114	350	88	1 032	327	0	133	371	340	33	226
1974	3 591	430	163	171	351	73	1 264	341	0	218	339	346	39	286
1975	4 401	810	272	147	387	113	1 310	451	0	304	572	435	34	376
1976	4 977	576	299	158	385	116	1 540	460	0	296	691	531	47	454
1977	5 307	330	319	183	554	116	1 662	487	0	320	642	498	50	476
1978	5 608	301	246	173	652	114	1 690	464	0	357	788	519	53	552
1979	5 624	16	229	178	697	113	1 698	536	0	288	664	512	64	645
1980	5 060	- 564	234	173	514	118	1 591	557	0	306	572	433	47	515
1981	5 302	242	296	202	523	106	1 597	514	0	344	621	481	93	525
1982	6 147	845	289	244	605	192	2 032	519	0	461	710	458	66	571
1983	6 751	604	338	318	671	137	2 139	638	0	433	896	506	49	626
1984	6 684	-67	346	324	694	149	1 954	598	0	463	960	554	31	611
b) durch sonstiges Urteil														
1965	114	0	5	10	8	0	41	14	0	11	3	18	2	2
1966	144	30	3	10	9	1	72	13	0	5	10	10	4	7
1967	151	7	4	6	11	2	55	15	0	21	12	16	4	5
1968	131	-20	1	11	10	7	44	17	0	8	14	16	1	2
1969	155	24	4	6	27	2	61	13	0	8	17	13	2	2
1970	130	-25	5	5	12	1	46	20	0	13	15	6	3	4
1971	174	44	10	6	18	1	65	17	0	16	23	8	1	9
1972	180	6	5	7	24	1	68	22	0	19	17	5	2	10
1973	188	8	8	3	22	6	59	18	0	24	18	14	2	14
1974	212	24	8	10	40	4	71	22	0	14	19	12	3	9
1975	232	20	5	8	41	2	74	35	0	19	14	21	1	12
1976	234	2	5	2	31	3	69	34	0	21	25	25	4	15
1977	242	8	6	5	49	2	70	29	0	17	22	17	3	22
1978	192	-50	1	3	34	2	49	28	0	12	23	23	6	11
1979	298	106	10	6	31	2	50	127	0	24	10	13	3	22
1980	153	- 145	4	8	19	1	46	19	0	7	14	12	2	21
1981	168	15	6	11	27	6	51	14	0	10	10	13	7	13
1982	157	-11	3	2	16	6	47	24	0	15	9	15	0	20
1983	171	14	8	6	23	10	44	23	0	14	16	13	2	12
1984	195	24	12	2	30	6	52	30	0	9	20	21	0	13

noch Tabelle 21

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
c) durch Vergleich														
1965	1 620	0	94	114	100	23	555	178	0	78	178	159	52	89
1966	1 772	152	87	110	152	41	675	154	0	64	150	183	55	101
1967	2 005	233	92	183	191	48	684	170	0	52	240	219	40	86
1968	2 101	96	97	194	148	27	770	218	0	102	228	160	49	108
1969	1 979	- 122	89	163	136	29	644	201	0	137	207	216	40	117
1970	2 042	63	121	130	142	44	745	162	0	112	235	154	68	129
1971	2 182	140	108	198	123	41	784	197	0	93	277	180	67	114
1972	2 391	209	151	215	134	29	871	154	0	113	283	189	63	189
1973	2 392	1	120	220	151	33	856	175	0	103	258	244	62	170
1974	2 801	409	111	322	198	41	973	160	0	139	332	295	89	141
1975	3 658	857	196	337	283	66	1 278	257	0	156	408	453	67	157
1976	4 477	819	177	386	346	62	1 517	287	0	287	487	605	95	228
1977	4 768	291	169	350	510	60	1 575	357	0	285	609	499	74	280
1978	4 672	-96	169	302	619	52	1 573	306	0	293	510	388	126	334
1979	4 387	- 285	98	299	659	94	1 375	364	0	276	388	421	106	307
1980	3 972	- 415	99	266	587	48	1 164	439	0	319	397	344	79	230
1981	4 363	391	104	266	473	80	1 220	391	0	301	389	823	104	212
1982	4 731	368	135	282	543	271	1 474	422	0	332	491	446	63	272
1983	5 829	1 098	216	358	720	127	1 799	481	0	434	617	602	69	406
1984	6 008	179	202	385	759	109	1 899	486	0	417	639	656	64	392
d) durch Beschluß (§ 519b ZPO)														
1965	559	0	17	18	45	8	221	71	0	36	28	95	5	15
1966	591	32	9	18	37	3	246	75	0	20	55	99	11	18
1967	708	117	6	45	47	5	305	98	0	18	42	101	7	34
1968	720	12	22	37	70	5	302	83	0	32	38	105	10	16
1969	639	-81	18	37	32	7	242	74	0	39	61	96	8	25
1970	653	14	18	57	34	7	264	52	0	38	50	94	8	31
1971	696	43	33	47	59	5	256	52	0	38	60	100	10	36
1972	808	112	29	36	67	7	307	95	0	31	79	110	14	33
1973	780	-28	31	32	41	17	320	104	0	40	70	77	15	33
1974	1 084	304	51	35	52	12	371	129	0	65	90	224	16	39
1975	1 341	257	64	15	75	15	526	154	0	87	107	217	23	58
1976	1 188	- 153	62	19	85	14	384	145	0	89	88	197	37	68
1977	1 092	-96	61	30	116	14	380	105	0	56	84	152	21	73
1978	908	- 184	46	24	120	6	294	100	0	45	80	121	19	53
1979	736	- 172	34	20	69	13	250	78	0	45	40	120	14	53
1980	648	-88	27	19	100	4	205	82	0	46	39	76	6	44
1981	750	102	52	8	90	15	258	67	0	65	68	72	16	39
1982	871	121	56	11	84	14	333	89	0	56	64	113	12	39
1983	935	64	64	9	103	12	374	104	0	74	57	95	11	32
1984	936	1	52	27	88	15	334	93	0	69	108	108	7	35

noch Tabelle 21

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
e) auf andere Weise														
1965	1 305	0	69	83	145	29	399	171	0	66	119	101	51	72
1966	1 336	31	39	59	175	17	474	175	0	68	100	112	39	78
1967	1 475	139	64	109	173	32	451	161	0	63	140	163	29	90
1968	1 448	-27	69	134	120	16	470	150	0	82	126	176	15	90
1969	1 519	71	68	125	163	44	459	182	0	97	126	138	23	94
1970	1 589	70	92	116	166	24	491	165	0	95	135	158	37	110
1971	1 872	283	82	90	167	27	643	156	0	102	229	203	36	137
1972	1 866	-6	107	139	195	20	550	191	0	125	167	187	29	156
1973	2 091	225	102	188	201	30	570	225	0	118	230	266	9	152
1974	2 415	324	99	178	283	36	723	225	0	157	241	284	20	169
1975	3 250	835	109	193	410	38	1 044	334	0	215	280	431	23	173
1976	3 743	493	142	233	540	112	1 106	320	0	264	292	433	47	254
1977	3 751	8	144	220	523	52	1 064	295	0	230	386	538	28	271
1978	3 558	-193	83	213	579	49	1 161	291	0	184	335	371	30	262
1979	3 335	-223	97	235	442	43	960	350	0	167	225	494	31	291
1980	3 155	-180	83	203	424	36	773	329	0	184	245	617	33	228
1981	3 391	236	106	246	603	67	876	405	0	167	250	364	43	264
1982	3 604	213	133	237	493	59	1 013	358	0	207	340	441	17	306
1983	4 415	811	142	402	647	65	1 141	418	0	297	442	456	20	385
1984	4 474	59	144	269	661	118	1 247	396	0	271	469	537	33	329

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 22

**Erledigte Verfahren nach Art der Erledigung bei den Landesarbeitsgerichten
1965 bis 1984**

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Erledigte Beschwerdeverfahren in Beschlusssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2, 99 Satz 2 ArbGG														
a) durch Beschluß (§ 91 ArbGG)														
1965	63	0	0	2	3	1	40	3	0	2	4	3	1	4
1966	37	-26	4	3	3	0	9	5	0	3	4	5	0	1
1967	30	-7	1	0	3	0	15	3	0	2	2	2	0	2
1968	41	11	0	1	6	0	15	3	0	4	6	5	1	0
1969	276	235	0	2	4	0	257	2	0	2	2	6	1	0
1970	32	- 244	0	0	3	0	11	4	0	7	5	1	0	1
1971	26	-6	0	2	4	0	10	1	0	1	5	3	0	0
1972	112	86	7	3	8	5	41	15	0	9	7	11	1	5
1973	337	225	16	19	29	12	105	57	0	16	38	22	7	16
1974	506	169	29	19	58	26	159	44	0	22	86	25	13	25
1975	489	-17	47	30	28	7	167	28	0	24	74	39	13	32
1976	592	103	25	45	46	4	238	63	0	24	91	34	1	21
1977	552	-40	22	47	56	8	167	68	0	26	79	42	2	35
1978	607	55	27	45	59	15	184	66	0	24	77	43	5	62
1979	461	- 146	13	31	41	13	178	81	0	14	37	22	4	27
1980	356	- 105	19	20	27	6	123	49	0	12	43	20	1	36
1981	410	54	14	32	35	33	124	50	0	24	42	30	2	24
1982	435	25	18	21	46	17	136	66	0	14	54	27	2	34
1983	544	109	36	52	47	30	153	66	0	13	63	29	1	54
1984	540	-4	30	45	42	6	189	59	0	17	61	38	1	52
b) auf andere Weise														
1965	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1966	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1967	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1968	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1969	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1970	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1971	12	12	0	0	1	0	9	1	0	0	1	0	0	0
1972	186	174	3	2	10	5	125	6	0	3	11	9	4	8
1973	231	45	11	9	15	11	67	44	0	9	15	43	0	7
1974	278	47	8	15	13	11	95	23	0	13	37	33	18	12
1975	380	102	15	12	31	6	158	25	0	11	43	46	16	17
1976	275	- 105	10	14	27	9	76	20	0	7	31	45	27	9
1977	370	95	6	7	69	6	101	57	0	26	47	26	9	16
1978	268	- 102	5	3	38	9	85	16	0	8	23	52	9	20
1979	341	73	13	8	24	2	109	31	0	10	25	105	0	14
1980	290	-51	8	18	32	2	88	38	0	20	35	31	1	17
1981	371	81	13	31	46	15	116	36	0	17	31	39	4	23
1982	449	78	17	66	59	17	116	57	0	26	39	29	5	18
1983	468	19	19	44	51	27	131	56	0	22	41	29	2	46
1984	749	281	36	124	72	105	157	80	0	28	60	41	5	41

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden

²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr

³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg

⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 23

**Erledigte Revisionen des Bundesarbeitsgerichts nach Art der Erledigung
1965 bis 1984**

Jahr	Erledigte Revisionen															
	insgesamt		davon (insgesamt) durch:													
			streitiges Urteil		sonstiges Urteil		Beschuß nach § 91 a ZPO		sonstiger Beschuß		Vergleich		Rücknahme		auf sonstige Art	
	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr
1965	499	+ 9	237	+ 11	—	— 2	130	— 4	.	.	46	+ 24	78	— 14	8	— 6
1966	543	+ 44	230	— 7	—	—	125	— 5	.	.	109	+ 63	75	— 3	4	— 4
1967	459	— 84	226	— 4	2	+ 2	84	— 41	.	.	48	— 61	92	+ 17	7	+ 3
1968	520	+ 61	236	+ 10	3	+ 1	90	+ 25	43	+ 24	31	+ 17	113	+ 21	4	— 3
1969	552	+ 32	262	+ 26	2	— 1	86	— 4	47	+ 4	40	+ 9	110	— 3	5	+ 1
1970	489	— 63	250	— 12	2	—	66	— 20	40	— 7	45	+ 5	82	— 28	4	— 1
1971	478	— 11	232	— 18	3	+ 1	54	— 12	35	— 5	42	— 3	108	+ 26	4	—
1972	567	+ 89	261	— 29	4	+ 1	87	+ 33	45	+ 10	54	+ 12	111	+ 3	5	+ 1
1973	542	— 25	255	— 6	1	— 3	74	— 13	34	— 11	59	+ 5	111	—	8	+ 3
1974	551	+ 9	265	+ 10	3	+ 2	53	— 21	22	— 12	65	+ 6	133	+ 22	10	+ 2
1975	640	+ 89	287	+ 22	—	— 3	84	+ 31	32	+ 10	66	+ 1	159	+ 26	12	+ 2
1976	732	+ 92	311	+ 24	1	+ 1	75	— 9	52	+ 20	86	+ 20	193	+ 34	14	+ 2
1977	749	+ 17	326	+ 15	2	+ 1	88	+ 13	45	+ 7	93	+ 7	187	— 6	8	— 6
1978	844	+ 95	360	+ 34	3	+ 1	93	+ 5	62	+ 17	119	+ 26	200	+ 13	7	— 1
1979	987	+ 143	413	+ 53	2	— 1	87	— 6	50	— 12	140	+ 21	281	+ 81	14	+ 7
1980	740	— 247	445	+ 32	6	+ 4	28 ¹⁾	— 109 ¹⁾	.	.	125	— 15	125	— 156	11	— 3
1981	804	+ 64	396	— 49	7	+ 1	41	+ 13	.	.	220	+ 95	120	— 5	20	+ 9
1982	724	— 80	456	+ 60	7	—	22	— 19	13	+ 13	97	— 123	111	— 9	18	— 2
1983	810	+ 86	563	+ 107	2	— 5	29	+ 7	14	+ 1	71	— 26	97	— 14	34	+ 16
1984	730	— 80	507	— 56	2	—	7	— 22	24	+ 10	59	— 12	117	+ 20	14	— 20

¹⁾ Einschließlich sonstiger Beschuß

**Erledigte Rechtsbeschwerden des Bundesarbeitsgerichts
nach Art der Erledigung
1965 bis 1984**

Jahr	Erledigte Rechtsbeschwerden							
	insgesamt		davon (insgesamt) durch:					
			mündliche Verhandlung		ohne mündliche Verhandlung		Einstellung des Verfahrens gemäß § 94 Ziffer 3 ArbGG oder auf sonstige Art	
	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr
1965	19	+ 5	12	+ 6	2	— 5	5	+ 4
1966	9	— 10	7	— 5	2	—	—	— 5
1967	10	+ 1	8	+ 1	—	— 2	2	+ 2
1968	16	+ 6	11	+ 3	4	+ 4	1	— 1
1969	23	+ 7	15	+ 4	6	+ 2	2	+ 1
1970	27	+ 4	9	— 6	3	— 3	15	+ 13
1971	8	— 19	5	— 4	1	— 2	2	— 13
1972	17	+ 9	9	+ 4	5	+ 4	3	+ 1
1973	43	+ 26	20	+ 11	20	+ 15	3	—
1974	114	+ 71	59	+ 39	52	+ 32	3	—
1975	103	— 11	34	— 25	56	+ 4	13	+ 10
1976	95	— 8	21	— 13	51	— 5	23	+ 10
1977	94	— 1	34	+ 13	26	— 25	34	+ 11
1978	115	+ 21	49	+ 15	31	+ 5	35	+ 1
1979	103	— 12	27	— 22	31	—	45	+ 10
1980	48	— 55	22	— 5	7	— 24	19	— 26
1981	79	+ 31	54	+ 32	2	— 5	23	+ 4
1982	88	+ 9	33	— 21	8	+ 6	47	+ 24
1983	83	— 5	36	+ 3	8	—	39	— 8
1984	77	— 6	37	+ 1	3	— 5	37	— 2

Tabelle 25

**Erledigte Nichtzulassungsbeschwerden des Bundesarbeitsgerichts
nach Art der Erledigung
1965 bis 1984**

Jahr	Erledigte Nichtzulassungsbeschwerden											
	insgesamt		davon (insgesamt) durch:									
			stattgebenden Beschuß		Zurückweisung		Verwerfung		Rücknahme		auf sonstige Art	
	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr
1965	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1966	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1967	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1968	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1969	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1970	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1971	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1972	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1973	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1974	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1975	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1976	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1977	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1978	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1979	59	.	—	.	—	.	39	.	20	.	—	.
1980	488	+ 429	19	+ 19	36	+ 36	317	+ 278	105	+ 85	11	+ 11
1981	564	+ 76	28	+ 9	40	+ 4	362	+ 45	125	+ 20	9	— 2
1982	602	+ 38	36	+ 8	42	+ 2	347	— 15	173	+ 48	4	— 5
1983	668	+ 66	26	— 10	43	+ 1	433	+ 86	160	— 13	6	+ 2
1984	728	+ 60	47	+ 21	55	+ 12	442	+ 9	169	+ 9	15	+ 9

Tabelle 26

**Erledigte Revisionsbeschwerden des Bundesarbeitsgerichts
nach Art der Erledigung
1965 bis 1984**

Jahr	Erledigte Revisionsbeschwerden ¹⁾											
	insgesamt		davon (insgesamt) durch:									
			stattgebenden Beschuß		Zurückweisung		Verwerfung		Rücknahme		auf sonstige Art	
	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr
1965	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1966	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1967	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1968	23	.	2	.	5	.	10	.	5	.	1	.
1969	16	- 7	2	—	5	—	6	- 4	3	- 2	—	- 1
1970	13	- 3	—	- 2	—	- 5	7	+ 1	6	+ 3	—	—
1971	27	+ 14	1	+ 1	3	+ 3	14	+ 7	9	+ 3	—	—
1972	20	- 7	1	—	4	+ 1	8	- 6	7	- 2	—	—
1973	26	+ 6	4	+ 3	2	- 2	9	+ 1	11	+ 4	—	—
1974	40	+ 14	5	+ 1	13	+ 11	12	+ 3	10	- 1	—	—
1975	50	+ 10	3	- 2	8	- 5	14	+ 2	25	+ 15	—	—
1976	35	- 15	2	- 1	3	- 5	16	+ 2	11	- 14	3	+ 3
1977	39	+ 4	2	—	9	+ 6	13	- 3	15	+ 4	—	- 3
1978	32	- 7	1	- 1	3	- 6	20	+ 7	6	- 9	2	+ 2
1979	31	- 1	2	+ 1	4	+ 1	18	- 2	5	- 1	2	—
1980	9	- 22	—	- 2	2	- 2	6	- 12	1	- 4	—	- 2
1981	14	+ 5	3	+ 3	3	+ 1	4	- 2	2	+ 1	2	+ 2
1982	16	+ 2	3	—	8	+ 5	2	- 2	3	+ 1	—	- 2
1983	19	+ 3	2	- 1	7	- 1	7	+ 5	2	- 1	1	+ 1
1984	100	+ 81	1	- 1	6	- 1	92	+ 85	1	- 1	—	- 1

Jahr	Erledigte Revisionsbeschwerden ²⁾							
	insgesamt		davon (insgesamt) durch:					
			Verwerfungsbeschuß		Rücknahme		auf sonstige Art	
	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr	absolut	Veränderung gegen Vorjahr
1965	.	.	.	.	.	.	.	.
1966	.	.	.	.	.	.	.	.
1967	.	.	.	.	.	.	.	.
1968	19	.	14	.	5	.	—	.
1969	13	- 6	11	- 3	2	- 3	—	—
1970	18	+ 5	15	+ 4	3	+ 1	—	—
1971	17	- 1	10	- 5	7	+ 4	—	—
1972	18	+ 1	7	- 3	11	+ 4	—	—
1973	21	+ 3	15	+ 8	6	- 5	—	—
1974	16	- 5	11	- 4	5	- 1	—	—
1975	15	- 1	7	- 4	8	+ 3	—	—
1976	18	+ 3	10	+ 3	7	- 1	1	+ 1
1977	19	+ 1	14	+ 4	5	- 2	—	- 1
1978	25	+ 6	18	+ 4	5	—	2	+ 2
1979	22	- 3	15	- 3	4	- 1	3	+ 1
1980	9	- 13	7	- 8	2	- 2	—	- 3
1981	5	- 4	5	- 2	—	- 2	—	—
1982	10	+ 5	9	+ 4	1	+ 1	—	—
1983	9	- 1	9	—	—	- 1	—	—
1984	21	+ 12	19	+ 10	2	+ 2	—	—

1) Verfahren gemäß § 77 ArbGG

2) Verfahren gem. §§ 70, 78 Abs. 2 ArbGG

Tabelle 27

Erledigte Urteilsverfahren der Arbeitsgerichte nach Art des Streitgegenstandes⁴⁾
1965 bis 1984

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Urteilsverfahren														
Arbeitsentgelt														
1965	96 577	-2 343	2 556	3 535	5 589	1 753	19 189	37 970	0	3 732	8 477	7 955	1 891	3 930
1966	110 756	14 179	2 794	3 306	6 469	1 789	19 786	48 655	0	4 203	8 824	8 863	2 069	3 998
1967	116 508	5 752	3 297	4 080	6 527	1 871	22 804	46 980	0	4 152	9 223	11 079	2 479	4 016
1968	110 234	-6 274	3 317	4 096	6 649	1 233	22 683	43 934	0	3 663	8 640	10 122	1 948	3 949
1969	102 077	-8 157	3 051	4 153	6 534	1 457	21 177	37 029	0	3 747	8 013	10 759	1 675	4 482
1970	111 408	9 331	3 411	4 172	6 423	1 602	24 123	41 227	32 930	3 769	9 042	10 638	1 773	5 228
1971	126 289	14 881	3 909	4 940	6 885	2 123	26 359	47 363	39 290	4 222	10 197	12 225	1 617	6 449
1972	131 116	4 827	3 761	5 467	7 635	1 987	29 113	44 771	36 674	4 728	11 128	13 592	1 698	7 236
1973	138 447	7 331	4 575	5 510	7 912	1 749	32 381	44 787	34 969	5 130	11 500	14 405	2 118	8 380
1974	151 899	13 452	4 257	5 566	8 964	1 870	34 348	48 874	36 344	6 106	14 229	17 868	2 413	7 404
1975	148 847	-3 052	4 692	4 920	8 903	1 704	33 913	47 704	37 318	6 484	13 847	17 738	2 207	6 735
1976	156 115	7 268	5 143	4 625	9 810	1 351	34 388	53 894	44 056	6 289	14 472	17 038	2 258	6 847
1977	151 798	-4 317	4 597	4 894	9 277	1 429	31 441	55 010	45 533	5 535	13 540	17 258	1 797	7 020
1978	149 733	-2 065	4 566	5 127	9 483	1 503	30 242	53 578	44 396	5 696	15 980	15 010	1 912	6 636
1979	139 712	-10 021	3 865	4 630	9 246	1 561	30 975	46 663	36 742	5 992	12 485	16 222	1 826	6 247
1980	142 853	3 141	4 346	4 230	9 638	1 486	29 343	47 263	37 901	6 126	14 587	17 813	1 643	6 378
1981	165 690	22 837	4 727	4 306	9 569	1 668	31 981	45 394	35 010	6 125	34 620	18 781	1 786	6 733
1982	149 344	-16 346	4 918	4 773	9 924	1 573	33 381	45 963	35 664	6 456	11 941	20 928	2 210	7 277
1983	151 562	2 218	4 141	4 932	9 221	1 452	33 300	49 957	39 510	6 349	12 283	21 229	1 865	6 833
1984	155 112	3 550	4 176	4 913	9 588	1 359	34 957	49 090	38 836	6 419	12 881	20 830	1 851	9 048
Arbeitszeit														
1965	900	-90	29	0	41	2	552	25	0	6	47	146	1	51
1966	821	-79	53	0	25	1	509	23	0	5	35	167	3	0
1967	743	-78	28	3	18	0	327	23	0	4	29	286	6	19
1968	564	-179	42	5	23	0	139	44	0	111	41	157	1	1
1969	531	-33	3	2	27	4	184	38	0	4	61	205	3	0
1970	484	-47	2	0	34	3	60	53	0	5	82	229	5	11
1971	409	-75	3	2	50	8	41	57	0	5	69	153	0	21
1972	451	42	5	1	33	3	31	5	0	4	87	252	4	26
1973	546	95	6	3	13	39	90	17	0	51	40	274	1	12
1974	382	-164	5	12	18	69	46	1	0	5	38	177	0	11
1975	369	-13	11	1	16	38	94	3	0	7	26	165	1	7
1976	439	70	10	2	33	31	138	13	0	37	21	143	0	11
1977	395	-44	13	2	13	16	113	10	0	16	21	159	8	24
1978	421	26	6	2	52	33	118	17	0	5	19	147	0	22
1979	360	-61	12	4	16	28	132	20	0	10	42	86	0	10
1980	394	34	21	4	29	20	112	11	0	22	55	100	1	19
1981	372	-22	6	4	39	31	87	16	0	31	46	98	0	14
1982	529	157	8	11	44	20	182	21	0	36	53	140	0	14
1983	619	90	22	14	22	31	209	16	0	85	53	129	1	37
1984	597	-22	11	13	73	23	223	29	0	52	55	103	0	15

noch Tabelle 27

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Urlaub, Urlaubsentgelt														
1965	13 540	- 113	561	1 094	1 148	425	3 577	1 052	0	538	2 078	1 620	198	1 249
1966	14 191	651	568	949	1 611	394	3 899	1 025	0	596	2 124	1 630	205	1 190
1967	15 221	1 030	626	1 148	1 216	425	4 288	1 129	0	515	2 035	2 398	251	1 190
1968	13 075	-2 146	591	810	1 021	306	3 247	1 171	0	954	1 809	1 825	154	1 187
1969	12 851	- 224	557	864	1 035	319	2 981	1 051	0	650	1 969	2 050	153	1 222
1970	12 618	- 233	620	883	964	273	2 995	1 484	0	449	1 717	1 722	263	1 248
1971	12 408	- 210	483	803	960	448	2 960	1 241	0	445	1 865	1 629	261	1 313
1972	13 106	698	636	630	1 210	339	2 989	1 525	0	410	1 988	1 825	258	1 296
1973	12 936	- 170	593	477	841	356	3 271	1 807	0	436	1 765	1 618	301	1 471
1974	13 801	865	597	440	856	330	3 575	1 698	0	408	1 963	2 354	314	1 266
1975	12 041	-1 760	552	370	851	337	3 162	1 560	0	375	1 694	1 708	293	1 139
1976	11 090	- 951	589	351	758	282	2 863	1 195	0	398	2 022	1 273	255	1 104
1977	11 083	- 7	550	341	681	263	3 135	1 108	0	340	1 750	1 569	228	1 118
1978	10 400	- 683	601	225	728	269	2 931	928	0	322	1 658	1 371	313	1 054
1979	10 645	245	348	320	829	254	3 238	885	0	326	1 583	1 543	284	1 035
1980	11 101	456	407	488	1 370	230	3 243	820	0	355	1 574	1 379	196	1 039
1981	11 380	279	392	362	917	275	3 672	886	0	410	1 610	1 551	248	1 057
1982	12 085	705	372	240	882	233	4 097	1 135	0	421	1 460	1 819	249	1 177
1983	11 372	- 713	466	175	856	234	3 631	958	0	376	1 514	1 992	201	969
1984	11 781	409	540	182	833	336	3 798	1 035	0	402	1 488	1 965	225	977
Kündigungen														
1965	36 217	-2 564	1 154	1 417	3 059	785	11 080	3 464	0	2 216	4 982	4 911	718	2 431
1966	40 504	4 287	1 360	1 435	3 698	868	12 654	3 929	0	2 228	5 503	5 191	1 001	2 637
1967	57 443	16 939	2 140	2 296	5 347	1 295	19 022	5 286	0	2 966	7 065	7 715	1 239	3 072
1968	41 287	-16 156	1 595	2 310	3 548	885	11 712	4 423	0	2 106	5 235	5 959	1 062	2 452
1969	37 290	-3 997	1 382	1 867	3 341	730	10 394	3 796	0	2 008	4 566	5 625	1 107	2 474
1970	44 718	7 428	1 528	1 880	3 821	964	13 214	4 904	0	2 373	6 165	6 031	960	2 878
1971	54 244	9 526	1 690	2 325	4 583	1 022	16 054	5 326	0	2 779	7 421	8 416	1 085	3 543
1972	61 541	7 297	2 019	2 998	5 368	1 068	19 049	6 265	0	3 436	7 779	8 580	1 166	3 813
1973	67 787	6 246	2 309	3 012	5 841	1 364	19 803	7 415	0	3 712	8 924	9 863	1 398	4 146
1974	99 329	31 542	3 354	3 640	7 792	1 761	31 077	11 836	0	5 048	14 562	12 964	1 960	5 335
1975	123 620	24 291	4 438	4 769	10 482	2 202	36 780	12 987	0	7 496	19 508	16 640	2 043	6 275
1976	116 876	-6 744	4 774	4 923	10 102	2 039	34 982	11 218	0	6 407	17 963	15 752	2 226	6 490
1977	119 098	2 222	4 634	5 397	10 495	2 362	37 365	11 160	0	6 597	16 295	15 960	2 227	6 606
1978	111 043	-8 055	4 374	5 048	9 928	2 055	35 266	10 537	0	5 960	15 198	14 417	2 096	6 164
1979	106 931	-4 112	3 867	5 254	9 473	2 036	34 421	9 949	0	5 543	13 932	14 761	1 797	5 898
1980	114 913	7 982	4 130	5 190	10 583	2 034	36 109	11 008	0	5 948	15 910	15 905	1 706	6 390
1981	145 972	31 059	5 542	6 579	13 718	2 577	45 554	14 444	0	7 581	21 098	19 274	1 989	7 616
1982	182 910	36 938	6 513	8 243	17 240	3 115	56 159	17 541	0	9 276	27 475	25 968	2 218	9 162
1983	179 483	-3 427	5 887	9 281	16 848	2 755	53 283	17 052	0	8 727	28 241	26 339	2 207	8 863
1984	163 580	-15 903	5 113	8 650	17 170	3 446	47 555	14 544	0	9 480	23 609	23 891	2 199	7 923

noch Tabelle 27

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	ins-gesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Herausgabe von Arbeitspapieren														
1965	12 686	- 358	541	495	1 065	281	3 268	1 597	0	713	2 286	1 750	383	307
1966	13 165	479	543	520	1 119	264	3 741	1 516	0	839	2 120	1 752	435	316
1967	14 390	1 225	664	711	1 242	333	4 093	1 728	0	822	1 971	2 061	441	324
1968	13 099	-1 291	585	659	1 168	255	3 415	1 805	0	668	1 899	1 937	402	306
1969	13 348	249	630	733	1 230	244	3 516	1 640	0	849	1 903	1 873	284	446
1970	14 550	1 202	884	704	1 261	277	4 084	1 712	0	919	2 085	1 881	255	488
1971	15 878	1 328	725	754	1 549	357	4 379	1 904	0	936	2 170	2 195	253	656
1972	16 370	492	692	622	1 510	356	4 779	1 968	0	973	2 287	2 319	246	618
1973	17 061	691	830	539	1 408	344	5 084	2 008	0	907	2 323	2 587	373	658
1974	16 568	- 493	778	512	1 471	359	4 810	2 196	0	1 040	2 064	2 453	316	569
1975	14 436	-2 132	695	444	1 321	295	4 429	1 662	0	779	1 810	2 305	221	475
1976	14 381	-55	638	416	1 335	273	4 283	1 604	0	987	1 738	2 429	187	491
1977	13 262	-1 119	597	448	1 244	223	3 999	1 467	0	878	1 537	2 213	182	474
1978	12 823	- 439	547	444	1 093	248	3 919	1 399	0	862	1 538	2 153	173	447
1979	13 209	386	515	387	1 068	245	3 948	1 352	0	944	1 492	2 581	203	474
1980	14 574	1 365	686	384	1 224	242	4 263	1 582	0	1 077	1 626	2 744	198	548
1981	15 360	786	644	356	1 241	255	4 531	1 673	0	1 043	1 734	3 131	219	533
1982	15 475	115	612	318	1 247	290	4 485	1 671	0	952	1 502	3 546	220	632
1983	14 393	-1 082	511	267	1 148	204	4 138	1 463	0	845	1 503	3 543	209	562
1984	14 829	436	497	270	1 044	223	4 445	1 541	0	931	1 453	3 584	170	671
Zeugniserteilung und -berichtigung														
1965	3 058	- 100	78	195	173	60	896	327	0	107	485	567	33	137
1966	2 766	- 292	68	145	123	45	888	313	0	95	495	426	33	135
1967	2 997	231	80	160	210	43	950	305	0	91	493	499	35	131
1968	2 765	- 232	90	171	197	36	829	364	0	61	455	357	33	172
1969	2 937	172	93	201	208	37	887	299	0	108	497	410	30	167
1970	2 854	-83	113	142	230	30	757	348	0	117	493	469	29	126
1971	3 011	157	94	187	200	104	808	384	0	98	525	449	20	142
1972	3 158	147	110	154	227	49	833	399	0	114	555	535	25	157
1973	3 553	395	126	143	254	72	987	407	0	112	580	632	31	209
1974	3 774	221	150	170	252	88	939	456	0	164	715	572	31	237
1975	4 239	465	149	164	313	81	1 159	536	0	176	729	654	37	241
1976	4 431	192	188	218	346	96	1 251	488	0	191	730	661	42	220
1977	4 980	549	209	205	397	100	1 430	551	0	199	875	719	54	241
1978	5 100	120	182	236	379	129	1 460	632	0	192	853	745	41	251
1979	4 979	- 121	158	167	419	84	1 485	576	0	187	798	808	70	227
1980	5 366	387	166	175	445	97	1 527	648	0	269	840	877	55	267
1981	5 924	558	195	213	497	98	1 754	694	0	300	918	907	71	277
1982	6 536	612	196	289	512	106	2 061	749	0	254	848	1 188	53	280
1983	6 853	317	191	294	544	101	2 269	762	0	305	895	1 137	79	276
1984	7 299	446	202	396	591	116	2 343	801	0	285	823	1 354	80	308

noch Tabelle 27

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Schadenersatz														
1965	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1966	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1967	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1968	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1969	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1970	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1971	6 522	6 522	225	157	478	295	1 972	716	0	221	1 289	548	160	461
1972	7 191	669	275	179	507	223	2 174	727	0	363	1 148	672	194	729
1973	7 289	98	360	223	546	348	2 035	650	0	381	981	960	162	643
1974	6 327	- 962	382	203	477	359	1 712	552	0	282	803	800	141	616
1975	5 820	- 507	364	194	436	217	1 479	519	0	286	742	954	104	525
1976	5 440	- 380	325	175	404	190	1 426	483	0	215	709	900	120	493
1977	5 078	- 362	318	146	404	190	1 505	389	0	242	700	601	97	486
1978	5 196	118	501	127	373	155	1 427	430	0	237	696	669	70	511
1979	5 314	118	287	176	445	162	1 471	476	0	254	782	654	60	547
1980	5 543	229	251	216	456	142	1 594	543	0	262	788	567	84	640
1981	5 794	251	197	168	376	131	1 675	646	0	275	793	780	100	653
1982	5 882	88	181	151	367	158	1 785	717	0	224	765	880	91	563
1983	5 157	- 725	130	108	331	123	1 738	444	0	188	650	873	67	505
1984	4 963	- 194	109	87	294	142	1 702	409	0	154	540	958	49	519
tarifliche Einstufungen														
1965	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1966	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1967	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1968	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1969	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1970	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1971	1 637	1 637	24	287	163	63	420	149	0	56	136	200	40	99
1972	1 481	- 156	80	200	144	39	262	110	0	102	124	328	30	62
1973	1 543	62	90	56	203	45	313	132	0	119	171	269	63	82
1974	1 427	- 116	92	46	184	70	302	139	0	137	176	104	89	88
1975	1 782	355	114	66	242	95	392	183	0	165	132	204	81	108
1976	1 828	46	129	45	276	39	506	154	0	152	138	227	73	89
1977	1 874	46	140	63	253	56	513	170	0	211	140	226	42	60
1978	1 838	- 36	105	55	288	57	435	144	0	151	181	238	86	98
1979	1 884	46	59	55	344	49	586	122	0	134	197	202	36	100
1980	3 604	1 720	118	76	279	54	2 170	148	0	187	217	183	52	120
1981	1 866	- 1 738	85	95	243	57	633	134	0	119	204	149	74	73
1982	2 422	556	95	100	317	139	762	171	0	122	281	261	62	112
1983	1 929	- 493	74	59	243	69	649	124	0	106	230	268	32	75
1984	1 805	- 124	154	66	250	68	541	105	0	115	247	173	34	52

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
sonstige Streitgegenstände														
1965	32 476	-1 144	869	1 394	3 163	1 070	9 705	2 738	0	1 456	3 393	3 441	509	4 738
1966	33 841	1 365	963	1 498	3 494	986	10 448	2 873	0	1 134	3 463	3 592	604	4 786
1967	36 197	2 356	1 174	1 591	3 514	1 292	10 546	3 025	0	1 036	3 392	5 295	589	4 743
1968	34 696	-1 501	1 494	1 327	3 311	822	9 565	3 289	0	1 207	3 566	4 861	600	4 674
1969	34 261	- 435	1 311	1 463	3 426	1 003	9 157	3 489	0	1 338	3 370	4 271	704	4 729
1970	35 779	1 518	1 337	1 403	2 909	1 016	10 420	2 903	0	1 307	4 327	3 892	934	5 331
1971	31 937	-3 842	992	1 380	2 797	816	8 986	2 702	0	1 084	3 427	3 703	774	5 276
1972	32 455	518	957	1 265	2 989	691	8 769	2 707	0	1 101	3 776	4 028	897	5 275
1973	36 188	3 733	1 095	1 216	2 984	987	10 527	3 020	0	1 330	3 813	4 782	863	5 571
1974	39 270	3 082	1 324	1 255	3 300	935	12 772	3 553	0	1 328	4 314	3 585	878	6 026
1975	41 802	2 532	1 243	1 224	3 757	1 030	12 739	3 637	0	1 487	4 587	5 415	794	5 889
1976	40 291	-1 511	1 313	1 274	3 669	1 004	11 997	3 483	0	1 690	4 192	4 840	784	6 045
1977	39 590	- 701	1 449	1 230	3 146	1 006	12 882	3 197	0	1 570	4 632	4 013	751	5 714
1978	40 880	1 290	1 254	1 091	3 949	1 054	13 033	3 277	0	1 211	4 887	4 847	918	5 359
1979	38 049	-2 831	1 102	601	3 299	1 004	13 860	2 973	0	1 092	4 500	3 827	770	5 021
1980	38 241	192	1 128	791	3 481	1 200	12 388	2 932	0	1 254	4 473	4 579	717	5 298
1981	46 911	8 670	1 388	1 317	3 919	1 092	16 840	2 692	0	1 668	7 468	4 483	633	5 411
1982	50 372	3 461	1 284	2 135	4 461	1 350	17 544	3 544	0	1 399	6 367	5 382	698	6 208
1983	53 709	3 337	1 183	2 279	5 075	1 458	18 056	3 220	0	1 747	7 168	5 948	733	6 842
1984	58 630	4 921	1 321	2 127	5 067	1 622	21 744	3 962	0	1 758	7 323	5 802	674	7 230
Klagen mit mehreren Streitgegenständen														
1965	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1966	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1967	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1968	19 418	19 418	1 524	1 548	2 250	577	0	1 966	0	1 102	3 616	4 019	804	2 012
1969	25 786	6 368	1 344	1 609	2 040	927	6 683	2 063	0	1 007	3 700	3 544	673	2 196
1970	29 374	3 588	1 455	1 634	2 111	911	8 458	2 620	0	983	4 787	3 209	790	2 416
1971	34 199	4 825	1 354	1 777	2 763	1 665	9 763	2 599	0	1 125	5 650	3 714	788	3 001
1972	36 266	2 067	1 361	1 496	3 427	918	10 131	2 903	0	1 413	6 294	4 083	939	3 301
1973	40 111	3 845	1 653	1 375	2 992	1 297	11 307	4 066	0	1 906	6 512	4 304	1 190	3 509
1974	46 554	6 443	1 832	1 459	3 511	1 421	13 365	5 549	0	1 903	7 380	5 061	1 485	3 588
1975	43 763	-2 791	2 161	1 243	3 654	1 212	12 306	4 350	0	1 986	7 270	5 455	1 097	3 029
1976	42 228	-1 535	2 444	1 484	3 862	1 031	13 102	3 038	0	2 038	6 596	4 529	1 079	3 025
1977	39 453	-2 775	2 224	1 635	3 270	933	13 014	2 981	0	1 719	5 944	3 638	838	3 257
1978	36 052	-3 401	1 516	1 526	3 081	988	12 082	2 656	0	1 377	5 650	3 236	931	3 009
1979	34 662	-1 390	1 196	1 381	3 070	848	11 588	2 573	0	1 235	5 611	3 521	791	2 848
1980	34 755	93	1 464	1 384	3 198	896	12 178	2 389	0	1 700	4 622	3 104	695	3 125
1981	42 679	7 924	1 486	1 742	3 546	1 078	15 363	2 852	0	2 146	5 907	4 160	838	3 561
1982	48 064	5 385	1 336	2 672	3 663	1 423	17 461	3 480	0	1 665	6 115	5 333	821	4 095
1983	45 214	-2 850	1 026	2 785	3 609	1 365	15 820	3 251	0	1 566	6 279	5 059	823	3 631
1984	45 522	308	1 094	2 637	3 340	1 533	16 760	3 235	0	1 667	5 663	5 097	759	3 737

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenkklagen vn IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 28

**Erledigte Urteilsverfahren der Arbeitsgerichte nach Art des Streitgegenstandes⁴⁾ (%-Anteile)
1965 bis 1984**

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Urteilsverfahren														
Arbeitsentgelt														
1965	57.64	0.00	55.03	58.58	45.37	49.48	45.96	85.86	0.00	48.39	49.65	47.93	67.75	36.15
1966	59.82	2.18	54.78	55.28	46.46	49.61	44.40	88.17	0.00	54.34	50.11	52.11	61.89	36.06
1967	56.33	-3.49	54.33	54.56	42.39	41.75	42.93	85.26	0.00	49.62	47.68	50.36	61.77	35.04
1968	59.95	3.62	58.11	54.94	49.37	41.64	51.39	84.12	0.00	48.67	50.45	52.00	61.07	37.23
1969	59.26	-0.69	56.93	57.42	48.59	50.82	52.21	82.91	0.00	49.79	50.38	52.54	54.00	40.31
1970	59.55	0.29	56.41	58.03	48.35	49.23	52.46	83.72	100.00	48.32	50.24	52.18	55.01	41.27
1971	59.48	-0.07	60.85	58.16	46.98	59.45	51.46	83.52	100.00	49.08	50.30	50.08	51.11	43.59
1972	58.55	-0.93	54.94	56.38	47.91	51.79	51.37	81.57	100.00	49.03	51.85	52.54	51.67	45.85
1973	58.57	0.01	58.29	57.69	47.08	43.65	52.78	80.30	100.00	51.05	50.49	53.22	57.10	48.00
1974	54.36	-4.21	49.12	54.89	45.86	42.31	46.25	77.57	100.00	49.29	46.62	51.66	57.58	41.84
1975	49.00	-5.36	47.41	46.18	39.87	35.60	42.28	74.74	100.00	42.76	39.15	45.39	50.33	37.24
1976	51.53	2.53	49.10	44.94	43.34	31.61	44.56	78.20	100.00	44.21	42.76	44.76	48.51	37.22
1977	50.25	-1.29	44.71	45.30	41.71	30.33	40.41	79.06	100.00	40.18	42.34	44.88	41.58	38.67
1978	50.53	0.29	43.29	48.48	41.95	33.29	40.25	78.92	100.00	43.08	46.70	41.88	42.44	38.45
1979	49.74	-0.79	42.86	46.09	42.41	34.12	40.61	77.45	100.00	45.98	43.17	44.61	45.02	37.76
1980	48.13	-1.61	44.40	42.55	40.03	32.24	38.10	75.95	100.00	44.59	43.09	44.08	43.49	36.68
1981	47.33	-0.79	40.44	37.68	35.73	32.67	35.76	71.71	100.00	39.93	56.83	43.34	43.29	36.17
1982	40.47	-6.86	38.68	35.91	31.91	28.29	33.52	68.37	100.00	37.24	27.53	39.60	46.51	34.34
1983	40.76	0.29	36.29	34.29	30.40	28.68	34.02	71.10	100.00	37.31	27.33	38.66	42.44	32.24
1984	42.40	1.64	38.52	35.50	30.27	23.42	35.86	72.47	100.00	35.98	31.10	40.08	42.80	39.54
Arbeitszeit														
1965	0.54	0.00	0.62	0.00	0.33	0.06	1.32	0.06	0.00	0.08	0.28	0.88	0.04	0.47
1966	0.44	-0.09	1.04	0.00	0.18	0.03	1.14	0.04	0.00	0.06	0.20	0.98	0.09	0.00
1967	0.36	-0.08	0.46	0.04	0.12	0.00	0.62	0.04	0.00	0.05	0.15	1.30	0.15	0.17
1968	0.31	-0.05	0.74	0.07	0.17	0.00	0.31	0.08	0.00	1.47	0.24	0.81	0.03	0.01
1969	0.31	0.00	0.06	0.03	0.20	0.14	0.45	0.09	0.00	0.05	0.38	1.00	0.10	0.00
1970	0.26	-0.05	0.03	0.00	0.26	0.09	0.13	0.11	0.00	0.06	0.46	1.12	0.16	0.09
1971	0.19	-0.07	0.05	0.02	0.34	0.22	0.08	0.10	0.00	0.06	0.34	0.63	0.00	0.14
1972	0.20	0.01	0.07	0.01	0.21	0.08	0.05	0.01	0.00	0.04	0.41	0.97	0.12	0.16
1973	0.23	0.03	0.08	0.03	0.08	0.97	0.15	0.03	0.00	0.51	0.18	1.01	0.03	0.07
1974	0.14	-0.09	0.06	0.12	0.09	1.56	0.06	0.00	0.00	0.04	0.12	0.51	0.00	0.06
1975	0.12	-0.02	0.11	0.01	0.07	0.79	0.12	0.00	0.00	0.05	0.07	0.42	0.02	0.04
1976	0.14	0.02	0.10	0.02	0.15	0.73	0.18	0.02	0.00	0.26	0.06	0.38	0.00	0.06
1977	0.13	-0.01	0.13	0.02	0.06	0.34	0.15	0.01	0.00	0.12	0.07	0.41	0.19	0.13
1978	0.14	0.01	0.06	0.02	0.23	0.73	0.16	0.03	0.00	0.04	0.06	0.41	0.00	0.13
1979	0.13	-0.01	0.13	0.04	0.07	0.61	0.17	0.03	0.00	0.08	0.15	0.24	0.00	0.06
1980	0.13	0.00	0.21	0.04	0.12	0.43	0.15	0.02	0.00	0.16	0.16	0.25	0.03	0.11
1981	0.11	-0.03	0.05	0.04	0.15	0.61	0.10	0.03	0.00	0.20	0.08	0.23	0.00	0.08
1982	0.14	0.04	0.06	0.08	0.14	0.36	0.18	0.03	0.00	0.21	0.12	0.26	0.00	0.07
1983	0.17	0.02	0.19	0.10	0.07	0.61	0.21	0.02	0.00	0.50	0.12	0.23	0.02	0.17
1984	0.16	-0.00	0.10	0.09	0.23	0.40	0.23	0.04	0.00	0.29	0.13	0.20	0.00	0.07

noch Tabelle 28

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Urlaub, Urlaubsentgelt														
1965	8.08	0.00	12.08	18.13	9.32	12.00	8.57	2.38	0.00	6.98	12.17	9.76	7.09	11.49
1966	7.66	-0.42	11.14	15.87	11.57	10.93	8.75	1.86	0.00	7.71	12.06	9.58	6.13	10.73
1967	7.36	-0.31	10.31	15.35	7.90	9.48	8.07	2.05	0.00	6.15	10.52	10.90	6.25	10.38
1968	7.11	-0.25	10.35	10.87	7.58	10.33	7.36	2.24	0.00	12.68	10.56	9.38	4.83	11.19
1969	7.46	0.35	10.39	11.95	7.70	11.13	7.35	2.35	0.00	8.64	12.38	10.01	4.93	10.99
1970	6.74	-0.72	10.25	12.28	7.26	8.39	6.51	3.01	0.00	5.76	9.54	8.45	8.16	9.85
1971	5.84	-0.90	7.52	9.45	6.55	12.55	5.78	2.19	0.00	5.17	9.20	6.67	8.25	8.87
1972	5.85	0.01	9.29	6.50	7.59	8.84	5.27	2.78	0.00	4.25	9.26	7.05	7.85	8.21
1973	5.47	-0.38	7.56	4.99	5.00	8.88	5.33	3.24	0.00	4.34	7.75	5.98	8.12	8.43
1974	4.94	-0.53	6.89	4.34	4.38	7.47	4.81	2.69	0.00	3.29	6.43	6.81	7.49	7.15
1975	3.96	-0.98	5.58	3.47	3.81	7.04	3.94	2.44	0.00	2.47	4.79	4.37	6.68	6.30
1976	3.66	-0.30	5.62	3.41	3.35	6.60	3.71	1.73	0.00	2.80	5.97	3.34	5.48	6.00
1977	3.67	0.01	5.35	3.16	3.06	5.58	4.03	1.59	0.00	2.47	5.47	4.08	5.28	6.16
1978	3.51	-0.16	5.70	2.13	3.22	5.96	3.90	1.37	0.00	2.44	4.85	3.83	6.95	6.11
1979	3.79	0.28	3.86	3.19	3.80	5.55	4.25	1.47	0.00	2.50	5.47	4.24	7.00	6.26
1980	3.74	-0.05	4.16	4.91	5.69	4.99	4.21	1.32	0.00	2.58	4.65	3.41	5.19	5.97
1981	3.25	-0.49	3.35	3.17	3.42	5.39	4.11	1.40	0.00	2.67	2.64	3.58	6.01	5.68
1982	3.28	0.02	2.93	1.81	2.84	4.19	4.11	1.69	0.00	2.43	3.37	3.44	5.24	5.55
1983	3.06	-0.22	4.08	1.22	2.82	4.62	3.71	1.36	0.00	2.21	3.37	3.63	4.57	4.57
1984	3.22	0.16	4.98	1.32	2.63	5.79	3.90	1.53	0.00	2.25	3.59	3.78	5.20	4.27
Kündigungen														
1965	21.62	0.00	24.84	23.48	24.83	22.16	26.54	7.83	0.00	28.73	29.18	29.59	25.73	22.36
1966	21.88	0.26	26.67	24.00	26.56	24.07	28.39	7.12	0.00	28.81	31.25	30.52	29.94	23.78
1967	27.77	5.89	35.26	30.70	34.72	28.90	35.81	9.59	0.00	35.44	36.52	35.07	30.87	26.81
1968	22.45	-5.32	27.94	30.99	26.34	29.89	26.53	8.47	0.00	27.98	30.57	30.61	33.29	23.12
1969	21.65	-0.81	25.79	25.81	24.85	25.46	25.62	8.50	0.00	26.68	28.71	27.47	35.69	22.25
1970	23.90	2.25	25.27	26.15	28.76	29.63	28.73	9.96	0.00	30.42	34.25	29.58	29.79	22.72
1971	25.55	1.65	26.31	27.37	31.27	28.62	31.34	9.39	0.00	32.31	36.61	34.47	34.29	23.95
1972	27.48	1.93	29.49	30.92	33.68	27.83	33.61	11.41	0.00	35.63	36.25	33.17	35.48	24.16
1973	28.68	1.19	29.42	31.54	34.76	34.04	32.28	13.30	0.00	36.94	39.18	36.44	37.69	23.75
1974	35.55	6.87	38.70	35.90	39.86	39.84	41.85	18.79	0.00	40.75	47.72	37.48	46.77	30.15
1975	40.69	5.15	44.85	44.77	46.94	46.00	45.86	20.35	0.00	49.43	55.16	42.58	46.59	34.70
1976	38.58	-2.11	45.58	47.84	44.63	47.71	45.33	16.28	0.00	45.04	53.08	41.38	47.82	35.28
1977	39.42	0.84	45.07	49.96	47.19	50.13	48.02	16.04	0.00	47.89	50.96	41.51	51.53	36.39
1978	37.48	-1.95	41.47	47.73	43.92	45.51	46.94	15.52	0.00	45.08	44.42	40.22	46.53	35.71
1979	38.07	0.59	42.89	52.30	43.45	44.50	45.13	16.51	0.00	42.53	48.17	40.60	44.30	35.65
1980	38.71	0.64	42.19	52.20	43.95	44.13	46.89	17.69	0.00	43.30	47.00	39.36	45.16	36.75
1981	41.70	2.99	47.41	57.57	51.22	50.47	50.94	22.82	0.00	49.43	34.64	44.48	48.21	40.91
1982	49.57	7.87	51.23	62.02	55.43	56.02	56.39	26.09	0.00	53.51	63.33	49.14	46.68	43.24
1983	48.27	-1.30	51.60	64.53	55.55	54.43	54.44	24.27	0.00	51.28	62.83	47.96	50.23	41.82
1984	44.72	-3.56	47.16	62.50	54.21	59.39	48.78	21.47	0.00	53.13	57.01	45.97	50.84	34.62

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Herausgabe von Arbeitspapieren														
1965	7.57	0.00	11.65	8.20	8.65	7.93	7.83	3.61	0.00	9.25	13.39	10.54	13.72	2.82
1966	7.11	-0.46	10.65	8.70	8.04	7.32	8.39	2.75	0.00	10.85	12.04	10.30	13.01	2.85
1967	6.96	-0.15	10.94	9.51	8.07	7.43	7.70	3.14	0.00	9.82	10.19	9.37	10.99	2.83
1968	7.12	0.17	10.25	8.84	8.67	8.61	7.74	3.46	0.00	8.88	11.09	9.95	12.60	2.89
1969	7.75	0.63	11.76	10.13	9.15	8.51	8.67	3.67	0.00	11.28	11.96	9.15	9.16	4.01
1970	7.78	0.03	14.62	9.79	9.49	8.51	8.88	3.48	0.00	11.78	11.58	9.23	7.91	3.85
1971	7.48	-0.30	11.29	8.88	10.57	10.00	8.55	3.36	0.00	10.88	10.70	8.99	8.00	4.43
1972	7.31	-0.17	10.11	6.41	9.47	9.28	8.43	3.59	0.00	10.09	10.66	8.96	7.49	3.92
1973	7.22	-0.09	10.57	5.64	8.38	8.58	8.29	3.60	0.00	9.03	10.20	9.56	10.06	3.77
1974	5.93	-1.29	8.98	5.05	7.53	8.12	6.48	3.49	0.00	8.40	6.76	7.09	7.54	3.22
1975	4.75	-1.18	7.02	4.17	5.92	6.16	5.52	2.60	0.00	5.14	5.12	5.90	5.04	2.63
1976	4.75	-0.01	6.09	4.04	5.90	6.39	5.55	2.33	0.00	6.94	5.14	6.38	4.02	2.67
1977	4.39	-0.36	5.81	4.15	5.59	4.73	5.14	2.11	0.00	6.37	4.81	5.76	4.21	2.61
1978	4.33	-0.06	5.19	4.20	4.84	5.49	5.22	2.06	0.00	6.52	4.49	6.01	3.84	2.59
1979	4.70	0.38	5.71	3.85	4.90	5.36	5.18	2.24	0.00	7.24	5.16	7.10	5.00	2.86
1980	4.91	0.21	7.01	3.86	5.08	5.25	5.54	2.54	0.00	7.84	4.80	6.79	5.24	3.15
1981	4.39	-0.52	5.51	3.12	4.63	4.99	5.07	2.64	0.00	6.80	2.85	7.23	5.31	2.86
1982	4.19	-0.19	4.81	2.39	4.01	5.21	4.50	2.49	0.00	5.49	3.46	6.71	4.63	2.98
1983	3.87	-0.32	4.48	1.86	3.78	4.03	4.23	2.08	0.00	4.97	3.34	6.45	4.76	2.65
1984	4.05	0.18	4.58	1.95	3.30	3.84	4.56	2.27	0.00	5.22	3.51	6.90	3.93	2.93
Zeugniserteilung und -berichtigung														
1965	1.83	0.00	1.68	3.23	1.40	1.69	2.15	0.74	0.00	1.39	2.84	3.42	1.18	1.26
1966	1.49	-0.33	1.33	2.42	0.88	1.25	1.99	0.57	0.00	1.23	2.81	2.50	0.99	1.22
1967	1.45	-0.05	1.32	2.14	1.36	0.96	1.79	0.55	0.00	1.09	2.55	2.27	0.87	1.14
1968	1.50	0.05	1.58	2.29	1.46	1.22	1.88	0.70	0.00	0.81	2.66	1.83	1.03	1.62
1969	1.70	0.20	1.74	2.78	1.55	1.29	2.19	0.67	0.00	1.44	3.12	2.00	0.97	1.50
1970	1.53	-0.18	1.87	1.98	1.73	0.92	1.65	0.71	0.00	1.50	2.74	2.30	0.90	0.99
1971	1.42	-0.11	1.46	2.20	1.36	2.91	1.58	0.68	0.00	1.14	2.59	1.84	0.63	0.96
1972	1.41	-0.01	1.61	1.59	1.42	1.28	1.47	0.73	0.00	1.18	2.59	2.07	0.76	0.99
1973	1.50	0.09	1.61	1.50	1.51	1.80	1.61	0.73	0.00	1.11	2.55	2.34	0.84	1.20
1974	1.35	-0.15	1.73	1.68	1.29	1.99	1.26	0.72	0.00	1.32	2.34	1.65	0.74	1.34
1975	1.40	0.04	1.51	1.54	1.40	1.69	1.45	0.84	0.00	1.16	2.06	1.67	0.84	1.33
1976	1.46	0.07	1.79	2.12	1.53	2.25	1.62	0.71	0.00	1.34	2.16	1.74	0.90	1.20
1977	1.65	0.19	2.03	1.90	1.79	2.12	1.84	0.79	0.00	1.44	2.74	1.87	1.25	1.33
1978	1.72	0.07	1.73	2.23	1.68	2.86	1.94	0.93	0.00	1.45	2.49	2.08	0.91	1.45
1979	1.77	0.05	1.75	1.66	1.92	1.84	1.95	0.96	0.00	1.43	2.76	2.22	1.73	1.37
1980	1.81	0.04	1.70	1.76	1.85	2.10	1.98	1.04	0.00	1.96	2.48	2.17	1.46	1.54
1981	1.69	-0.12	1.67	1.86	1.86	1.92	1.96	1.10	0.00	1.96	1.51	2.09	1.72	1.49
1982	1.77	0.08	1.54	2.17	1.65	1.91	2.07	1.11	0.00	1.47	1.95	2.25	1.12	1.32
1983	1.84	0.07	1.67	2.04	1.79	2.00	2.32	1.08	0.00	1.79	1.99	2.07	1.80	1.30
1984	2.00	0.15	1.86	2.86	1.87	2.00	2.40	1.18	0.00	1.60	1.99	2.61	1.85	1.35

noch Tabelle 28

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schles- wig-Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Schadensersatz														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	3.07	3.07	3.50	1.85	3.26	8.26	3.85	1.26	0.00	2.57	6.36	2.24	5.06	3.12
1972	3.21	0.14	4.02	1.85	3.18	5.81	3.84	1.32	0.00	3.76	5.35	2.60	5.90	4.62
1973	3.08	-0.13	4.59	2.33	3.25	8.68	3.32	1.17	0.00	3.79	4.31	3.55	4.37	3.68
1974	2.26	-0.82	4.41	2.00	2.44	8.12	2.31	0.88	0.00	2.28	2.63	2.31	3.36	3.48
1975	1.92	-0.35	3.68	1.82	1.95	4.53	1.84	0.81	0.00	1.89	2.10	2.44	2.37	2.90
1976	1.80	-0.12	3.10	1.70	1.78	4.45	1.85	0.70	0.00	1.51	2.10	2.36	2.58	2.68
1977	1.68	-0.11	3.09	1.35	1.82	4.03	1.93	0.56	0.00	1.76	2.19	1.56	2.24	2.68
1978	1.75	0.07	4.75	1.20	1.65	3.43	1.90	0.63	0.00	1.79	2.03	1.87	1.55	2.96
1979	1.89	0.14	3.18	1.75	2.04	3.54	1.93	0.79	0.00	1.95	2.70	1.80	1.48	3.31
1980	1.87	-0.02	2.56	2.17	1.89	3.08	2.07	0.87	0.00	1.91	2.33	1.40	2.22	3.68
1981	1.66	-0.21	1.69	1.47	1.40	2.57	1.87	1.02	0.00	1.79	1.30	1.80	2.42	3.51
1982	1.59	-0.06	1.42	1.14	1.18	2.84	1.79	1.07	0.00	1.29	1.76	1.67	1.91	2.66
1983	1.39	-0.21	1.14	0.75	1.09	2.43	1.78	0.63	0.00	1.10	1.45	1.59	1.52	2.38
1984	1.36	-0.03	1.01	0.63	0.93	2.45	1.75	0.60	0.00	0.86	1.30	1.84	1.13	2.27
tarifliche Einstufungen														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1969	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1970	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1971	0.77	0.77	0.37	3.38	1.11	1.76	0.82	0.26	0.00	0.65	0.67	0.82	1.26	0.67
1972	0.66	-0.11	1.17	2.06	0.90	1.02	0.46	0.20	0.00	1.06	0.58	1.27	0.91	0.39
1973	0.65	-0.01	1.15	0.59	1.21	1.12	0.51	0.24	0.00	1.18	0.75	0.99	1.70	0.47
1974	0.51	-0.14	1.06	0.45	0.94	1.58	0.41	0.22	0.00	1.11	0.58	0.30	2.12	0.50
1975	0.59	0.08	1.15	0.62	1.08	1.98	0.49	0.29	0.00	1.09	0.37	0.52	1.85	0.60
1976	0.60	0.02	1.23	0.44	1.22	0.91	0.66	0.22	0.00	1.07	0.41	0.60	1.57	0.48
1977	0.62	0.02	1.36	0.58	1.14	1.19	0.66	0.24	0.00	1.53	0.44	0.59	0.97	0.33
1978	0.62	-0.00	1.00	0.52	1.27	1.26	0.58	0.21	0.00	1.14	0.53	0.66	1.91	0.57
1979	0.67	0.05	0.65	0.55	1.58	1.07	0.77	0.20	0.00	1.03	0.68	0.56	0.89	0.60
1980	1.21	0.54	1.21	0.76	1.16	1.17	2.82	0.24	0.00	1.36	0.64	0.45	1.38	0.69
1981	0.53	-0.68	0.73	0.83	0.91	1.12	0.71	0.21	0.00	0.78	0.33	0.34	1.79	0.39
1982	0.66	0.12	0.75	0.75	1.02	2.50	0.77	0.25	0.00	0.70	0.65	0.49	1.30	0.53
1983	0.52	-0.14	0.65	0.41	0.80	1.36	0.66	0.18	0.00	0.62	0.51	0.49	0.73	0.35
1984	0.49	-0.03	1.42	0.48	0.79	1.17	0.55	0.16	0.00	0.64	0.60	0.33	0.79	0.23

Jahr	Verfahren		davon (insgesamt) in											
	insgesamt	Veränd. gegen Vorjahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen ¹⁾	dar. Hessen ¹⁾ LAK, ZVK	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
sonstige Streitgegenstände														
1965	19.38	0.00	18.71	23.10	25.68	30.20	23.25	6.19	0.00	18.88	19.87	20.73	18.24	43.59
1966	18.28	-1.10	18.88	25.05	25.09	27.34	23.44	5.21	0.00	14.66	19.67	21.12	18.07	43.17
1967	17.50	-0.78	19.34	21.28	22.82	28.83	19.85	5.49	0.00	12.38	17.54	24.07	14.68	41.39
1968	18.87	1.37	26.17	17.80	24.58	27.76	21.67	6.26	0.00	16.04	20.82	24.97	18.81	44.07
1969	19.89	1.02	24.46	20.23	25.48	34.98	22.57	7.81	0.00	17.78	21.19	20.86	22.70	42.53
1970	19.12	-0.76	22.11	19.52	21.90	31.22	22.66	5.90	0.00	16.76	24.04	19.09	28.98	42.08
1971	15.04	-4.08	15.44	16.25	19.09	22.85	17.54	4.76	0.00	12.60	16.91	15.17	24.46	35.66
1972	14.49	-0.55	13.98	13.05	18.76	18.01	15.47	4.93	0.00	11.42	17.59	15.57	27.30	33.43
1973	15.31	0.81	13.95	12.73	17.76	24.63	17.16	5.41	0.00	13.24	16.74	17.67	23.27	31.91
1974	14.05	-1.25	15.28	12.38	16.88	21.15	17.20	5.64	0.00	10.72	14.14	10.36	20.95	34.05
1975	13.76	-0.29	12.56	11.49	16.82	21.52	15.88	5.70	0.00	9.81	12.97	13.86	18.11	32.56
1976	13.30	-0.46	12.53	12.38	16.21	23.49	15.55	5.05	0.00	11.88	12.39	12.72	16.84	32.86
1977	13.10	-0.20	14.09	11.39	14.15	21.35	16.56	4.59	0.00	11.40	14.49	10.44	17.38	31.47
1978	13.80	0.69	11.89	10.32	17.47	23.34	17.35	4.83	0.00	9.16	14.28	13.52	20.38	31.05
1979	13.55	-0.25	12.22	5.98	15.13	21.95	18.17	4.93	0.00	8.38	15.56	10.53	18.98	30.35
1980	12.88	-0.66	11.52	7.96	14.46	26.04	16.09	4.71	0.00	9.13	13.21	11.33	18.98	30.47
1981	13.40	0.52	11.87	11.53	14.63	21.39	18.83	4.25	0.00	10.87	12.26	10.35	15.34	29.07
1982	13.65	0.25	10.10	16.06	14.34	24.28	17.61	5.27	0.00	8.07	14.68	10.18	14.69	29.30
1983	14.45	0.79	10.37	15.85	16.73	28.80	18.45	4.58	0.00	10.27	15.95	10.83	16.68	32.28
1984	16.03	1.58	12.19	15.37	16.00	27.96	22.30	5.85	0.00	9.85	17.68	11.16	15.58	31.59
Klagen mit mehreren Streitgegenständen														
1965	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1966	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1967	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
1968	10.56	10.56	26.70	20.76	16.71	19.49	0.00	3.76	0.00	14.64	21.11	20.65	25.20	18.97
1969	14.97	4.41	25.08	22.25	15.17	32.33	16.48	4.62	0.00	13.38	23.26	17.31	21.70	19.75
1970	15.70	0.73	24.06	22.73	15.89	28.00	18.39	5.32	0.00	12.60	26.60	15.74	24.51	19.07
1971	16.11	0.41	21.08	20.92	18.85	46.63	19.06	4.58	0.00	13.08	27.87	15.21	24.91	20.28
1972	16.20	0.09	19.88	15.43	21.50	23.92	17.88	5.29	0.00	14.65	29.33	15.78	28.58	20.92
1973	16.97	0.77	21.06	14.40	17.81	32.37	18.43	7.29	0.00	18.97	28.59	15.90	32.08	20.10
1974	16.66	-0.31	21.14	14.39	17.96	32.15	18.00	8.81	0.00	15.36	24.18	14.63	35.43	20.28
1975	14.41	-2.25	21.84	11.67	16.36	25.32	15.34	6.82	0.00	13.10	20.55	13.96	25.02	16.75
1976	13.94	-0.47	23.33	14.42	17.06	24.12	16.98	4.41	0.00	14.33	19.49	11.90	23.18	16.44
1977	13.06	-0.88	21.63	15.13	14.70	19.80	16.73	4.28	0.00	12.48	18.59	9.46	19.39	17.94
1978	12.17	-0.89	14.37	14.43	13.63	21.88	16.08	3.91	0.00	10.42	16.51	9.03	20.67	17.43
1979	12.34	0.17	13.26	13.75	14.08	18.54	15.19	4.27	0.00	9.48	19.40	9.68	19.50	17.21
1980	11.71	-0.63	14.96	13.92	13.28	19.44	15.81	3.84	0.00	12.38	13.65	7.68	18.40	17.97
1981	12.19	0.48	12.71	15.24	13.24	21.11	17.18	4.51	0.00	13.99	9.70	9.60	20.31	19.13
1982	13.03	0.83	10.51	20.11	11.78	25.59	17.53	5.18	0.00	9.60	14.10	10.09	17.28	19.33
1983	12.16	-0.86	8.99	19.36	11.90	26.97	16.16	4.63	0.00	9.20	13.97	9.21	18.73	17.13
1984	12.44	0.28	10.09	19.05	10.54	26.42	17.19	4.78	0.00	9.34	13.67	9.81	17.55	16.33

¹⁾ Rechtsstreitigkeiten der LAK und der ZVK nur vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden²⁾ Unerledigte Klagen am Jahresanfang = unerledigte Klagen vom Vorjahr³⁾ Dar. 29 711 Massenklagen von IG Metall und IG Druck und Papier in Baden-Württemberg⁴⁾ Einschließlich Klagen mit mehreren Streitgegenständen

Anmerkung: 0 = keine Angaben aus sachlichen oder formalen Gründen, oder nicht vorhanden, keine Veränderung.

Tabelle 29

Verfahren in Schleswig-Holstein, in denen Personen des öffentlichen Rechts beteiligt waren

	Arbeitsgerichte		Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein	
	Kläger	Beklagter	Berufungskläger	Berufungsbeklagter
1965	28 = 0,6 %	237 = 5,1 %	8 = 2,5 %	17 = 5,4 %
1966	22 = 0,4 %	253 = 5,0 %	23 = 7,3 %	29 = 9,2 %
1967	30 = 0,5 %	380 = 6,3 %	42 = 13,2 %	21 = 6,6 %
1968	24 = 0,4 %	535 = 9,4 %	26 = 7,1 %	25 = 6,8 %
1969	34 = 0,6 %	325 = 6,1 %	30 = 8,8 %	40 = 11,7 %
1970	30 = 0,5 %	439 = 7,3 %	34 = 8,9 %	20 = 5,3 %
1971	28 = 0,4 %	384 = 6,0 %	21 = 5,2 %	41 = 10,2 %
1972	27 = 0,4 %	430 = 6,2 %	18 = 3,5 %	39 = 7,6 %
1973	47 = 0,6 %	498 = 6,3 %	33 = 7,0 %	32 = 6,8 %
1974	56 = 0,6 %	429 = 4,9 %	15 = 2,9 %	39 = 7,5 %
1975	53 = 0,5 %	468 = 4,6 %	32 = 4,1 %	52 = 6,6 %
1976	59 = 0,6 %	542 = 5,1 %	24 = 3,0 %	86 = 10,9 %
1977	48 = 0,5 %	637 = 6,1 %	37 = 4,6 %	79 = 9,7 %
1978	65 = 0,6 %	548 = 5,1 %	24 = 3,7 %	35 = 5,4 %
1979	57 = 0,6 %	458 = 5,0 %	31 = 5,2 %	39 = 6,6 %
1980	47 = 0,5 %	388 = 3,9 %	26 = 4,6 %	41 = 7,2 %
1981	54 = 0,5 %	474 = 4,0 %	31 = 4,3 %	46 = 6,4 %
1982	57 = 0,4 %	560 = 4,3 %	64 = 8,0 %	69 = 8,7 %
1983	41 = 0,4 %	704 = 6,1 %	71 = 6,9 %	89 = 8,7 %
1984	54 = 0,5 %	509 = 4,6 %	37 = 3,8 %	47 = 4,8 %

Tabelle 30

Tragende Berufungsgründe¹⁾
 (Mehrfachnennungen möglich)

Berufungsgründe	absolut	% bezogen auf 202 Berufungen in Kündigungs- verfahren
Falsche rechtliche Wertung	155	76,7
Ungenügende Tat- sachenausschöpfung .	91	45,0
Falsche Beweiswürdigung	61	30,2
Neuer Beweisantritt ..	42	20,8
Neuer Tatsachenvortrag	40	19,8
Sonstiges	14	6,9

¹⁾ Untersuchung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Arbeitsrecht, Hamburg.

Tabelle 31

**Eingang von Verfassungsbeschwerden
und Vorlagen von Arbeitsgerichten
beim Bundesverfassungsgericht**

	1. Verfassungsbe- schwerden gegen arbeitsge- richtliche Ent- scheidungen	2. Vorlagen durch Arbeitsgerichte
1965	28	2
1966	22	—
1967	29	—
1968	34	—
1969	26	1
1970	23	2
1971	15	3
1972	21	3
1973	18	4
1974	22	1
1975	44	3
1976	37	—
1977	56	4
1978	65	2
1979	66	7
1980	92	17
1981	73	2
1982	75	4
1983	79	7
1984	88	3
	913	65

Tabelle 32

Vertretung gekündigter Arbeitnehmer bei der Einreichung der Klage, im Güte- und Kammertermin sowie im Berufungsverfahren¹⁾
 (Angaben in %)

Vertretung Gekündigter	Einreichung der Klage	Anwesenheit		
		im Güte Termin	im Kammer- termin	im Berufsungs- verfahren
Gekündigter allein	36,8	25,4	15,0	—
Rechtsanwalt	36,2	41,9	52,0	72,8
Gewerkschaftlicher Rechtssekretär	25,0	27,3	29,2	27,2
Vertreter einer selbständigen Vereinigung von Arbeitnehmern	0,7	1,5	0,8	—
Sonstiger Rechtsbeistand	1,3	4,0	2,9	—
n (≅ 100%)	1 178	1 075	713	202

¹⁾ Untersuchung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Arbeitsrecht, Hamburg.

Tabelle 33

**Vertretung der Arbeitnehmer
vor dem Arbeitsgericht Berlin¹⁾**

Vertreter	Häufigkeit der Wahl der Vertretung
kein Vertreter	41,6 %
sonstige Vertreter	7,0 %
Rechtssekretäre	16,0 %
Rechtsanwälte	35,3 %
Gesamt	100,0 %

¹⁾ Rechtssoziologische Studien zur Arbeitsgerichtsbarkeit, von Hubert Rottleuthner

Tabelle 34

**Beteiligung von Rechtsanwälten
bei arbeitsgerichtlichen Verfahren im Bezirk
des Landesarbeitsgerichts Hamm**

Rechtsanwälte waren tätig
(in %-Anteilen der Verfahren)

	für keine Partei	für eine Partei	für beide Parteien
1979	48,5 %	33,7 %	17,7 %
1983	42,8 %	37,6 %	19,1 %

Tabelle 35

**Erledigte Urteilsverfahren nach Dauer der Kündigungs- und den übrigen Verfahren der Arbeitsgerichte
1980 bis 1984**

Jahr	Erledigte Urteilsverfahren						
	insgesamt	davon (insgesamt) nach Dauer:					
		bis zu 6 Monate		über 6 bis 12 Monate		über 12 Monate	
		absolut	% ¹⁾	absolut	% ¹⁾	absolut	% ¹⁾
	A. Kündigungsverfahren						
1980	114 913	104 782	91,2	8 558	7,4	1 573	1,4
1981	143 876	131 716	91,5	10 589	7,4	1 571	1,1
1982	176 938	157 127	88,8	17 242	9,7	2 569	1,5
1983	172 838	147 570	85,4	21 179	12,2	4 089	2,4
1984	156 902	135 710	86,5	16 607	10,6	4 585	2,9
	B. Übrige Verfahren						
1980	181 913	156 328	85,9	17 526	9,7	8 059	4,4
1981	206 177	156 309	75,8	19 498	9,5	30 370	14,7
1982	192 057	162 494	84,6	23 709	12,3	5 854	3,1
1983	198 959	166 076	83,5	25 658	12,9	7 225	3,6
1984	208 924	174 146	83,4	26 391	12,6	8 387	4,0

¹⁾ Anteil in % von insgesamt.

Tabelle 36

**Erledigte Berufungsverfahren nach Dauer der Kündigungs- und den übrigen Verfahren der
Landesarbeitsgerichte 1980 bis 1984**

Jahr	Erledigte Berufungsverfahren						
	insgesamt	davon (insgesamt) nach Dauer:					
		bis zu 6 Monate		über 6 bis 12 Monate		über 12 Monate	
		absolut	% ¹⁾	absolut	% ¹⁾	absolut	% ¹⁾
A. Kündigungsverfahren							
1980	5 312	4 277	80,5	785	14,8	250	4,7
1981	6 428	5 208	81,0	822	12,8	398	6,2
1982	7 583	6 322	83,4	1 016	13,4	245	3,2
1983	9 477	7 484	79,0	1 654	17,4	339	3,6
1984	8 960	6 703	74,8	1 657	18,5	600	6,7
B. Übrige Verfahren							
1980	7 676	5 374	70,0	1 338	17,4	964	12,6
1981	7 546	5 487	72,7	1 176	15,6	883	11,7
1982	7 927	6 141	77,5	1 224	15,4	562	7,1
1983	8 624	6 336	73,5	1 695	19,6	593	6,9
1984	9 337	6 429	68,9	1 982	21,2	926	9,9

¹⁾ Anteil in % von insgesamt.

